

Christian Pfeffer-Hoffmann, Michail Logvinov (Hrsg.)

Muslimfeindlichkeit und Migration

CHRISTIAN PFEFFER-HOFFMANN, MICHAEL LOGVINOV (HRSG.)

Muslimfeindlichkeit und Migration

Thesen und Fragen zur Muslimfeindlichkeit unter
Eingewanderten

Impressum

ISBN

© 2016 Mensch und Buch Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Herausgeber unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Träger des Projektverbundes „WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrant*innenorganisationen im Dialog“, in dessen Rahmen diese Publikation entstand, sind:



www.la-red.eu



www.minor-kontor.de



www.agit-polska.de

Der Inhalt dieses Werkes wurde durch das Teilprojekt von **Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.** verantwortet. Die Koordination des Projektverbundes liegt bei **La Red – Vernetzung und Integration e.V.**

Umschlaggestaltung: Wolfgang Stärke, Daniela Nicolai

Die Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie den Jugend-Demokratiefonds Berlin bedeutet nicht zwangsläufig, dass selbige den Ergebnissen und Aussagen der Texte zustimmen.

Projektpartner



Gefördert vom



Im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Sowie gefördert von



Inhaltsverzeichnis

1. MUSLIMFEINDLICHKEIT IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

CHRISTIAN PFEFFER-HOFFMANN..... 7

2. DAS PROJEKT „WIR HIER! KEIN PLATZ FÜR MUSLIMFEINDLICHKEIT IN EUROPA“

ELISABETH HOFFMANN, BOŽANA VRHOVAC, RENA ZETZSCHE..... 11

2.1. AUSGANGSLAGE 11

2.2. PROJEKTTRÄGER..... 11

2.3. ZIELGRUPPEN UND ZIELE DES PROJEKTES 12

2.4. METHODISCHES VORGEHEN DER PÄDAGOGISCHEN AKTIVITÄTEN 13

3. BEGRIFFSKLÄRUNG UND ARBEITSDEFINITIONEN

MICHAIL LOGVINOV 16

3.1. TERMINOLOGISCHE PROBLEME 16

3.2. BEGRIFFSDEFINITIONEN 22

4. PAUSCHALISIERENDE ISLAM- UND MUSLIMABLEHNUNG IM SPIEGEL DER MEINUNGSFORSCHUNG

MICHAIL LOGVINOV 25

4.1. DAS ISLAMBILD IM HISTORISCHEN UND SOZIALEN KONTEXT 25

4.2. DAS ISLAM- UND MUSLIM/-INNEN-BILD IN DEUTSCHLAND..... 30

4.3. DAS ISLAM- UND MUSLIM/-INNEN-BILD IN EUROPA 44

4.4. EINSTELLUNGEN ZU MUSLIM/-INNEN IN BERLIN..... 50

4.5. WAS WIRD GEMESSEN, WENN „ISLAMFEINDLICHKEIT“ GEMESSEN WIRD? 54

5. ERSTE EMPIRISCHE ANALYSEN ZUR MUSLIMFEINDLICHKEIT UNTER EUROPÄISCHEN NEUZUGEWANDERTEN

BOŽANA VRHOVAC, ELISABETH HOFFMANN UND CHRISTIAN PFEFFER-HOFFMANN..... 64

5.1. QUALITATIVE BEFRAGUNGEN VON PROJEKTTILNEHMER/-INNEN 64

5.1.1. Zielgruppen der Befragung..... 64

5.1.2. Methodische Umsetzung der qualitativen Befragung..... 65

Inhaltsverzeichnis

5.1.3. <i>Ablauf der qualitativen Befragungen</i>	68
5.2. QUANTITATIVE BEFRAGUNGEN VON NEUEINWANDERUNGSGRUPPEN IN BERLIN	69
5.2.1. <i>Soziodemografie der Befragten</i>	70
5.2.2. <i>Fragen in Bezug auf Religion und Zusammenleben mit Religionen</i> .	73
5.2.3. <i>Differenzierte Auswertung nach Nationalität</i>	76
5.2.4. <i>Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	82
5.3. ZUKÜNFTIGE FRAGESTELLUNGEN	83
6. BEITRÄGE AUS DEM FORSCHUNGS-WORKSHOP ZU MUSLIMFEINDLICHKEIT UNTER EINGEWANDERTEN	85
6.1. ISLAMFEINDLICHKEIT UNTER MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND – ERSTE ÜBERLEGUNGEN	
THORSTEN GERALD SCHNEIDERS	85
6.2. MUSLIMFEINDLICHKEIT IN DEUTSCHLAND	
DIETMAR MOLTHAGEN	95
6.3. ISLAMFEINDLICHKEIT ALS INTEGRATIONSANGEBOT AN MIGRANTEN	
DANIEL BAX.....	103
6.4. ANTIMUSLIMISCHE EINSTELLUNGEN UND DISKRIMINIERUNGSREALITÄT AN DEUTSCHEN SCHULEN	
ALIYEH YEGANE ARANI	108
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	121
TABELLENVERZEICHNIS	122

1. Muslimfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft

CHRISTIAN PFEFFER-HOFFMANN

Deutschland wird immer stärker von Einwanderung geprägt. Die Einwanderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war von der Gastarbeitermigration, einer schwankenden Asilmigration, Millionen von Spätaussiedler/-innen und den Flüchtlingen der Jugoslawienkriege bestimmt. Damit sind im Land starke Communities von Menschen mit Wurzeln in der Türkei und im Nahen Osten, in Italien und anderen Ländern Südeuropas, im ehemaligen Jugoslawien, in Polen und in der ehemaligen Sowjetunion entstanden. Der Anfang des 21. Jahrhunderts ging – nach einem Stillstand der Zuwanderung Mitte des ersten Jahrzehnts – zunächst mit einer starken Einwanderung aus den neuen Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere aus Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn einher. Hinzu kommt – insbesondere 2015 – eine schnell wachsende Einwanderung von Flüchtlingen, vor allem aus Syrien, dem Irak, Iran, Afghanistan und Eritrea.

Gleichzeitig ist der Beginn des 21. Jahrhunderts von der zunehmenden Verbreitung von islamistisch begründeten Terroranschlägen im Westen und Bürgerkriegen im Nahen und Mittleren Osten geprägt. Konflikte und Probleme im Zusammenleben in unserer Einwanderungsgesellschaft in Deutschland und in der westlichen Welt werden immer weniger sozial oder ökonomisch, stattdessen zunehmend religiös, ethnisch und kulturell interpretiert.

Die Auseinandersetzung mit einem kleinen, radikalen Teil der Menschen islamischen Glaubens führt in vielen Fällen zu einer pauschalisierenden Distanz zum Islam und zu Menschen aus islamisch geprägten Ländern – unabhängig davon, ob sie selbst gläubige Muslime sind oder nicht. Es entstehen eigenartige Dichotomien: Wir Deutschen vs. die Muslime. In Umfragen wird der Anteil an Muslim/-innen in Deutschland regelmäßig überschätzt. Ablehnung und Feindseligkeit gegenüber dem Islam und gegenüber Muslim/-innen werden zu einem wesentlichen Thema für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die heftige Zunahme an gegen Flüchtlinge gerichtete Straftaten, die häufig antimuslimisch geprägte Diskussion zur Flüchtlingszuwanderung und die konstant hohen Zu-

stimmungswerte zu antimuslimischen Einstellungen in sozialwissenschaftlichen Befragungen zeigen, dass Muslimfeindlichkeit zu einer zentralen Herausforderung der politischen Bildung und der Radikalisierungsprävention geworden ist.

In diesem Kontext wurde die Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit 2014 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als eines der Ziele des Programms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ festgelegt. Dabei konnte bereits auf die Erfahrungen einer Reihe von Modell- und Forschungsprojekten zum Thema Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit in Deutschland zurückgegriffen werden.

Eines der neuen Projekte, das 2015 im Förderprogramm startete, ist *WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrantenselbstorganisationen im Dialog*. Es wird getragen von einem Projektverbund aus zwei Migrantenselbstorganisationen – La Red - Vernetzung und Integration e.V. und agitPolska – Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation e.V. – und von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V. als Modell- und Forschungsprojekttträger.

WIR HIER! greift eine in der Vergangenheit wenig beachtete und vor allem bisher kaum bearbeitete Form der Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit in Deutschland auf: Diese findet sich innerhalb der nicht-muslimisch geprägten Migrantengemeinschaften in Deutschland, z. B. russischer, polnischer, spanischer, serbischer, kroatischer, italienischer, griechischer und französischer Herkunft. Mehrheitlich christlich geprägte Einwanderungsgruppen bringen nicht selten gewachsene Vorurteilsstrukturen und tradierte feindselige Einstellungsmuster bereits aus ihren Heimatländern mit, die hier unter den besonderen Bedingungen der Einwanderungssituation entweder verstärkt werden oder einfach in der täglichen, sozialräumlichen "Verteilungskonkurrenz" um knappe Ressourcen wie Ausbildung, Arbeitsstellen oder Wohnraum, entstehen und/oder offen zutage treten. Oft bilden die gleichen Sozialräume – vor allem großstädtische Quartiere – die Ankunftsräume für Neueinwandernde aus, in denen dann z. B. türkische Communities mit süd- und osteuropäischen Eingewanderten und arabischen Flüchtlingen zusammenleben.

In diesem bislang wenig bearbeiteten Handlungsfeld geht es darum, wirksame Formen der Information und Aufklärung sowie der primären und sekundären Prävention für junge Menschen zu entwickeln sowie Begegnung und Austausch

zwischen nicht-muslimisch und muslimisch geprägten Organisationen über aktive Vernetzungsarbeit zu entwickeln. Die Besonderheit des Projekts liegt zunächst darin, dass das Thema Muslim-/Islamfeindlichkeit in mehreren, in diesem Zusammenhang wenig beachteten, Migrantengruppen als Teil der Gesellschaft in Deutschland thematisiert wird und darüber hinaus konkrete Angebote zur Auseinandersetzung und Prävention unterbreitet werden. Während bisherige Ansätze zur Auseinandersetzung mit Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit vor allem auf den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung zwischen muslimisch geprägten (tatsächlich oder zugeschrieben) und der „deutschen“ Mehrheitsbevölkerung ausgerichtet sind, nimmt WIR HIER! junge Menschen mit nicht-muslimisch geprägtem Migrationshintergrund in den Fokus, die in einem Einwanderungsland wie Deutschland bisher den überwiegenden Teil der Neuzuwanderung und wesentliche Teile der jungen Bevölkerung, vor allem in Großstädten, ausmachen.

WIR HIER! greift noch ein weiteres Problem in diesem Kontext auf: Bisher gibt es kaum empirisches Wissen und keine wissenschaftlichen Veröffentlichungen für dieses spezifische Handlungsfeld. Minor ist deshalb im Projektverbund für erste wissenschaftliche Analyseschritte zum Thema „Muslimfeindlichkeit in Migrantengemeinschaften“ zuständig. Im Kontext dieser Bemühungen ist dieses Buch entstanden. Minor hat 2015 zunächst den Forschungsstand zu Muslimfeindlichkeit zusammengetragen und dabei besonders nach Hinweisen gesucht, die Aussagen über Einstellungen zum Islam und zu Muslim/-innen durch nicht-muslimisch geprägte Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zulassen. Um selbst empirische Erkenntnisse zu gewinnen, wurden zum einen die Teilnehmenden der pädagogischen Aktivitäten von WIR HIER! qualitativ befragt. Zum anderen konnte in eine große quantitative Umfrage unter europäischen Neuzugewanderten in Berlin (im Rahmen eines anderen Projektes von Minor) auch eine Frage zum Thema integriert werden. Schließlich führten wir Ende des Jahres 2015 ein Forschungs-Colloquium durch, in dem wir Wissenschaftler/-innen und Publizist/-innen zu Beiträgen und zur Diskussion einluden.

Der Aufbau des Buches entspricht diesem Vorgehen: Nach einer kurzen Vorstellung des Projektes WIR HIER! in Kapitel 2 gehen die Kapitel 3 und 4 vor allem auf grundsätzliche Definitionen zu Muslim- und Islamfeindlichkeit sowie Erkenntnisse aus der Meinungsforschung zu diesen Themen ein. Dabei wird

Christian Pfeffer-Hoffmann

noch einmal deutlich, wie wenig bisher über Muslimfeindlichkeit nicht-muslimisch geprägter Einwanderungsgruppen bekannt ist. In Kapitel 5 werden dann unsere eigenen empirischen Arbeiten vorgestellt. Angesichts der kurzen Dauer und sehr begrenzten Ressourcen können diese nur erste Hinweise auf Tendenzen und Fragestellungen im Themenbereich geben. Weitere Thesen und Fragen ergeben sich aus den Beiträgen auf dem Colloquium, die in Kapitel 6 versammelt sind.

Uns ist bewusst, dass wir nur erste, kleine Hinweise für eine Auseinandersetzung mit Muslimfeindlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft zusammentragen konnten. Wir hoffen, damit trotzdem zur Entwicklung von wirksamen und differenzierten Analysen und Präventionsansätzen zu Muslimfeindlichkeit beitragen zu können. WIR HIER! wird seine Arbeit in den kommenden Jahren fortsetzen und damit weiter an einem Abbau von Vorurteilen und Feindseligkeit in der Einwanderungsgesellschaft arbeiten.

Christian Pfeffer-Hoffmann ist Vorstandsvorsitzender von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V., promovierter Medienpädagoge mit zahlreichen Publikationen sowie vielfältigen Modell- und Forschungsprojekten in den Kontexten Migration, berufliche, politische und Medienbildung, Fachkräftesicherung u. a., Leiter der IQ Fachstelle „Einwanderung“.

2. Das Projekt „WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa“

ELISABETH HOFFMANN, BOŽANA VRHOVAC, RENA ZETZSCHE

2.1. Ausgangslage

Berlin ist ein multikultureller Ort – das Zusammenleben von Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen scheint selbstverständlich. In Zeiten sich verändernder gesellschaftlicher Verhältnisse und zunehmender Konflikte zwischen christlich und muslimisch geprägten Gesellschaften, zeichnet sich jedoch eine steigende Muslimfeindlichkeit in Europa ab.

Anfang 2015 startete das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Gefördert werden hierbei u. a. Projekte von Vereinen, Initiativen und engagierten Bürger/-innen, die sich der Demokratieförderung und der Radikalisierungsprävention widmen und bis zu fünf Jahre dauern.

La Red – Vernetzung und Integration e.V. bekam im Rahmen des Bundesprogramms eine Förderung für sein Modellprojekt „WIR HIER! Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrant*innenorganisationen im Dialog“. Zusätzlich wird das Projekt von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und im Jahr 2015 vom Jugend-Demokratiefonds Berlin gefördert.

2.2. Projektträger

WIR HIER! wird von einem Projektverbund aus drei Partnern getragen: Koordiniert wird das Projekt von La Red, einem Verein, dessen Schwerpunkt die Integration von neuzugewanderten Menschen mit Migrationshintergrund in den Bereichen Bildung, Arbeit und Gesellschaft ist. Eine wichtige – aber nicht alleinige – Zielgruppe der bisherigen Arbeit sind dabei spanischsprachige Einwandernde.

Für das Projekt WIR HIER! arbeitet La Red eng mit der Migrantenselbstorganisation agitPolska – Polnisch-Deutsche Initiative für Kulturkooperation e.V. zusammen, deren Schwerpunkt auf der Arbeit mit Zugewanderten mit polnischem Hintergrund liegt.

Der dritte Partner ist mit Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V., ein erfahrener Träger von Forschungs- und Modellprojekten, der langjährige Erfahrungen in der Migrationsforschung mitbringt. Minor konzentriert sich im Projekt auf die Erforschung des bisher nicht aufgearbeiteten Themenfeldes der Muslimfeindlichkeit unter nicht-muslimisch geprägten Migrant/-innen.

Die Arbeit direkt mit Jugendlichen wird im Projektverbund also nur von La Red und agitPolska umgesetzt. Sie organisieren in Zusammenarbeit mit Künstler/-innen und Trainer/-innen Kurse, Workshopreihen und Veranstaltungen, die sich direkt an die Zielgruppe wenden. Das vergleichsweise kleine Teilprojekt von Minor ist dagegen nur mit Forschungsaspekten beschäftigt.

2.3. Zielgruppen und Ziele des Projektes

Kernzielgruppe sind Jugendliche mit nicht-muslimisch geprägtem Migrationshintergrund im Alter von 16 bis 27 Jahren. Im ersten Projektjahr 2015 richten sich die Angebote des Projektes an Jugendliche mit polnischem und mit spanischem Migrationshintergrund (als zwei der größten Neueinwanderungsgruppen in Berlin). In den folgenden Jahren sollen weitere Zugewanderten-Communities hinzukommen.

Übergreifendes Ziel des Projekts ist der Abbau bzw. die Prävention von Muslimfeindlichkeit insbesondere in nicht-muslimischen Migrantengemeinschaften. Die Vertiefung von Vorurteilsstrukturen und Stereotypen, die zu Konflikten und Radikalisierungen führen können, sollen verhindert werden. Wo es bereits zu manifesten rassistischen oder fremdenfeindlichen Einstellungen gekommen ist, sollen Prozesse des Umdenkens eingeleitet werden.

Eine große Herausforderung ist es hierbei, zunächst eine kommunikative Ebene mit den Jugendlichen und eine emotionale Offenheit für einen Diskurs zu erreichen. Um eine Stigmatisierung der Jugendlichen zu vermeiden, entschieden sich die Projektpartner La Red und agitPolska, das Thema Muslimfeindlichkeit zunächst etwas weiter in „interkulturelles und -religiöses Zusammenleben in

Berlin“ zu fassen. Erst in einem zweiten Schritt wurde der Fokus auf muslimische Mitbürger/-innen gelegt. Die unterschiedlichen Ausgangslagen und Begründungszusammenhänge für die tatsächliche oder zugesprochene ablehnende Haltung gegenüber dem Islam bzw. Muslim/-innen werden mit den Jugendlichen partizipativ und an ihren Lebenswelten orientiert thematisiert. Die Themen werden ergebnisoffen diskutiert, damit ein Prozess des kritischen Nachdenkens und des Meinungsaustauschs stattfinden kann.

2.4. Methodisches Vorgehen der pädagogischen Aktivitäten

Bisherige Projekterfahrungen der Träger zeigen, dass ein Zugang über Lern-, Medien-, Kunst- und Kulturaktivitäten insbesondere bei Jugendlichen erfolgreich ist. Die Verbindung von künstlerisch-kultureller Bildung bzw. Medien- und Spielpädagogik auf der einen Seite und politischer Bildung auf der anderen führt Jugendliche kreativ und nah an Themen heran, denen sie sich sonst nicht öffnen würden. Medien, Kunst und Kultur fungieren somit als Ausdrucks- und „Transportmittel“ für Kommunikation und Auseinandersetzung sowohl innerhalb der nicht-muslimisch geprägten Zielgruppen als auch in der Beziehung zu der oftmals als „befremdlich“ wahrgenommenen muslimisch geprägten Zielgruppe.

Um möglichst viele Teilnehmende für das Projekt „WIR HIER!“ zu erreichen, sollten zunächst bereits existierende spanischsprachige und polnischsprachige Communities in Berlin¹ aufgesucht werden. Während der Projektplanung wurde vermutet, dass sich die gesuchten Migrantengruppen bereits in bestehenden Vereinen, Jugendclubs etc. organisieren und auf diesem Weg Teilnehmer/-innen gefunden werden können.

Die bereits bestehenden Organisationen wurden zu Projektbeginn per E-Mail oder Telefon informiert oder persönlich angesprochen. Die Akquise der Teilnehmenden erfolgte für die spanischen Jugendlichen bspw. durch:

- Persönliche Kontakte,

¹ Im ersten Projektjahr fanden alle Projektaktivitäten in Berlin statt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass in den kommenden Jahren Migranten-Communities in anderen Städten involviert werden.

- Einrichtungen wie die Jugendkunstschule Pankow und das Friedrich-Engels-Gymnasium in Berlin,
- Jugendzentren wie das JUP oder der JC Feuerwache – Jugendclub und Kieztreff,
- Nachbarschaftstreffs wie der Nachbarschaftstreff in Neukölln,
- Quartiersmanagements,
- Künstler wie Tallercito - ein spanisches-deutsches Theaterkollektiv,
- die Migrationsbeauftragten einzelner Berliner Stadtteile.

Die polnischen Teilnehmer/-innen wurden gesucht durch Kontakte zu

- polnischen Vereinen, Institutionen und Multiplikator/-innen (Deutsch-Polnisches Jugendwerk, Polnisches Institut, Polnischer Sozialrat sowie Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Sprachabteilungen der Berliner Universitäten),
- Medien wie die TV- und Radiosender NTV, WDR, Deutsche Welle und Funkhaus Europa,
- Facebook-Gruppen wie „Polen in Berlin“, „Club der polnischen Versager“ und „ich mag polnisch“.

Es stellte sich für die beiden vorgesehenen Zielgruppen jedoch schnell heraus, dass es keine fest organisierten Communities von Jugendlichen in Berlin gibt. Aus diesem Grund wurde die Akquise von Teilnehmenden durch die Projektpartner „La Red“ und „agitPolska“ selbst übernommen. Es wurden die bereits bestehenden Netzwerke beider Vereine genutzt und weitere Ankündigungen zu dem Projekt sowie den Workshops auf den Webseiten und auf Facebook gemacht. Zeitgleich fanden die Planungen für die Workshops (Comic, Fotografie, Theater, Film und Radio) sowie die Vortragsreihe „Keine Angst vor den Nachbarn – mit dem Islam Tür an Tür“ statt, an denen die Jugendlichen teilnahmen, um sich mit der Thematik künstlerisch auseinanderzusetzen. Die Teilnahmebedingungen wurden rechtzeitig über soziale Netzwerke und Internetauftritte der Partner kommuniziert. Für die Workshops meldeten sich durchschnittlich 12-13 Personen an. Allerdings gab es bei unterschiedlichen Sitzungen eine hohe Fluktuation der Teilnehmenden, die damit zu begründen war, dass einige Teilnehmende arbeits- oder umzugsbedingt vorzeitig ausschieden oder nur unregelmäßig teilnahmen. Zudem nimmt erfahrungsgemäß leider die Verbindlichkeit bei kostenfreien Freizeitangeboten ab und Prioritäten werden

anders gesetzt als versprochen. Alle Workshopreihen konnten dennoch erfolgreich und mit einem festen Stamm an Teilnehmenden abgeschlossen werden.

Im Jahr 2015 wurden durch La Red und agitPolska folgende Workshop- und Veranstaltungsreihen mit jeweils mehreren Terminen angeboten: Foto-Workshop, Comic-Workshop, Theater-Workshop, Radio-Workshop, Film-Workshop und eine Veranstaltungsreihe mit dem Thema „Keine Angst vor den Nachbarn – Mit dem Islam Tür an Tür“.

Elisabeth Hoffmann hat Erziehungswissenschaften, Slavistik und Osteuropäische Geschichte studiert und ist seit vielen Jahren in Projekten der internationalen, politischen und kulturellen Bildung tätig. Sie koordiniert bei Minor u. a. die Aktivitäten im Projekt *WIR HIER*.

Božana Vrhovac studiert im Masterstudiengang an der TU Berlin Urban Design und ist als studentische Mitarbeiterin im Projekt tätig.

Rena Zetzsche hat in München Betriebswirtschaftslehre studiert. Seit mehr als 15 Jahren ist sie in der Projektleitung tätig, viele Jahre davon im Medienbereich. Seit Anfang 2015 hat sie die Projektleitung bei *WIR HIER* übernommen.

3. Begriffsklärung und Arbeitsdefinitionen

MICHAEL LOGVINOV

Die Begriffe „Islamophobie“, „Islamfeindlichkeit“, „Muslimfeindlichkeit“, „Ablehnung“ bzw. „Abwertung der Muslime“ werden in zahlreichen Publikationen und Meinungsumfragen oft synonym bzw. austauschbar verwendet. In einigen Fällen mögen Definitionsprobleme bzw. -sperren nebensächlich sein. Dies gilt jedoch nicht für politische und politisch instrumentalisierbare Begriffe sowie die in der Meinungsforschung zu operationalisierenden Kategorien, zu denen die oben genannten Termini zählen. Denn empirische Studien, welche nicht das messen, was konzeptionell durch die verwendeten Konstrukte festgelegt wird, halten der Güteprüfung nicht stand. Überdies stellt die Behauptung – die Begriffe „Islamophobie“, „Islam-“ oder „Muslimfeindlichkeit“ unterschieden sich „nur in Nuancen, da hat jeder seine Vorlieben“ (Hafez 2014) – eine Minderheitenmeinung dar. In der Tat können religiöse und ethnische Motive sowie Adressaten der Ablehnung wechseln oder diskursive Strategien sich gegenseitig bedingen. Für die Betroffenen entsprechender Zuschreibungen mag es irrelevant erscheinen, ob ihnen Ablehnung, Diskriminierung, Feindseligkeit oder Ressentiment entgegen schlägt (vgl. Emcke 2010: 216). Relevant ist es allerdings für die verstehende Sozialwissenschaft, die sich zum Ziel setzt, Aussagen über die Qualität sozialer Konflikte zu treffen und Lösungsvorschläge anzubieten. Aus diesem Grund wird hier auf die terminologische Diskussion rund um „Phobien“ und Feindseligkeiten gegenüber dem Islam und den Muslim/-innen eingegangen.

3.1. Terminologische Probleme

Im modernen Wortgebrauch wurde der Begriff „Islamophobie“ erstmals 1991 im amerikanischen Magazin „Insight“ verwendet, woraufhin sich eine internationale Debatte um seinen Inhalt entfachte (vgl. Allen 2010: 5). Drei Jahre später stellte die britische Denkfabrik „Runnymede Trust“ in ihrem Bericht „A Very Light Sleeper: the Persistence and Dangers of Antisemitism“ trotz der Unterschiede auch Ähnlichkeiten zwischen dem Antisemitismus und einer „anderen Form des Rassismus“ – der Islamophobie – fest. Obwohl der Begriff der Islamo-

phobie neu war, bezeichnete er die alte Tendenz in den westlichen Ländern, den Islam mit negativen Stereotypen zu verknüpfen (Frindte 2013: 90).

Die erste systematische Bestandsaufnahme über islamophobe Einstellungen und Praktiken, inklusive Begriffsdefinition, findet sich in einer weiteren Publikation von „Runnymede Trust“ mit dem Titel „Islamophobia: A Challenge for Us All“ (1997). Ihre Autoren definieren den Begriff als grundlose Feindseligkeit gegenüber dem Islam, welche in die Diskriminierung der Muslime als Gemeinschaft und als Individuen sowie in die Exklusion der Anhänger/-innen dieser Glaubensrichtung aus politischen und sozialen Bereichen mündet.

Um die Frage zu beantworten, was legitime Kritik am Islam von islamophoben Vorurteilen und Feindseligkeiten unterscheidet, hebt der Bericht acht Dimensionen hervor, welche eine „geschlossene Sicht“ auf diese Religion charakterisieren. Demnach wird der Islam (Runnymede Trust 1997: 5):

- 1) als monolithisch und statisch gesehen,
- 2) grundlegend als anders (othering) und getrennt von anderen Kulturen wahrgenommen – ohne gemeinsame Ziele, Werte und gegenseitige Beeinflussungen,
- 3) mit Attributen wie barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch versehen,
- 4) mit Eigenschaften wie aggressiv, bedrohlich bzw. drohend, terrorismusfördernd und im Kampf der Kulturen begriffen belegt,
- 5) als politische Ideologie, die zwecks politischer und militärischer Vorteile eingesetzt wird, gesehen.
- 6) Überdies werde jede Form von Kritik des Islam am „Westen“ abgelehnt, während
- 7) die Islamfeindlichkeit als Rechtfertigung der Diskriminierung im oben beschriebenen Sinn genutzt wird.
- 8) Abschließend gelte die Akzeptanz und Normalität der Feindseligkeit gegen Muslim/-innen als Indikator der Islamophobie.

Es verwundert nur wenig, dass die im Bericht formulierte Definition kontroverse Diskussionen auslöste, benennt er doch zahlreiche, nicht unumstrittene Dimensionen des „Symptoms“. Zugleich erfassten die Autoren mit dem neuen Begriff treffend das Aufkommen einer neuen Spielart eines kulturalistisch begründeten Rassismus (vgl. Backes 2013a: 395). Es bleibt allerdings unklar, ab welchem Schwellenwert von einer „geschlossenen“, islamophoben Sicht die

Rede sein kann. Reicht bereits die Zustimmung zur Aussage, der Islam sei nur wenig dynamisch und konservativ, aus, um als islamophob zu gelten? Islamwissenschaftler/-innen kritisieren solche Interpretationen der Islamophobie (vgl. Müller 2010).

Einer der wichtigsten Kritikpunkte ist konzeptioneller Natur und betrifft die Verknüpfung realer „gesellschaftlicher Probleme von europäischen Migrationsgesellschaften“ mit einer „Immunisierungsstrategie“ gegen die im Sinne von Liberalismus und Aufklärung unverzichtbare Kritik an Grundelementen des Islam, die nicht mit den Werten Europas vereinbar seien (Kahlweiß & Salzborn 2012: 254). Vor diesem Hintergrund kritisierten britische Forscher/-innen und Autor/-innen wie Taslima Nasreen, Salman Rushdie u. a. den Begriff, da er kaum zwischen Islamkritik und Islamfeindlichkeit unterscheidet und antimuslimischen Rassismus überbetont (ebd.). Wenig verwunderlich erscheint daher, dass der Neologismus „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff sowie Stigma des Öfteren missbraucht wird, um jegliche Kritik an Islam und Muslim/-innen abzuwürgen (vgl. Fischberg 2006: 155-172). Als islamophob galten im islamischen Raum bspw. während der Islamischen Revolution im Iran Frauen, die sich weigerten, ein Kopftuch zu tragen, oder Islamkritiker wie der bereits erwähnte Autor von „Die satanischen Verse“ (vgl. Kahlweiß & Salzborn 2012: 250).

In der deutschen Forschungstradition fand der Begriff im Rahmen des Projekts zur Erhebung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) Anwendung. Islamophobie wird als GMF-Syndrom und „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, pauschale Abwertungen der islamischen Kultur und distanzierende Verhaltensabsichten gegenüber Muslimen“ oder „die Abwertung und Diskriminierung einer religiösen Minderheit“ verstanden (Leibold & Kühnel 2006: 137; Leibold et al. 2012: 177). Zugleich wechselten die Forscher zwischen den Begriffen „Phobie“ und „Feindlichkeit“, zuweilen war von antimuslimischen Einstellungen oder gleichsinnig von Abwertung bzw. Ablehnung von Muslim/-innen oder Verhaltensdistanz die Rede. „Suggestiert wird, hier handle es sich alles in allem um ein und dasselbe“ (Möller & Schuhmacher 2015: 21). Dass dem nicht so ist, wird an einem Beispiel klar: So können distanzierende Verhaltensabsichten in der Tat ein Indikator für Islamophobie bzw. Muslimfeindlichkeit oder aber der Ausdruck einer feministisch bedingten Ablehnung des islamisch geprägten Frauenrollenverständnisses und/oder einer atheistischen Orientierung sein.

Die „Mitte-Studie“ von Andreas Zick und Anna Klein aus dem Jahr 2014 maß unter anderem auch Islamfeindlichkeit, kategorisiert als „die Bedrohungsgefühle und Abwertungen von Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten“ (Zick & Klein 2014: 64). Dabei fällt auf, dass dieselben Items² in den GMF-Erhebungen zur Messung der „generellen Ablehnung von Muslimen in Deutschland“ herangezogen, während „offene Islamfeindlichkeit“ durch folgende, abweichende Aussagen erfasst wurden: „Es sollte besser gar keine Muslime in Deutschland geben“ und „Muslimen sollte jede Form der Religionsausübung in Deutschland untersagt werden“ (Leibold/Kühnel 2006: 142). Hier springt allerdings ins Auge, dass die vermeintliche Islamfeindlichkeit weniger mit der Glaubensrichtung als mit Muslim/-innen als Trägern der universellen Menschenrechte zu tun hat. Zugleich merkte Andreas Zick in einer Fußnote seines Beitrages für eine Tagung der Deutschen Islamkonferenz „Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien“ zu Recht an: Empirisch betrachtet seien Islam- und Muslimfeindlichkeit „in der Regel signifikant korrelierende Facetten“, – sie könnten aber „nicht einfach als eine zusammenhängende Dimension einer allgemeinen Abwertung beurteilt werden, wie sie etwa mit dem ungenauen Terminus der Islamophobie bezeichnet wird“. Denn der entsprechende Nachweis einer vorliegenden Korrelation „wäre erst zu erbringen“ (Zick 2012: 35). Nichtsdestotrotz wird weiter im Text sowie in den später erschienenen Studien kaum zwischen den beiden Ablehnungskonstruktionen³ unterschieden.

In der europäischen Umfrage „Die Abwertung der Anderen“ wiesen die Wissenschaftler/-innen um Zick erneut darauf hin, dass der Begriff der Muslimen-

² „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.“ Vgl. Zick & Klein (2014: 67).

³ Vgl. die Definition der „Islamfeindlichkeit als Vorurteil“: „Die Islamfeindlichkeit im Sinne eines Vorurteils entspricht einer abgrenzenden und intoleranten Haltung von Gruppen und ihren Mitgliedern gegenüber dem Islam oder Muslimen, gerade weil sie dem Islam als zugehörig zugeschrieben werden. [...] Das Vorurteil hat dabei drei Facetten und richtet sich in Emotionen (Ärger, Ekel etc.), Gedanken (Überfremdung, Unterdrückung etc.) oder Verhaltensweisen (aus dem Weg gehen, nicht helfen etc.) gegen Muslime im Sinne eines Anti-Muslime-Vorurteils oder gegen den Islam im Sinne eines Anti-Islam-Vorurteils. Diese Vorurteile basieren auf Kategorisierungs- und Stereotypisierungsprozessen, sodass Menschen zu Gruppen (Muslime, Islam) zugeordnet werden und diese Gruppen mit positiven oder negativen Stereotypen verknüpft werden“ (Küpper et al. 2013: 10).

feindlichkeit treffender wäre, „da es hier nicht um die Ablehnung einer Glaubensrichtung geht, sondern um die Abwertung von Menschen, die dieser Glaubensrichtung zugeordnet werden“ (Zick et al. 2011: 46). Mit anderen Worten: Differenzierung tut in der Tat not. Es bietet sich daher an, zusätzliche Distinktionsmerkmale in die terminologische Debatte einzuführen.

Einerseits gilt es, eine legitime, universalistisch-normative und/oder aufklärerisch-menschenrechtliche Islamkritik sowie Muslimkritik von einer fremdenfeindlich-hetzerischen, kulturalistischen und/oder biologisch-rassistischen Muslimfeindlichkeit analytisch zu trennen (vgl. Pfahl-Traugber 2014). Liegen doch dafür naheliegende empirische Befunde vor: Laut GMF-Studie aus dem Jahr 2003 lehnten zwar 69,9 % der Befragten die Aussage „Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt“ ab. Zugleich stimmten 65,6 % der Befragten dem Item „Bei Personen muslimischen Glaubens bin ich misstrauischer“ nicht zu (Leibold & Kühnel 2003: 103). Andererseits ist es notwendig, verschiedene Ablehnungsgrade auf der Orientierungsebene genauer zu bestimmen. Denn „es wirkt wenig überzeugend, weil undifferenziert, jede Art von Ablehnung als ‚Feindlichkeit‘ oder ‚Abwertung‘ zu brandmarken“ (Möller & Schuhmacher 2015: 26).

Obwohl sich der (unscharfe) Begriff der Islamophobie international durchgesetzt hat, müssen terminologische Präzisierungen vorgenommen werden. Nach Heiner Bielefeldt (2012: 23) scheint der Begriff der Muslimfeindlichkeit wegen seiner Fokussierung auf unmittelbare Subjekte menschenrechtlicher Ansprüche, also Menschen (wie auch religiöse Gemeinschaften) als Träger universeller Menschenrechte am ehesten geeignet zu sein, um Diskriminierung und Ausgrenzung der Muslim/-innen zu bezeichnen. In Fällen der harten Manifestationen von Muslimfeindlichkeit als pauschalisierender Ablehnungskonstruktion infolge „ethnisierender“ Zuschreibungen kann auch von antimuslimischem Rassismus die Rede sein. „Ob solche Kollektiv-Größen anhand von (angeblichen) biologischen Merkmalen konstruiert werden oder ob kulturelle oder religiöse Differenzen zum Anlass genommen werden, Mauern zu bauen zwischen ‚uns‘ und ‚den anderen‘, ist demgegenüber von sekundärer Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr der Härtegrad in der Zuschreibung einer kollektiven Mentalität, die im Grenzfall Züge schicksalhafter Unentrinnbarkeit annimmt und den betroffenen Menschen ihr Selbstsein, ihre Freiheit und ihre Gleichberechtigung abspricht“ (a. a. O.: 27).

Armin Pfahl-Traughber (2014) zufolge sei der problematische Begriff der Islamophobie „nur für Auffassungen sinnvoll, die in einer ausgeprägten Angst vor dem Islam als subjektiver Einstellung bestehen“. Islamfeindlichkeit stehe demgegenüber für eine ausgeprägte, fundamentale und unbedingte Ablehnung des Islam als Glaubensrichtung und deren pauschale Deutung als gefährlich, unmoralisch und verwerflich. Davon sei eine aufklärerisch-menschenrechtliche Islamkritik zu unterscheiden, „die einzelne Bestandteile oder Auslegungen der Religion und deren Wirken in der Gesellschaft hinterfragt“. Zugleich können die angesprochenen Dimensionen anscheinend miteinander korrespondieren und in Diskursen über den Islam, je nach Schwerpunkt, mal mehr, mal weniger in den Vordergrund treten. „Pegida“-Forscher/-innen fanden heraus, dass die Anhänger/-innen der Dresdner Bewegung wertbezogene Islamkritik übten, wenn es bspw. um die Themen Frauenrechte oder fehlende Säkularisierung ging. In Erzählstrecken zu „Asyl“, „Zuwanderung“ und „Integration“ dominierten demgegenüber „kulturalistisch-rassistische antimuslimische Ressentiments“. Die islamische Religionszugehörigkeit erwies sich in den Narrativen als einziges charakteristisches Merkmal. Dabei wurden unter den Begriffen „Muslime“ oder „Islam“ unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – wie z.B. „Türken“ oder „Bosniaken“ – subsumiert (Geiges et al. 2015: 182).

Der Begriff der Muslimfeindlichkeit erfasst nach Pfahl-Traughber (ebd.) „eine Feindschaft gegen Muslime als Muslime, das heißt: Eine Ablehnung und Diskriminierung von Einzelnen oder Gruppen erfolgt primär aufgrund deren Glaubens an den Islam. Damit geht nicht nur ein negatives Bild im Sinne einer öffentlichen Herabwürdigung einher, sondern auch eine angestrebte Benachteiligung im Sinne eines niedrigeren Rechtsstatus“. Hiervon unterscheidet der Wissenschaftler „eine Muslimenkritik, die sich auf bedenkliche Einstellungen und Handlungen von Anhängern des Islam bezieht, ohne damit Verallgemeinerungen und Zerrbilder zu verbinden“ (ebd.).

Obwohl die zitierten Definitionen notwendige inhaltliche Differenzierungen mit Blick auf legitime Kritik und illegitime Feindschaft gegenüber dem Islam und den Muslim/-innen gewährleisten, scheinen sie die unterschiedlichen Pole der Ablehnungskonstruktionen nicht deutlich genug hervorzuheben. Zugegebenermaßen liegen in der Sozialforschung nur wenige Modelle vor, die auf Grade der ablehnenden Orientierungen abheben. Eines davon ist das PAKOs-Konzept von Kurt Möller, welches pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen in ei-

nem Kontinuum zwischen den Polen der Aufrechterhaltung von Distanz einerseits und der Anwendung von schwerer Gewalt andererseits verortet.

Möller unterscheidet auf der affektiv-kognitiven und konativen Ebene zwischen (Möller & Schuhmacher 2015: 26f.):

- 1) „Aversion“ als einer „starken unbewussten Emotion verhaltenswirksamer Abneigung gegenüber dem Ablehnungsobjekt, dass u. U. in Hass münden kann“,
- 2) „Ressentiment“ als psychischer Einstellung, die sich nicht in Aktivitäten manifestiert,
- 3) „Stereotyp“ als einer automatischen und assoziativen „Zuordnung von (vermeintlichem) Wissen und daraus erwachsenden Erwartungshaltungen“,
- 4) „Vorurteil“ als Ergebnis kognitiver Prozesse stereotyper Kategorisierung nutzender, pauschal-negativer Zuschreibung und Einstellung gegenüber abgelehnten, aber nicht zwangsläufig zugleich abgewerteten Gruppierungen und Personen,
- 5) „Abwertung als Ausdruck eines vermeintlichen Wertunterschieds zwischen Objekten [...] im sozialen Vergleich“ sowie
- 6) „Feindlichkeit“ als Haltung der Verachtung gegenüber Abgelehnten und ihrer Konstruktion als zu Bekämpfende.

Auf der konativen Ebene sollte mindestens unterschieden werden zwischen:

- 7) „Aufrechterhaltung von Distanz im Sinne einer Vermeidung des Aufbaus von Nähe zum Ablehnungsobjekt“,
- 8) sozialer Distinktion als aktiv betriebener räumlicher Distanzierung und symbolischer Abgrenzung sowie
- 9) Gewaltbefürwortung sowie Gewaltverhalten und/oder Diskriminierungsbefürwortung und -verhalten.

3.2. Begriffsdefinitionen

Um der Komplexität des zu untersuchenden Phänomens gerecht zu werden, d. h. die inhaltliche Dimension mit verschiedenen Ablehnungsgraden und möglichen konativen Orientierungen zu verbinden, sowie die unbegründete Stigmatisierung der Zielgruppen zu vermeiden, werden im Projekt folgende Arbeitsbegriffe getestet.

Der Begriff der *Muslimfeindlichkeit* umschreibt die härteste, auf Muslim/-innen als zu bekämpfende Zielgruppe bezogene Orientierung, wobei sich primär Muslim/-innen als Träger der universellen Menschenrechte sowie – sekundär – ihre Praktiken und Symbole im Fadenkreuz der Ablehnenden befinden. Muslimfeindlichkeit kommt in Form von Diskriminierungs- und/oder Gewaltintentionen bzw. Gewaltverhalten zum Tragen. Die Fremdgruppencharakterisierung erfüllt in diesem Fall alle Kriterien eines Feindbildes.

Es kann auch von *Muslimabwertung* als pauschalisierender Ablehnungskonstruktion im Sinne der Ungleichwertigkeit von Muslim/-innen die Rede sein, die entweder kulturalistisch oder eher biologisch-rassistisch begründet wird und in ein ausgeprägtes Distinktionsverhalten münden kann. Die Herabwürdigung von Muslim/-innen muss nicht zwingend in Feindschaft im oben beschriebenen Sinne umschlagen, sie stellt jedoch einen Bestandteil der Feindlichkeit gegen „die“ Muslime dar. Auch Muslimabwertung kann zur Benachteiligung der Betroffengruppe, also zur Diskriminierung führen.

Muslimfeindlichkeit und Muslimabwertung als pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen sind von der Ablehnung der muslimischen Lebens- und Verhaltensweisen aus bspw. atheistischen, feministischen, religiösen, aber auch strikt formal-demokratischen und anderen weltanschaulichen Motivationslagen zu unterscheiden.

Im Fall der *Islamfeindlichkeit* richtet sich die Bekämpfungsentention vordergründig gegen „den“ Islam als kulturelevanten Wertkanon mit den ihm pauschal zugeschriebenen Eigenschaften wie Expansionsdrang, Gewaltlegitimation u. a. Der Islam wird pauschal als „faschistisch“, „totalitär“, „frauenfeindlich“ und „homophob“ betrachtet. Dass die zu bekämpfenden Zielobjekte der Muslim- und Islamfeinde nicht immer gleich sind oder mit dem Ablehnungsgegenstand nicht übereinstimmen müssen, hat die Tat des „Kreuzritters“ Anders Behring Breivik mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Islamfeinde wännen sich vordergründig im „Kampf der *Kulturen*“, im Kampf gegen die „*islamische Gefahr*“. So verstehen sich „christliche Kreuzritter“ als „kulturelle, nicht rassistische Abwehrbewegung gegen eine Bedrohung der eigenen Identität [...]“ (Backes 2013a: 405). Der Kampf gegen die „Islamisierung“ schließt ein freundschaftliches Verhältnis zur muslimischen Welt jedoch nicht aus. Zugleich ist die pauschal-negative Charakterisierung „des“ Islam dazu angetan, „diskriminie-

rende, die Menschenrechte von Muslimen verletzende, Verhaltensweisen zu ermutigen“ (Backes 2013b: 160). In Analogie zur (sozial-kulturellen) Muslimabwertung lässt sich ebenfalls eine *Islamabwertung* beobachten, deren (begrifflichen) Kern die Überbetonung der Rückständigkeit und der Unreformierbarkeit des Islam sowie der islamisch geprägten Kultur ausmacht.

Wie bereits ausgeführt, weist der „pathologisierende“ *Islamophobie*-Begriff terminologische „Pathologien“ auf und sorgt für mehr Verwirrung als Klarheit. In erster Linie umschreibt er aber diffuse Bedrohungsgefühle angesichts der (imaginierten) voranschreitenden Islamisierung und der in diesem Kontext gesehenen zunehmenden Präsenz von Muslim/-innen im sozialen Umfeld bzw. im Land, die aversive Züge annehmen sowie ressentimentgeladene und vorurteilslastige Interpretationen fördern (können). Die Gefühle der Bedrohung durch „den“ Islam können in einer *allgemeinen Ablehnung* und *abwehrenden Haltung* gegenüber dem Islam und den Muslim/-innen resultieren. Diese Einstellung ist jedoch in Bezug auf die Feindseligkeit differenziert zu betrachten, denn nicht jede Abwehrhaltung speist sich aus einem Feindbild des Islam. „Während die generelle Ablehnung auf dem Boden von politisch legitimen Forderungen und emotionalem Unbehagen bleibt, gehen die Formulierungen zur offenen Islamfeindlichkeit darüber deutlich hinaus“ (Leibold & Kühnel 2006: 137). Generelle Ablehnung kann die Folge, aber auch die Ursache der Abwertung sein. Zugleich besteht im Gegensatz zum Verhältnis von Abwertung zur Ablehnung kein direkter Zusammenhang zwischen Abwertung und Verhaltensabsicht (Leibold & Kühnel 2003: 112).

Zusammenfassend sei angemerkt, dass die Unterscheidung zwischen den Begrifflichkeiten „Feindbild“, „Feindlichkeit“, „Ablehnung“, „Vorurteil“, „Stereotyp“, „Kritik“ sowie zwischen einem pauschalen Feindbild des Islam und einem Bild des Feindes in Form eines anti-westlichen Islamismus notwendig erscheint, um dem komplexen Phänomen der Islamablehnung gerecht zu werden. Darüber hinaus erscheint es nicht weniger empfehlenswert, ein spezifisches Feindbild des Islam bzw. Islam- und Muslimfeindlichkeit von allgemeineren Kategorien der Fremdenfeindlichkeit sowie des Rassismus zu unterscheiden und/oder die Konstrukte präziser zu bestimmen. Im Projekt werden vor allem Begriffe Muslimfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus verwendet.

4. Pauschalisierende Islam- und Muslimablehnung im Spiegel der Meinungsforschung

MICHAIL LOGVINOV

Facettenreiche pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen im Hinblick auf den Islam und/oder Muslime sind zu Zeiten der „Pegida“-Bewegung mit ihren bundesweiten Ablegern sowie neuer extremistischer Formationen wie „Hooligans gegen Salafisten“ scheinbar allgegenwärtig. Die Angst vor der „Islamisierung des Abendlandes“ scheint in Deutschland eine weite Verbreitung und Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Mitte gefunden zu haben. So stellen es zumindest einige Studien dar. Kann also von einem „Feindbild Islam“ in Deutschland und Europa gesprochen werden? An welchen Kriterien wird die „Islamfeindlichkeit“ in Deutschland festgemacht? Und welche Ursachen lassen sich für die ausgemachten Bedrohungsgefühle feststellen?

4.1. *Das Islambild im historischen und sozialen Kontext*

Ursachen für die pauschale Ablehnung des Islam und der Muslime lassen sich mit unterschiedlichen Ansätzen erklären. Sozialpsychologisch interpretiert, gehört die Abgrenzung der Eigengruppe im Vergleich zu Fremdgruppen bzw. zum Anderen zu einer der Konstanten gesellschaftlicher Identitätsstiftung. Daraus resultiert ein Autoimage, ein Bild des Eigenen, welchem ein Heteroimage, ein Bild des Anderen bzw. Fremden, gegenübersteht. Auf ethnische und/oder nationale Kollektive respektive Gruppen bezogen bedeutet dies, dass zwecks Distinktion im sozialen Raum entsprechende Merkmale und Unterscheidungskriterien herangezogen werden, um Gruppenkohäsion und -identität zu gewährleisten. Die Selbstkategorisierung der Gruppe in Abgrenzung zu anderen Kollektiven ist somit keine Pathologie, sondern eine sozialpsychologische Universalie. Problematisch wirkt dieser Distinktionsmechanismus allerdings, wenn rassische, kulturelle, religiöse u. a. Unterscheidungsmerkmale mit antipluralistischen identitären Argumentationsmustern gerahmt werden, die dann zum Postulieren einer sozialen und politischen Interessenidentität in einer angestrebten homogenen Gesellschaft führen. Die Folge eines solchen Gesellschaftsbil-

des wäre nämlich vom Ideal einer offenen Gesellschaft weit entfernt und von der Stigmatisierung und/oder Bekämpfung der vom propagierten „Ideal“ Abweichenden geprägt.

Nehme man als Beispiel „den“ Westen oder besser Europa als Beschreibung einer solchen sozial-kulturellen Makro-Gruppe und -Identität, ließen sich in der Geschichte zahlreiche identitätsstiftende Interaktionen mit dem Islam ausmachen. Denn sowohl die europäische als auch die muslimische kulturelle Identität sind nicht unwesentlich von einer binären, durch Feindbilder belasteten, Grenzziehung zwischen der Umma und der Christianitas geprägt (Jonker 2012: 49). Christen betrachteten den Islam genealogisch als eine christliche Irrlehre. Eschatologisch wurde Muhammad als „Pseudoprophet“ dargestellt, vor dem die Evangelien warnen. Muslimische Eroberungen galten in der apokalyptischen Interpretation als Zeichen der Endzeit und als Wirken des Antichrist (Höfert 2010: 62). Das Christentum galt bzw. gilt im Islam demgegenüber als überholt und als unvollkommene Religion, „die sich von der ursprünglichen Botschaft Jesu Christi, wie sie der Koran festlegt, eigenmächtig entfernt hat“ (Khoury 2010a: 261). An manchen Stellen des Koran wird es mit dem Unglauben gleichgesetzt (Bobzin 2010: 200ff.). Somit stellte das theologische Programm des Islam „eine strukturelle theologische Demütigung“ für das Christentum dar. Das war einer „der inneren Gründe für die große propagandistische Anstrengung, welche im christlichen Europa über viele Jahrhunderte hin zur Diffamierung des Islam und seines Propheten unternommen wurde“ (Naumann 2010: 26).

Für die frühneuzeitliche Christenheit war die „Türkengefahr“ eines der herausragenden Themen (Höfert 2010: 62). Infolge der europäischen Expansion veränderte sich jedoch die Perspektive: Politische, moralische sowie geschichtsphilosophische Zuschreibungen ersetzten theologische Vorurteile (Naumann 2010: 30). Die muslimische Bevölkerung an den Rändern Europas stellte somit den Katalysator für die europäische Selbstwahrnehmung dar, wobei der Islam in der Gestalt von Arabern, Osmanen, Tataren oder Türken als Europas Antithese und „der gefährlichste Feind Europas“ empfunden wurde (Jonker 2012: 50). Es ließ sich in der historischen Entwicklung somit eine allgemeine Tendenz in beiden Religionsgemeinschaften beobachten – von der Toleranz zur Intoleranz, vom Gemeinsamen zum Trennenden (Khoury 2010a: 261). Auf der Meso-Ebene der nationalen Selbstbeschreibungen sind allerdings historisch bedingte Unter-

schiede sichtbar. Stellte doch für Italien und Spanien die Zugehörigkeit zur Pax Arabica einen Teil ihrer eigenen Geschichte dar, während andere Staaten weder historische Erfahrungen noch ein Interesse an der Abgrenzung von den andersgläubigen Nachbarn hatten (Jonker 2012: 49).

Auf der anderen Seite der mentalen Grenze scheinen historische Erinnerungen an die Kreuzzüge der Christenheit nach wie vor wirksam zu sein. Sie werden auch noch im 21. Jahrhundert politisch instrumentalisiert, wenn es darum geht, Muslime als Opfer der westlichen Kriegstreiberei zur „Auslöschung des Islam“ darzustellen. Die „Kreuzzüge des Westens“ in Bosnien (sic), Afghanistan oder im Irak rahm(t)en sich in diese Erinnerungskultur ein. Größtenteils geben die Muslime aus dem arabischen Raum „Menschen aus dem Westen“ die Schuld für die schlechten Beziehungen zwischen Abendland und Morgenland. Sie schreiben ihnen negative Eigenschaften zu: gewalttätig (66 %), unmoralisch (61 %), arrogant (57 %), fanatisch (53 %) (Pew Research Center 2011: 19). Der Westen gilt heutzutage als ausbeuterische Kolonialmacht, deren Herrschaftstreben durch den (pseudo-)demokratischen Interventionismus kaschiert ist. Muslime pflegen ein Image der „christlich-abendländlichen Arroganz“ und nehmen sich als die „neuen Juden Europas“ wahr (Frindte 2013: 103). Es kann daher von der „Dialektik von Ausgrenzung und Selbstaussgrenzung“ sowie „Viktimisierung und Selbstviktimisierung“ die Rede sein (Uslucan 2010: 371ff).

Obwohl in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre die Existenz eines Feindbildes des Islam beklagt wird, waren die Deutschen lange Zeit „immun“ gegen islambezogene Bedrohungsgefühle. Trotz der Anschläge vom 11. September 2001 ließ sich dieses Feindbild Anfang der 2000er Jahre empirisch nicht nachweisen. Deutschland wies zudem die kleinste Rate antimuslimischer Übergriffe im westeuropäischen Vergleich auf (Seidel 2003: 266). Eine GMF-Erhebung aus dem Jahr 2003 kam zu dem Schluss, dass die Islamophobie keine besondere Ausprägung in Deutschland hatte.

„Insofern lässt sich auch die Behauptung von einem besonderen ‚Feindbild Islam‘, das aus unterschiedlichen Motiven zum Teil von bundesdeutschen Intellektuellen und zum Teil von islamischen bzw. islamistischen Gruppen beschworen wird, nicht bestätigen“, schlussfolgerten ihre Autoren und fügten prognostisch hinzu: „Es ist anzunehmen, dass weniger Terroranschläge das Klima besonders verschärfen werden, sondern vielmehr unge-

löste und unthematisierte (Alltags-)Konflikte im sozialen Nahraum“ (Leibold & Kühnel 2003: 113).

Doch es kam anders. Nach dem heimtückischen Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh am 2. November 2004 änderte sich die Lage fundamental. Die Stimmung in Deutschland schlug in „moralische Panik“ um:

„Über Nacht bestimmten neue Schlagworte die Agenda: Islam, Islamismus, [...] Muslime, Parallelgesellschaften, Frauenunterdrückung, Nahost-Konflikt, das Ende der multikulturellen Gesellschaft, islamisierter Antisemitismus – alles wurde in einen Topf geworfen und der Islam und Islamismus zu einem ununterscheidbaren Brei zusammengerührt“ (Seidel 2008: 253).

Eine der Folgen war auch, dass in der medialen Berichterstattung „das Feld Islam, Islamismus und Einwanderer mit muslimischen Hintergrund neu vermessen“ und die Integrations- und Ausländerdebatte vermehrt „islamisiert“ wurde (ebd.). Die Unvereinbarkeit des Islam mit den westlichen Wertvorstellungen wird seitdem wieder und wieder debattiert, wobei es an den dazu Anlass gebenden Ereignissen nicht mangelt.

Journalist/-innen in sensationsorientierten Medien neigen nicht selten dazu skandalisierende, polemisierende und/oder kulturalistische Debattenbeiträge zu geben. Sie müssten sich auch dem Vorwurf der Homogenisierung vielschichtiger Gruppen von außen stellen. Und man kann auch behaupten, dass stereotypisierende Berichterstattung Vorurteile und Ressentiments fördert (vgl. Schiffer 2005: 24). Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob die mehr oder weniger einseitige, undifferenzierte Berichterstattung und Inszenierung der politischen Mythen nicht vielleicht einen breiteren Themenhaushalt betrifft. Eine Domäne der Berichterstattung über „den“ Islam und „die“ Muslime ist sie jedenfalls nicht. Dass die internationale Berichterstattung über den islamisch geprägten Raum vor dem Hintergrund von Kriegen, Terroranschlägen oder Unterdrückung und Folter stattfindet, wird eine größere Bedeutung für die wachsende Islamablehnung haben als vermeintlich ausbleibende Aufklärung durch den Journalismus. Wohlgermerkt würde die gewünschte Differenzierung bei den Themen Freiheit und Menschenrechte oft einer gefährlichen Relativierung nahekommen. Zugleich wurde seit Ende der 1990er Jahre in keiner anderen Religion der Name Gottes so oft gezielt medienwirksam missbraucht wie im (radikalen) Islam. Obwohl die meisten Anschläge in der EU durch Rechts- und Links-

extremisten verübt werden⁴, scheint jeder Anschlag(splan) in Europa die Gefährlichkeit „des“ Islam zu bestätigen – nicht zuletzt, weil die sich auf den Koran berufenden Islamist/-innen bzw. Dschihadist/-innen sich in einem erklärten Krieg gegen „den Westen“ wähen.

Der eigentliche Kern der Islamdebatte in Deutschland ist allerdings ein anderer und betrifft vor allem die Vereinbarkeit des Säkularismus als Norm- und Wertvorstellung mit dem islamischen Glauben, in dem es bekanntlich keine Kaiserformel⁵ gibt. Während säkulare Verfassungsgrundsätze eine respektvolle Nicht-Identifikation als Wertneutralität, welche die Gleichstellung und den Schutz jeder Minderheit gewährleistet, zum Maßstab erheben, enthält das islamische Ordnungsmodell grundsätzlich nur eine sehr spezifische Schutzpflicht für Minderheiten (Schutzbefohlene per Schutzvertrag), welche keine Gleichstellung mit Muslimen vorsieht. Vor diesem Hintergrund formulierten die Islamophobie-Forscher Leibold und Kühnel das Dilemma der Norm- und Wertkonflikte wie folgt: „Vor die Entscheidung gestellt, würden die meisten gläubigen Muslime wohl das religiöse dem säkularen Prinzip überordnen. Selbst die flexiblen Alltagsregelungen stellen faktisch das Primat des Religiösen unter Beweis, da die Toleranz mit Rückbezug auf die Scharia begründet wird“ (Leibold & Kühnel 2008: 98).

Im Sinne des Modells der Eigengruppenprojektion haben wir es mit zwei Makro-Gruppen zu tun, die auf zwei unterschiedliche übergeordnete soziale Kategorien – „menschliche Zivilisation“ oder „Religion“ – zurückgreifen und ihre eigenen Vorstellungen von diesen Kategorien („universelle Menschenrechte“ – der Islam als die „vollkommene“ Religion) auf sie projizieren, um den Gruppenvergleich zu gestalten. So gewährleistet das Ergebnis eines solchen Vergleichs die Überlegenheit der jeweiligen Gruppe. Mit Blick auf die Menschenrechte erscheint „der“ Westen im Vergleich zum „Islam“ als überlegener Sieger, während Angehörige des Islam sich frei nach dem Koran als „die beste Gemeinde“ sehen und islambezogene Überlegenheitsgefühle entwickeln: „Aus einer sozi-

⁴ Vgl. die EU-Berichte „The EU Terrorism Situation and Trend Report (TE-SAT)“.

⁵ Matthäus 22, 21: „Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers. Da spricht er zu ihnen: So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“

alpsychologischen Perspektive haben wir es, was die Beziehungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen betrifft, zunächst einmal mit einem ‚Zusammenprall‘ von Vorurteilen (zweier sozialer Gemeinschaften) und Mythen (über den ‚Islam‘ und ‚den Westen‘) zu tun“ (Frindte 2013: 114, 120; vgl. Bobzin 2010; Jonker 2010: 72).

Doch lässt sich daraus, selbst wenn man bedenkt, dass Plädoyers für eine Übernahme des Laizismus seitens der (europäischen) Islamgelehrten die Ausnahme sind (vgl. Brunner 2005), der Schluss ziehen, die muslimische Kultur passe nicht in die westliche Welt?

4.2. *Das Islam- und Muslim/-innen-Bild in Deutschland*

Eine von der Bertelsmann Stiftung erstellte *Sonderauswertung Islam* des Religionsmonitors widerspricht der oben zitierten Annahme von Leibold und Kühnel. Der Erhebung aus dem Jahr 2015 zufolge sollen 90 % der „hochreligiösen sunnitischen Muslime“ die Demokratie für eine „gute Regierungsform“ halten (Bertelsmann Stiftung 2015). Dies entspreche dem Zustimmungsggrad der mittel- und weniger religiösen Sunniten. 93 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime hielten es für geboten, allen Religionen gegenüber offen zu sein. Die zunehmende religiöse Vielfalt in Deutschland empfanden allerdings „nur“ 68 % der hochreligiösen, 71 % der mittel- und 75 % der wenig religiösen Sunniten als Bereicherung. Überraschend erscheint der Befund, dem zufolge 40 % der hochreligiösen Sunniten und 58 % der hochreligiösen reflektierten Sunniten dem Item zustimmten, ein homosexuelles Paar sollte die Möglichkeit haben zu heiraten. 90 % der deutschen Muslime sollen zudem regelmäßig Freizeitkontakte zu Menschen anderer Religionszugehörigkeit haben, wobei rund 60 % über mehr Freizeitkontakte außerhalb als innerhalb ihrer Religion verfügen.

Während die hochreligiösen und reflektierten hochreligiösen sunnitischen Muslime dem Religionsmonitor zufolge aufgeklärt, kontaktfreudig und vorurteilsfrei sind, ist es die nichtmuslimische Mehrheitsbevölkerung bei weitem nicht. Die (Nicht-)Zustimmung zu den Items „Der Islam passt nicht in die westliche Welt“ und „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ sowie Antworten auf die Frage „Als wie bedrohlich bzw. wie bereichernd nehmen Sie den Islam wahr?“ legen Zeugnis davon ab.

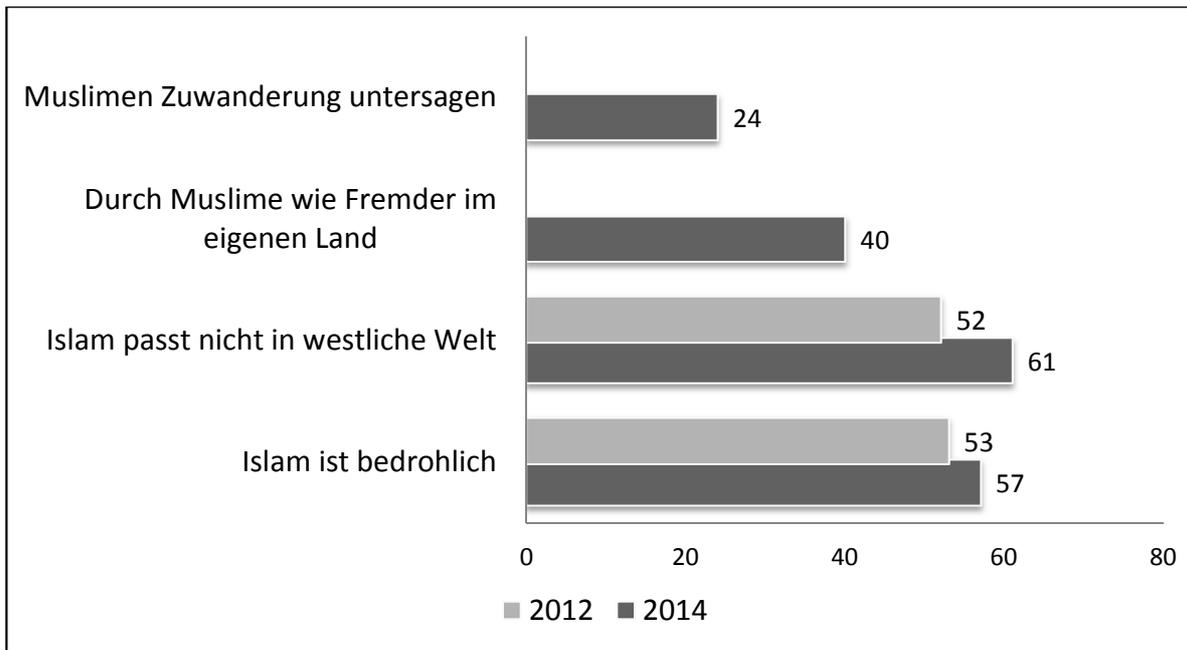


Abbildung 1: Einstellungen zum Islam und zu Muslim/-innen

(Zustimmung in Prozent, eigene Darstellung nach Bertelsmann-Stiftung 2015: 8)

57 % der deutschen Nichtmuslime hielten demnach den Islam für „sehr“ oder „eher“ bedrohlich – eine Steigerungsrate um 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2012.

„Noch deutlicher zugenommen hat die Ansicht, der Islam passe nicht in die westliche Welt – von 52 Prozent auf 61 Prozent [...]. In Westdeutschland beträgt der Anteil, der den Islam bedrohlich findet, 55 Prozent – in Ostdeutschland 66 Prozent. In Sachsen ist dieser Anteil mit 78 Prozent am höchsten und in NRW mit 46 Prozent am niedrigsten“ (a. a. O.: 7).

„Durch die vielen Muslime“ fühlten sich 40 % der Bürger/-innen „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“, wobei es keinen Unterschied zwischen den neuen und alten Bundesländern gab. Während die o. g. Befunde zur Bedrohlichkeit des Islam die Kontakthypothese tendenziell bestätigen, wird sie hier eher in Frage gestellt. Der Aussage, Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden, stimmten bundesweit 24 % „voll und ganz“ oder „eher“ zu. „In Westdeutschland beträgt dieser Anteil 22 % und in Ostdeutschland 29 Prozent“ (a. a. O.: 8).

Aufschlussreich sind die Angaben zur Abhängigkeit der Bedrohungswahrnehmung von der politischen Selbstpositionierung. Nach dem Religionsmonitor sind es vor allem die sich politisch links oder (mitte)-rechts Einordnenden, die

sich am stärksten durch den Islam bedroht fühlen. Gering seien auch die Bildungseinflüsse – ein deutlicher Gegensatz zu fremdenfeindlichen Einstellungen. Lediglich ein abgeschlossenes Hochschulstudium soll sich „geringfügig positiv“ auf das Islambild auswirken. „Aber auch hier beträgt der Anteil mit einer Bedrohungswahrnehmung 46 Prozent“ (a. a. O.: 9). „Etwas größer“ seien die Bildungseffekte im Hinblick auf die Beurteilung der Vereinbarkeit des Islam mit den westlichen Werten: 52 % der Personen mit mittlerer Reife, 45 % der Befragten mit Abitur und 40 % der Hochschulabsolventen vertraten die Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Somit bestätigt die Umfrage nur bedingt einen von Wilhelm Heitmeyer im Jahr 2006 beschriebenen Trend:

„[...] je höher die Bildung, umso weniger Abwertung. Das stimmt in Bezug auf Obdachlose, Homosexuelle, Juden, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und Rassismus. Nur beim Islam ist das anders. Dort schützt Bildung weniger vor der generalisierten Abwertung der Kultur des Islam“ (Reinecke & Seidel 2006).

Zusammenfassend interpretieren die Autoren der Studie ihre Befunde dahingehend, dass 1) die Muslime – unabhängig von der Intensität ihres Glaubens – mit Staat und Gesellschaft eng verbunden seien, während 2) die Islamfeindlichkeit aus der Mitte der Gesellschaft komme und einen salonfähigen Trend darstelle.

Von „fragiler Mitte“ ist auch in der *Mitte-Studie* von Andreas Zick und Anna Klein (2014) die Rede. Die Bielefelder Forscher/-innen ziehen im Gegensatz zum Forschungsteam der Bertelsmann Stiftung Statements heran, welche ausschließlich auf die Wahrnehmung und die Behandlung der Muslime abheben: „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Die Autor/-innen beanspruchen, die Abwertung und Bedrohungsgefühle gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten zu messen (a. a. O.: 73). Islamfeindlich sind der Studie zufolge 17,5 % der Bevölkerung – 16 % in den alten und 23,5 % in den neuen Bundesländern. „Durch die vielen Muslime“ fühlten sich 31,5 % der Bürger/-innen „manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“. Dem „harten“ Statement zur Einschränkung der Zuwanderung für Muslime stimmen demgegenüber 18,2 % der Befragten zu.

Nach Altersgruppen ergibt sich folgendes Antwortverhalten: 20 % der zwischen 16- und 30-Jährigen sowie 21,3 % der über 60-Jährigen waren im Vergleich zu der am wenigsten belasteten Gruppe der zwischen 31- und 60-Jährigen (14,2 % der Befragten) islamfeindlich. Soziale Stratifikation ergab folgende Effekte: 27,1 % der Befragten, die sich „unten“ verorteten, 16,1 % aus der Mittelschicht und 22,1 % aus der Oberschicht hatten islamfeindliche Einstellungen. Gegenätzlich zu den Befunden des Religionsmonitors ist die politische (Selbst-)Verortung laut der Mitte-Studie ein entscheidender Faktor für die zu messenden Bedrohungsgefühle: Am wenigsten islamfeindlich seien demnach Personen, die sich „links/eher links“ einordneten (7,7 %), „genau in der Mitte“ seien es 17,9 % der Befragten und „rechts/eher rechts“ 32,3 % der Personen gewesen, die den Items zustimmten.

Hervorgehoben sei auch eine unter dem Titel *„Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland“* bekannt gewordene Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach (2012), die ein facettenreiches Islambild der deutschen Bevölkerung zeichnete. Thomas Petersen betonte eingangs vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsdebatte der Türkei die bereits beschriebene „historische Prägung“ der europäischen Mentalitätsgeschichte – „Die Türken“ und mit ihnen die gesamte islamische Welt, das waren stets ‚die Anderen‘ – und stellte nüchtern fest, dass die Deutschen einen EU-Beitritt der Türkei „offensichtlich nicht aus einer besonderen Abneigung gegenüber der Türkei heraus“ ablehnt, sondern „einfach deswegen, weil die Türkei für die meisten Deutschen schlicht und einfach nicht zu Europa dazu gehört“ (a. a. O.: 2). Statt Islamophobie oder Islamfeindlichkeit machte die Umfrage ein überwiegendes „Gefühl der Fremdheit und des Misstrauens“ in der Bevölkerung aus. Die Allensbacher Studie ist als Vergleichsgrundlage für die vorgestellten Erhebungen beachtenswert.

Ein wesentliches Ergebnis der Umfrage mit Blick auf „kulturelle Grenzen“ – so das operationalisierte Konstrukt der Studie – lässt sich wie folgt formulieren: Für die Mehrheit der Deutschen gehört der Islam (noch) nicht zu Deutschland. Der Frage, ob der Islam „inzwischen auch zu Deutschland wie das Christentum“ gehörte, stimmten nur 22 % der Befragten zu. 64 % verneinten die Aussage, während 22 % unentschieden waren bzw. keine Angaben machten. Ein beachtlicher Teil der Befragten, nämlich 47 %, war der Meinung, dass „die Muslime, die hier leben“ auch nicht zu Deutschland gehörten. 29 % der Befragten widersprachen, während 24 % unentschieden waren bzw. keine Angaben machten.

Obwohl 48 % der Befragten glaubten, „dass es in nächster Zeit auch hier in Deutschland zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung kommt“ („Ist nicht zu befürchten“ – 29 %, unentschieden – 23 %), und 43 % sich im „Kampf der Kulturen“ zwischen Christentum und Islam wähten, gab es Petersen zufolge kein ausgeprägtes Bedürfnis in der Bevölkerung, „sich aktiv oder gar aggressiv gegen ein Vordringen des Islam in Deutschland zu wenden“ (a. a. O.: 7). Zugleich begrüßten 39 % der Befragten ein Minarett-Verbot⁶ nach dem Schweizer Vorbild, während genauso viele Studienteilnehmende nicht viel davon hielten und 22 % keine Angabe machten bzw. mit „weiß nicht“ antworteten. Statt einer gegen den Islam gerichteten Orientierung stellte die Umfrage ein „vages Unbehagen“ in der Bevölkerung fest. So gefalle es einer relativen Mehrheit von 47 % nicht, wenn man „hier in Deutschland Frauen mit Kopftüchern sehe“, 34 % widersprachen.

„Bemerkenswert ist dabei“, so Petersen, „dass in Westdeutschland, wo der Anteil der aus islamischen Ländern stammenden Bevölkerung weitaus größer ist als im Osten, mit 48 Prozent noch etwas mehr Befragte ihr Unbehagen zu Protokoll gaben als in den neuen Bundesländern (45 Prozent). Es scheint also keine Frage der Gewöhnung zu sein, ob einen der Anblick verschleierter Frauen irritiert oder nicht. Das Gefühl der Fremdheit scheint sich nicht so einfach abzunutzen“ (a. a. O.: 7).

Somit stellen die Allensbacher Daten die Kontakthypothese in Frage. Zu beachten sind überdies die Umfrageergebnisse hinsichtlich der Wahrnehmung des Islam als Bedrohung.⁷ So hielt 2012 zwar jeder Fünfte, 19 % der Bevölkerung (2001: 31%, 2006: 28 %), den Islam insgesamt für bedrohlich, 74 % machten aber radikale Gruppen als Gefahrenquelle aus (2001: 62 %, 2006: 66 %).

Das „verheerende Islambild“ in Deutschland hängt demnach nicht in erster Linie mit Bedrohungsgefühlen zusammen. Viel mehr sind es anderweitige Zu-

⁶ Die Item-Formulierung lautete wie folgt: „In der Schweiz ist 2009 bei einer Volksabstimmung ein Verbot von Minaretten beschlossen worden. Moscheen dürfen also nur noch ohne die typischen Türme gebaut werden (sic). Finden Sie, dass man ein solches Minarett-Verbot auch in Deutschland einführen sollte, oder halten Sie nicht viel davon?“

⁷ So lautete eine Frage: „Darüber, ob der Islam eine Bedrohung darstellt, gibt es ja ganz unterschiedliche Ansichten. Wie sehen Sie das: Halten Sie den Islam insgesamt für eine Bedrohung, oder sind das nur bestimmte radikale Gruppen, von denen eine Bedrohung ausgeht?“

schreibungen bzw. Interpretationen des Islam im Spiegel europäischer Wertvorstellungen im oben beschriebenen Sinn (vgl. Bielefeld 2007). Nachfolgend sind die 15 Eigenschaften aufgelistet, die den Islam in den Augen der Deutschen prägen (Institut für Demoskopie Allensbach 2012):

- Benachteiligung der Frau (83 %),
- Strenges Festhalten an althergebrachten Glaubensgrundsätzen (77 %),
- Fanatismus, Radikalität (70 %),
- Intoleranz gegenüber Andersgläubigen (68 %),
- Starker Zusammenhalt unter den Gläubigen (68 %),
- Gewaltbereitschaft (64 %),
- Rache und Vergeltung (60 %),
- Rückwärtsgewandt, konservativ (59 %),
- Missionarischer Eifer (56 %),
- Streben nach politischem Einfluss (56 %),
- Undemokratisch (51 %),
- Nächstenliebe (13 %),
- Wohltätigkeit (12 %),
- Offenheit und Toleranz (7 %),
- Achtung der Menschenrechte (7 %).

Zusammenfassend lassen sich die Befunde der Allensbacher Umfrage dahingehend interpretieren, dass dem Islam und den Anhänger/-innen dieser Glaubensrichtung in Deutschland die kulturelle Zugehörigkeit verweigert wurde, und zwar nicht primär wegen einer Bedrohungswahrnehmung oder ausgeprägten Feindseligkeit, sondern auf Grund von (Fremd-)Zuschreibungen, die den Islam als unvereinbar mit den demokratischen Werten „des“ Westens deuten. Je nach Blickwinkel können diese Zuschreibungen als Stereotype bzw. Vorurteile oder aber als (zuweilen zuspitzende) Problematisierungen der bspw. im sunnitischen Islam vorzufindenden Problemlagen gelten.

Es ist kein Vorurteil zu behaupten, dass das Kalifenerbe zur Einheit von Macht und Glaube führte, während in der christlichen Tradition die Trennung von Staat und Kirche grundsätzlich verankert ist (vgl. Lewis 2010). Die christlichen Konfessionskriege in West- und Mitteleuropa während des 16. und 17. Jahrhunderts führten zu einem bis dahin nicht gekannten Maß an Religions- und Weltanschauungsfreiheit als Gewähr für die Neutralität des Staates, die wieder-

rum zur Rechtsgleichheit der Bekenntnisse im Staat führte (Leibold & Kühnel 2008: 96). Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates enthält mindestens zwei fundamentale Elemente: die Offenheit und die übergreifende, alle Bekenntnisse gleichermaßen (nicht) fördernde Haltung. Nationale Identität wird in Deutschland weitgehend religionsneutral definiert, weshalb die religiöse Kategorie des „Muslimischen“ als Gegensatz begriffen wird (vgl. Foroutan 2014: 32). Das „kurze“ 20. Jahrhundert der europäischen Totalitarismen brachte zudem einen demokratischen Konsens in den postheroischen (Nachkriegs-) Gesellschaften hervor, in dem die säkulare, nicht identitäre Verfassungstheorie zum Kernbestand nicht verhandelbarer Grundpositionen zählt. Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen festigt nach der Wiedervereinigung den normativ verankerten antitotalitären Konsens.

Im Islam stünden diesen Grundprinzipien Absolutheitsansprüche, Ausgrenzungstendenzen, Totalitätsansprüche für die gesellschaftliche und politische Ebene sowie der „heilige Krieg“ als integraler Bestandteil der Religion gegenüber. So sieht es der Extremismusforscher Pfahl-Traughber, der nicht ohne schlüssige Argumente von der Islamismuskompatibilität des Islam – im Sinne der „formalen wie inhaltlichen Anknüpfungspunkte, welche eine Deutung in Richtung Islamismus möglich machen“ – spricht. Im Hinblick auf den Vorwand der Kompatibilitätsleugner, Fundamentalisten würden den Islam missbrauchen, merkte er an: „Wenn aber Inhalte in einer so breiten Form unterschiedlich auslegbar sind, dann sind deren Normen entweder nicht klar definiert und/oder auch so angelegt“ (Pfahl-Traughber 2007: 64). Freilich gilt dies auch für andere Religionen und man kann auch hier den Vorwurf einer Homogenisierung „des“ Islam erheben, auf Unterschiede der mekkanischen und medinensischen Suren verweisen sowie mehr oder weniger liberale Traditionen im Islam hervorheben. Es ändert jedoch wenig an der Tatsache, dass im heiligen Buch der Muslime, in der Sunna des Propheten und in den islamischen Rechtstraditionen in der Tat sowohl vergleichsweise pluralistische als auch totalitäre respektive totalistische Ansätze vorzufinden sind. Es kommt daher eher darauf an, welche Lesart respektive welches Islamverständnis unter den Muslim/-innen die Oberhand gewinnt. Dass das Königshaus der Saud dank einer Petro-Dollar-Schwemme sein rigides, theokratisches Islamverständnis in jede auch noch so weit abgelegene Region der muslimischen und nicht muslimischen Welt zu transportieren sucht, nährt Zweifel am schnellen Sieg des islamischen Liberalismus. Glaubt man der

Umfrage der Bertelsmann Stiftung, ist es um die Demokratieakzeptanz deutscher Muslime jedoch mehr als gut bestellt.

Islamophobie bzw. Islamfeindlichkeit als „Syndrom“ stellte einen der Bestandteile systematischer Erhebungen im Rahmen des Projekts zur Untersuchung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* dar. Die Ergebnisse der GMF-Umfragen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Tabelle 1: Ausmaß islamophober Einstellungen nach GMF-Umfragen

(in Prozent, eigene Darstellung nach Deutsche Zustände 2003, 2006, 2008, 2010, 2012)

Islamfeindlichkeit (Prozentsatz der zustimmenden Antworten)	2003	2005	2007	2009	2010	2011
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	26,5	26,4	29,0	21,4	26,1	22,6
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	31,0	33,7	39,0	32,2	38,9	30,2

Wie aus der Tabelle ersichtlich, deckten die GMF-Forscher ein hohes Maß an „islamfeindlichen“ Einstellungen in der deutschen Bevölkerung auf. Zugleich gilt zu bedenken, was bereits in einem der ersten Surveys relativierend angemerkt wurde: Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Zieht man „die anderen Elemente“ zur GMF zum Vergleich, ergibt sich daraus folgendes Bild: In Deutschland ließ sich am Beginn der Messungen keine besondere Ausprägung der Islamophobie und kein „Feindbild Islam“ beobachten (Leibold & Kühnel 2003: 113). Gilt die Schlussfolgerung angesichts eines auch durch andere Studien festgestellten Rückgangs der „islamfeindlichen“ Einstellungen auch für die Folgejahre (vgl. Leibold et al. 2012)?

Besondere Aufmerksamkeit verdient aus unserer Sicht der Versuch von Leibold und Kühnel (2008: 95-115), das Spannungsfeld von Islamophobie und kritischer Einstellung zu islamischen Positionen mit Blick auf Säkularität und Minderheitenschutz zu beleuchten, um verschiedene Befragten Gruppen zu ermitteln. Gemessen wurden 1) generelle Ablehnung von Muslimen in Deutschland⁸, 2)

⁸ Siehe die späteren „Islamfeindlichkeit“-Items der GMF- und „Mitte“-Umfragen.

wahrgenommene kulturelle Distanz zum Islam/kulturelle Abwertung des Islam⁹ und 3) kritische Einstellungen zum Islam¹⁰. Die relativen Häufigkeiten der Antworten sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Tabelle 2: Ausmaß islamophober und kritischer Einstellungen im GMF-Survey 2007
(in Prozent, eigene Darstellung nach Leibold & Kühnel 2008: 102 f.)

Islamophobe Einstellungen	
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	29 %
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	39 %
Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt (überhaupt/eher nicht).	61,1 %
Islamische und west-europäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren (überhaupt/eher nicht).	60,5 %
Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht (überhaupt/eher nicht).	44 %
Kritische Einstellungen	
Im Islam müssen Gesetze den religiösen Vorschriften entsprechen.	73 %
Der Islam erkennt grundsätzlich andere Religionen als gleichberechtigt an (überhaupt/eher nicht).	78,2 %
Der Islam lehnt Homosexualität grundsätzlich ab.	85,5 %

Auffällig sind neben Fremdheitsgefühlen die hohen Werte der kulturellen Distanz bzw. „Abwertung des Islam“¹¹, wobei das Ausmaß kritischer Einstellungen noch höher ausfiel. Die überwiegende Mehrheit hatte also eine kritische Haltung zum Islam, welche sich auch auf die wahrgenommene kulturelle Distanz auswirkte. Interessanter sind aber die differenzierten Ergebnisse und Interpretationen der Clusteranalyse, bei der vier Gruppen ermittelt wurden:

- Gruppe I, die „Islamophoben“, umfasste demnach 27,2 % der Befragten;
- Gruppe II, „pessimistische Kritiker“, mit 34,8 % die größte Gruppe, wies niedrige Werte genereller Ablehnung der Muslime auf, stimmte jedoch

⁹ Den Befragten wurden drei Aussagen präsentiert: „Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt“, „Islamische und west-europäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren“ und „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“.

¹⁰ Die drei Statements zur Messung kritischer Einstellungen lauteten: „Im Islam müssen Gesetze den religiösen Vorschriften entsprechen“, „Der Islam erkennt grundsätzlich andere Religionen als gleichberechtigt an“ und „Der Islam lehnt Homosexualität grundsätzlich ab“.

¹¹ 2005 war die Zustimmungsrate noch höher (74,2 und 49 %).

der Kritik am Islam zu und nahm ein „erhebliches Maß an kultureller Distanz“ wahr;

- Gruppe III, „optimistische Kritiker“, bestehend aus 19,2 % der Befragten, wies niedrigere Werte bei der kulturellen Distanz und geringfügig höhere Werte bei der generellen Ablehnung auf. Die Vertreter/-innen dieser Gruppe waren optimistisch hinsichtlich der kulturellen Distanz, jedoch kritisch in Sachfragen.
- Gruppe IV, die „Kulturrelativisten“ (18,8 % der Befragten), zeichnete sich durch durchgehend niedrige Werte bei beiden Konstrukten aus.

Unter Einbeziehung weiterer Variablen wie Fremdenfeindlichkeit u. a. interpretierten die Autoren die gewonnenen Daten folgendermaßen: Die Vertreter/-innen der optimistisch-kritischen und kulturrelativistischen Positionen begrüßten die kulturelle Pluralisierung der Bundesrepublik. „Die konsistent Islamophoben zeichnen sich durch die im Vergleich stärkste Ablehnung kultureller Pluralität aus, während die pessimistisch-kritischen Befragten die kulturelle Pluralisierung eher ablehnen“ (a. a. O.: 105). Es ist wenig überraschend, dass die Islamophoben auch hohe Fremdenfeindlichkeitswerte und die höchsten Werte für autoritäre Aggression aufwiesen, während Kulturrelativisten am anderen Ende des Spektrums lagen. Die kritischen Gruppen waren im eher nicht fremdenfeindlichen Bereich. Im Hinblick auf die Variablen „Alter“ und „Bildung“ kamen die Autoren zu dem Schluss, dass die Islamophoben im Schnitt älter und schlechter gebildet waren als die vergleichsweise jungen Kulturrelativisten. Die beiden anderen Gruppen lagen dazwischen.

Aus der Umfrage ergab sich insgesamt, dass lediglich knapp 40 % der Befragten dem Islam die Kompatibilität mit den westeuropäischen Werten bescheinigten, während über 60 % „kulturpessimistische“ und/oder pauschal ablehnende Positionen vertraten.

In der Gesamtbetrachtung „erwarteten die Befragten aller Cluster für in Deutschland lebende Muslime die größte Übereinstimmung mit westlichen Wertvorstellungen [...]. Aber nur die kulturrelativistische Gruppe mit eher multikultureller Einstellung glaubt, dass eine Mehrheit unter den hier lebenden Muslimen säkulares Recht präferiert und andere Konfessionen als gleichwertig betrachtet. In Fragen der Akzeptanz von Homosexuellen schätzen die Befragten offensichtlich die überwiegende Mehrheit der Muslime als von Vorurteilen geprägt ein“ (a. a. O.: 109).

Obwohl die *postmigrantischen Deutschlandanalysen* des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung sich vordergründig mit den symbolischen Konflikten rund um konkurrierende Werte und Normen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft als Folge der Integration beschäftigen, spielen Vorurteile gegen Muslime und ihre Kultur wegen der hohen gesellschaftlichen Relevanz des Islam in der Bundesrepublik in den Studien „Deutschland postmigrantisch I“ (Foroutan et al. 2014) und „Deutschland postmigrantisch II“ (Foroutan et al. 2015a) eine bedeutende Rolle. Die Wissenschaftler/-innen unter der Leitung von Naika Foroutan haben differenzierte Forschungsergebnisse zutage gefördert, denen zufolge es hierzulande ein „Panorama der Exklusionen des Deutschseins“ gibt.

„Unter den Befragten finden sich teilweise hohe Zustimmungswerte zu antimuslimischen Aussagen, doch zeigen diese kein konsistentes Antwortverhalten. Wir können daraus ableiten, dass es nur einen kleinen ‚harten Kern‘ gibt, der tatsächlich ein geschlossenes antimuslimisches Weltbild hat – das ist die gute Nachricht. Es sind jedoch nicht immer dieselben Befragten, die ausgrenzend antworten. Dies spricht dafür, dass die Zahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Musliminnen und Muslimen hat, noch deutlich größer ist. Die schlechte Nachricht ist also, dass ein breiter Teil der deutschen Bevölkerung einzelnen Vorurteilen – etwa Vorstellungen von Musliminnen und Muslimen als bildungsfern, aggressiv oder als ‚Sozialschmarotzern‘ – zustimmt“ (Foroutan et al. 2014: 41).

Es lasse sich in der Bundesrepublik also Offenheit und Akzeptanz der sozialen Vielfalt ebenso beobachten wie auch Stereotype, die bei einem Großteil der Bevölkerung vorhanden sein sollten. Allen muslimfeindlichen Aussagen stimmten zwar nur wenige Personen zu, dennoch sprechen die Sozialforscher/-innen von einer „lang anhaltenden stabilen Muslimfeindlichkeit“. Was allerdings unter diesem Konstrukt zu verstehen ist, blieb ohne Erklärung. Den Befragten wurden fünf Aussagen präsentiert:

- „Die in Deutschland lebenden Muslime sind eine Belastung für das soziale Netz“,
- „Ich hätte kein Problem damit, mein Kind in eine Schule zu schicken, in der jeder vierte Schüler muslimisch ist“,
- „Muslime sind aggressiver als wir“,

- „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“ sowie
- „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte“.

Neben dem stereotypen Antwortverhalten erfasste die Studie auch die Häufigkeit der Zustimmungen zu den einzelnen Aussagen, die in der folgenden Tabelle zusammengefasst sind.

Tabelle 3: Stereotypes Antwortverhalten

(in Prozent, gewichtet, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014: 31)

Anzahl der negativen bzw. ausgrenzenden Antworten	Anteil der Befragten
0	33,3 %
1	27,8 %
2	18,9 %
3	10,9 %
4	6,1 %
5	3,0 %

Es ist aufschlussreich zu sehen, wie hoch der Anteil der Befragten war, die allen „harten“, Statements oder mehreren vorurteilslastigen Aussagen zustimmten. Über ein Drittel der Bevölkerung widersprach allen Vorurteilen. „Lediglich“ knapp 11 % hielten drei Statements für richtig. Knapp ein Drittel der Befragten stimmte „nur“ einer der Aussagen zu.

Über die Aggressivität „der“ Muslime in Deutschland ließe sich – im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung – angesichts der Männlichkeitsbilder einiger muslimischer Mitbürger freilich streiten. Doch auch hier zeigte sich, dass die Mehrheit der „nationalbewussten“ Deutschen (53,6 %) der dritten Aussage widerspricht. Bei den Personen, denen es unwichtig erscheint, als Deutsche/-r gesehen zu werden, sind es 72,5 %. Gesamtwerte: 64,2 % der Befragten lehnten die Aussage ab, 26,5 % stimmten zu.

Bei der vierten Aussage ist das Verhältnis ähnlich: 55,2 % der befragten Personen stimmten zu, 30,1 % widersprachen. Ob das ablehnende Antwortverhalten von einem weit verbreiteten Vorurteil zeugt oder auf Berichte zurückzuführen ist, denen zufolge etwa 60 % der türkischstämmigen Frauen und fast die Hälfte der Männer keinen Schulabschluss erlangen, ist eine zu diskutierende Frage. Im Bericht „Bildung in Deutschland 2014“ ist nachzulesen:

„Kinder von Eltern türkischer Herkunft sind zu 51,0 %, aus sonstigen ehemaligen Anwerbestaaten zu 31,5 % einem Bildungsrisiko ausgesetzt, während Kinder von Eltern aus den EU-27-Staaten (ohne Deutschland) mit 11,2 % auf dem Niveau von Deutschland insgesamt liegen“ (BMBF 2014: 23).

Dass mit „türkisch“ nicht nur kulturelle und religiöse, sondern auch soziale und finanzielle Risikolagen gemeint sind, schwingt in der Aussage mit. Trotz insgesamt positiver Entwicklungen bleiben „türkischstämmige Personen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen mit 53 Prozent allerdings noch immer am häufigsten ohne beruflichen Abschluss“ (a. a. O.: 41). Der Anteil an Immatrikulationen an Hochschulen sei „bei türkischstämmigen Personen [...] besonders gering“ (a. a. O.: 44). Je nach Gewichtung der Items ließen sich somit präzisere Aussagen über das Ausmaß der Muslimfeindlichkeit und -kritik in Deutschland treffen.

Der zweite Teil von „Deutschland postmigrantisch“ beschreibt Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität, was ihn besonders aufschlussreich für die pädagogische Praxis macht. Lässt doch dieses Forschungsdesign die Zielgruppen genauer ermitteln. Die Autor/-innen wiesen erneut darauf hin, welches Konstrukt ihrer Umfrage zugrunde liege: Stereotype Vorstellungen, verstanden als Vereinfachungen, die „nicht unbedingt auf alle (sic) oder überhaupt auf irgendwelche Mitglieder der Gruppe zutreffen müssen“ (Foroutan et al. 2015a: 54-55). Das Stereotyp der Aggressivität von Muslimen teilten weniger jüngere Menschen (5 %) als junge Erwachsene, die auch im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt als mehr belastet erscheinen.

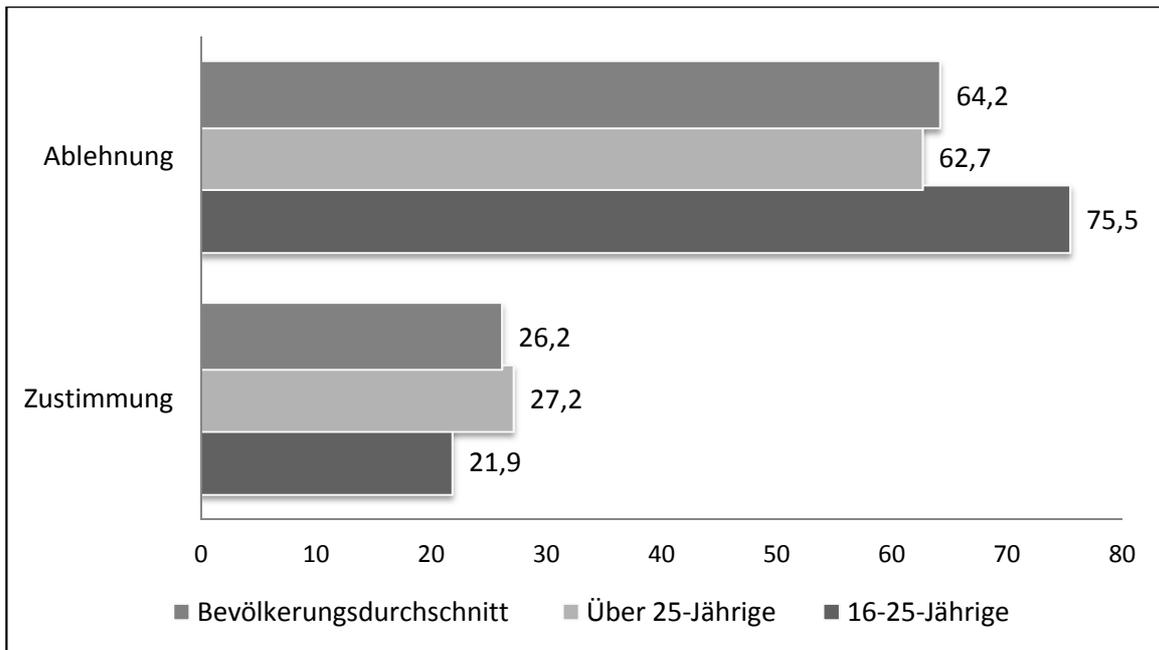


Abbildung 2: Aggressivitätsstereotype

(in Prozent, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

Auch die Zustimmung zur Aussage über die Bildungsorientiertheit muslimischer Eltern ist vergleichsweise hoch. Das Alter soll laut dem Forschungsteam jedoch keinen statistisch signifikanten Einfluss haben, die Unterschiede könnten hier „auf Zufall beruhen“. Eher sei der Bildungsgrad für die vorhandenen Unterschiede relevant (a. a. O.: 56ff.).

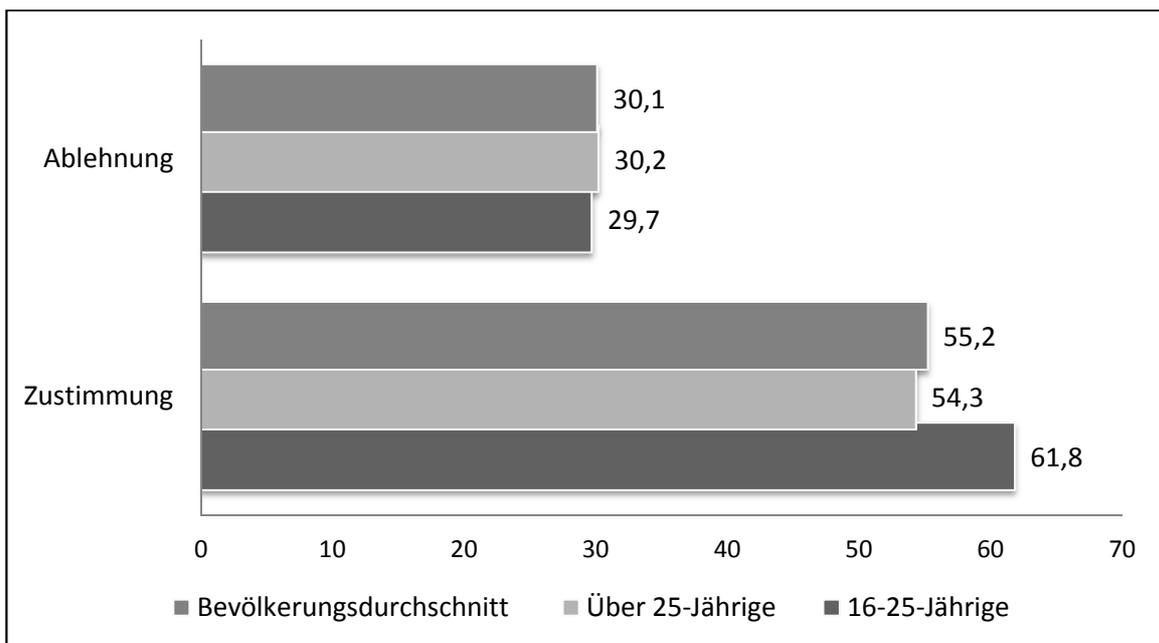


Abbildung 3: Bildungstereotype

(in Prozent, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

Zugleich war die Anerkennung gegenüber Muslim/-innen, operationalisiert mit Hilfe der Aussage: „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen“, vergleichsweise hoch; die höchsten Werte mit 77,7 % waren bei Jugendlichen zu beobachten.

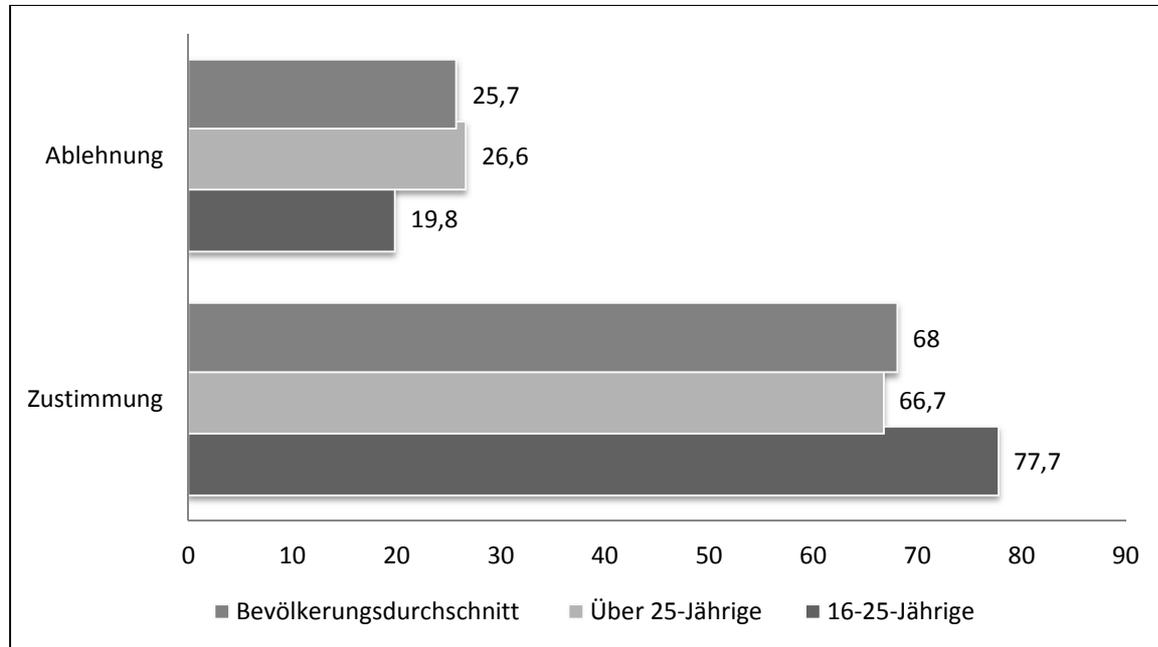


Abbildung 4: Anerkennung gegenüber Muslim/-innen

(in Prozent, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2014 und Foroutan et al. 2015a)

Auch die Zustimmungswerte für die Aussage zur Messung von Anerkennung des politischen Teilhaberechts der Muslime – „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, dann ist das ihr gutes Recht“ – waren mit 85,5 % bei Jugendlichen und 64,6 % bei über 25-Jährigen überdurchschnittlich hoch. Noch höher fiel die Ablehnung der Aussage „Wenn Muslime in Deutschland Forderungen stellen, dann ist das ein Zeichen von Undankbarkeit“ aus: jeweils 87,2 und 74,9 %. Konsequenterweise schlussfolgerten die Forscher, dass „Jugendliche einen optimistischeren, offeneren und leichteren Umgang mit Vielfalt und Diversität an den Tag legen“ (a. a. O.: 80).

4.3. Das Islam- und Muslim/-innen-Bild in Europa

Wie die deutschen Umfragewerte im europäischen Vergleich aussehen und welches Islambild in Europa verbreitet ist, lässt sich am Beispiel dreier Studien zeigen. Im Rahmen einer Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung mit dem Titel „Die Abwertung der Anderen“ untersuchten Andreas Zick, Beate Küpper und Andreas Hövermann im Auftrag der Friedrich-

Ebert-Stiftung unter anderem die Islamfeindlichkeit in acht Ländern und kamen zu dem Schluss, dass in den meisten Ländern mit Ausnahme von Großbritannien und den Niederlanden eine Mehrheit „den Islam für eine *Religion der Intoleranz*“ hält (Zick et al. 2011: 70). In nahezu allen Ländern war über die Hälfte der Befragten der Ansicht, Muslime würden zu viele Forderungen stellen. Das Gesamtergebnis der Umfrage lässt sich wie folgt zusammenfassen.

Tabelle 4: Zustimmung für islamfeindliche Aussagen

(in Prozent, eigene Darstellung nach Zick et al. 2011: 70)

Nr.	Item	D	GB	F	NL	I	PT	PL	HU
18	Es gibt zu viele Muslime in (jew.) Land.	46,1	44,7	36,2	41,5	49,7	27,1	47,1	60,7
19	Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen.	54,1	50,0	52,8	51,8	64,7	34,4	62,3	60,0
20	Der Islam ist eine Religion der Intoleranz.	52,5	47,2	52,3	46,7	60,4	62,2	61,5	53,4
<i>Zusätzliche Items in einer Stichprobe</i>									
22	Die muslimische Kultur passt gut nach (jew. Land).	16,6	39,0	49,8	38,7	27,4	50,1	19,0	30,2
23	Die muslimischen Ansichten über Frauen widersprechen unseren Werten.	76,1	81,5	78,8	78,2	82,2	72,1	72,1	76,8
24	Viele Muslime betrachten islamistische Terroristen als Helden.	27,9	37,6	-	29,2	28,5	30,3	30,2	39,3
25	Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	17,1	26,3	23,3	19,9	21,5	22,4	26,0	29,6

Die Items Nr. 18 bis 20 verwendeten die Forscher in einer Skala zur Messung der Islamfeindlichkeit, während die restlichen Aussagen in einer zufälligen Stichprobe herangezogen wurden.

Wie anhand der Werte ersichtlich wird, vertraten die Befragten in Deutschland geringfügig islamfeindlichere Positionen (Rang 4) im Vergleich zu Großbritannien (Rang 5), Frankreich (Rang 6), den Niederlanden (Rang 7) und Portugal (Rang 8). Italien (Rang 2) und Portugal stellten Gegenpole hinsichtlich der islamfeindlichen Aussagen im „alten“ Europa, wenn man im Falle Portugals von den Zu-

stimmungswerten mit Blick auf den Islam als eine intolerante Religion absieht. In Frankreich und Portugal war die Hälfte der Befragten der Meinung, die muslimische Kultur passte gut zu ihrem Land. Neben Italien wiesen die neuen EU-Staaten Polen (Rang 1) und Ungarn (Rang 2) die höchsten Werte der Islamfeindlichkeit auf. Stark verbreitet war die Kritik am islamischen Frauenbild. Abschließend merkten die Sozialforscher/-innen an:

„Es fällt auf, dass sich die europäischen Befragten in ihrer Ablehnung von Muslim/innen und des Islams weitgehend einig sind. Die Dimension islamfeindlicher Haltungen in Deutschland, Italien, Ungarn und Polen ist ähnlich stark ausgeprägt und signifikant am höchsten. Nur geringfügig weniger islamfeindlich äußern sich die Befragten in Frankreich und Großbritannien“ (Zick et al. 2011: 71).

Wie bereits in anderen Forschungen mehrmals betont, findet sich auch in dieser Erhebung ein starker Zusammenhang zwischen Islam- und Fremdenfeindlichkeit. Die Ablehnung der Zuwanderung und Abwertung der Zuwandernden korrelierte ebenfalls mit negativen Einstellungen gegenüber Muslim/-innen (a. a. O.: 79).

Ein ähnlich negatives Islam- und Muslim/-innen-Bild in Europa stellte eine Forschungsgruppe unter Leitung des Religionssoziologen Detlef Pollack in der Studie *„Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“* (2010) fest. Der Islam wurde von etwa 80 % der Befragten mit der Benachteiligung der Frau und von 70 % mit dem Fanatismus assoziiert. Etwa 60 % der Bevölkerung dachten beim „Stichwort Islam“ an Gewaltbereitschaft. Zustimmungswerte zu positiven Eigenschaften wie „Toleranz“ waren demgegenüber vergleichsweise gering.

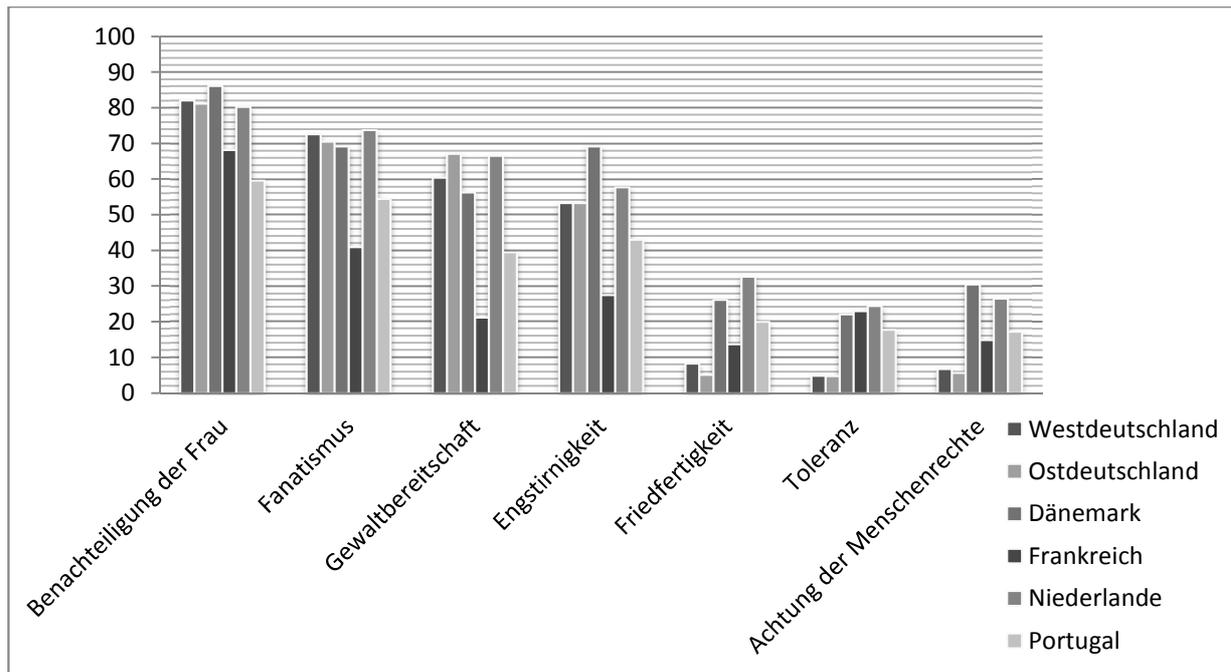


Abbildung 5: Woran denken Sie beim Stichwort Islam?

(Eigene Darstellung nach Pollack 2010: 6)

Frankreich schien im europäischen Vergleich eine Ausnahme bei der negativen Beurteilung des Islam zu sein, während Deutschland und Dänemark europäische Spitzenreiter waren. Schrieben zwischen 20 und 30 % der Dän/-innen neben Französischen/Franzosen und Niederländer/-innen dem Islam auch positive Eigenschaften zu, waren die Deutschen mit weniger als 5 % deutlich zurückhaltender. Mit welchen Faktoren lassen sich solche Länderdifferenzen erklären? Dem Forscherteam zufolge kann der Unterschied zwischen Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern darin begründet liegen, dass es hierzulande weniger sichtbar gewordene Konflikte gab, weshalb die öffentliche Debatte weniger intensiv geführt wurde als z. B. in Frankreich (Pollack 2010: 4).

Auf der abstrakten Ebene stimmten zugleich im Schnitt über 90 % der Befragten in den untersuchten Ländern folgender Aussage zu: Solange sich „die Ausländer an unsere Gesetze halten, kommt es nicht darauf an, welche Religion sie haben“. Auch die Glaubensfreiheit war etwa 90 % der Befragten ein wichtiges Rechtsgut. Mit Blick auf die Gleichstellung aller Religionen gingen die Meinungen weit auseinander. In Deutschland waren es kaum 50 % der Befragten, die sich dafür aussprachen, während z. B. in Dänemark 72 % eine positive Einstellung aufwiesen und in den restlichen drei Ländern die Zustimmungsraten bei über 80 % lag.

Als „geradezu dramatisch“ bezeichneten die Forscher/-innen die Unterschiede zwischen Deutschland und den anderen westeuropäischen Ländern hinsichtlich der persönlichen Haltung der Befragten zu den Anhänger/-innen des Islam. Während in Frankreich, Dänemark und in den Niederlanden eine klare Mehrheit ein positives Bild von den Muslim/-innen hatte, war es in Deutschland eine Minderheit – 34 % in den alten und 26 % in den neuen Bundesländern (a. a. O.: 2). Auch das wahrgenommene Verhältnis zwischen der westlichen Kultur und dem Islam ergab ein klares Bild.

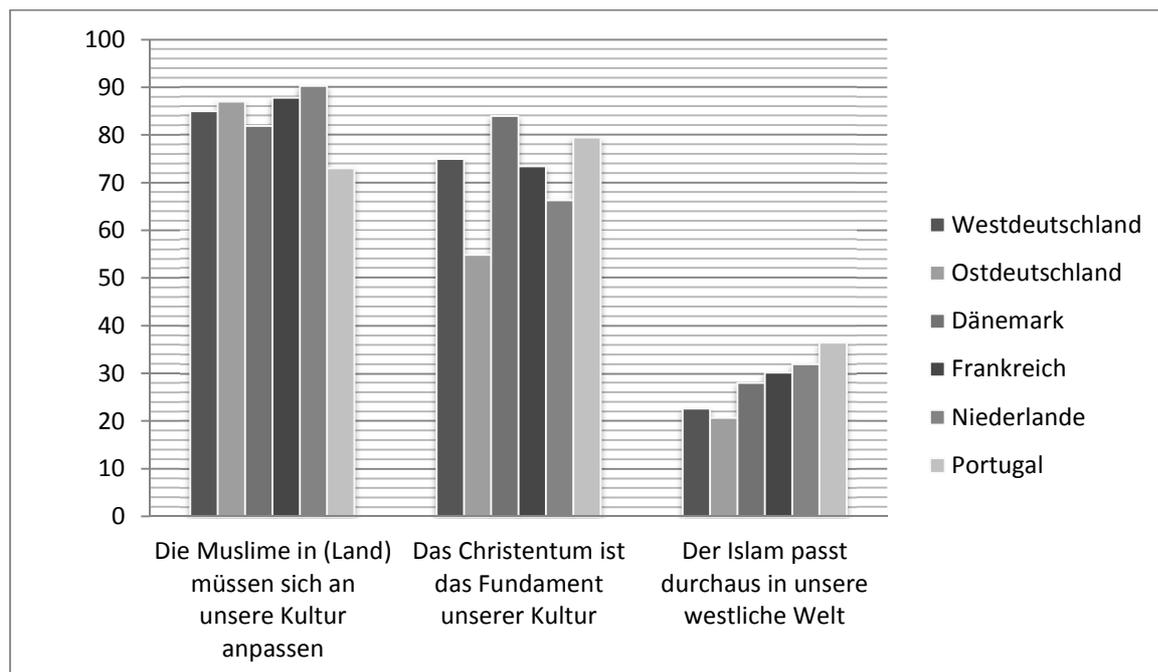


Abbildung 6: Westliche Kultur und Islam
(Eigene Darstellung nach Pollack 2010: 10)

Unabhängig von den religiösen Präferenzen erwartete die Mehrheit der westeuropäischen Befragten, dass die Muslime sich an die jeweilige Leitkultur anpassen. In den Niederlanden war diese Erwartungshaltung am stärksten ausgeprägt. Das Christentum wurde ebenso mehrheitlich als Fundament der europäischen Kultur identifiziert. Dass der Islam in die westliche Welt passe, fand demgegenüber nur eine Minderheit der Bevölkerung: 20,6 % in den neuen Bundesländern (22,6 % in den alten) bis 36,5 % in Portugal.

„Auch in der Einschätzung der Konflikthaftigkeit des Religiösen stimmen die Westdeutschen mit den anderen Westeuropäern überein; diesmal ist die bei den Ostdeutschen zu bemerkende Differenz geringfügig, und nur die Franzosen weichen ab. Über 70 Prozent der Befragten in West- und Ostdeutschland, in Dänemark und den Niederlanden halten die zuneh-

mende Vielfalt von religiösen Gruppen in der Gesellschaft für eine Ursache für Konflikte; in Frankreich sind lediglich 59 Prozent dieser Meinung“ (A. a. O.: 3).

Es lässt sich insgesamt festhalten, dass auch die Befragten dieser Studie das im Islam liegende Konfliktpotential als hoch einschätzten. Dabei war „das Bewusstsein von dem in der Pluralisierung des Religiösen [...] verborgenen Potenzial kultureller Bereicherung und Vielfalt“ in Deutschland am geringsten ausgeprägt. Die Deutschen sahen den Islam überwiegend negativ (a. a. O.: 3).

Die Ergebnisse des *Religionsmonitors 2013* zeigten ebenfalls, dass in Europa eine Grundangst gegenüber dem Islam existiert, gepaart mit grundsätzlicher Offenheit gegenüber anderen Religionen. Nur in wenigen Ländern scheint die Aussage, der Islam passe gut in die westliche Welt, mehrheitsfähig zu sein.

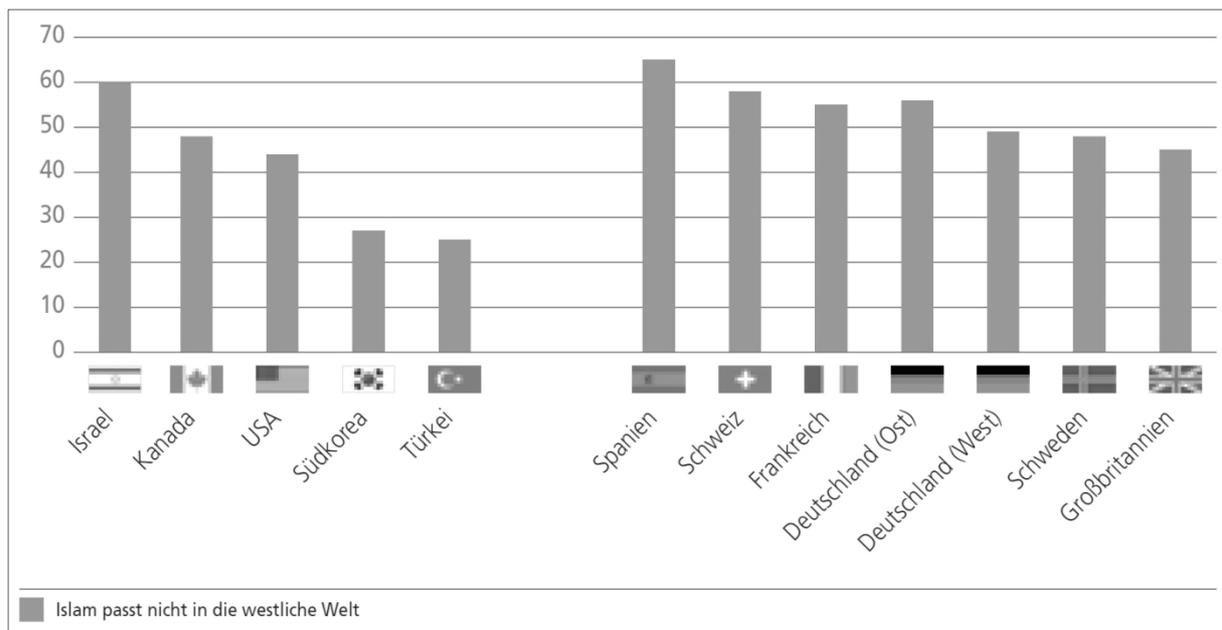


Abbildung 7: Der Islam und die westliche Welt
(in Prozent, Quelle: Bertelsmann Stiftung 2013: 30)

Abschließend sei auf stabil hohe Werte der kritischen und/oder ablehnenden Positionen gegenüber dem Islam und/oder den Muslim/-innen in Deutschland wie in Europa verwiesen. Als stabil negativ lässt sich auch das Islambild beschreiben: Benachteiligung der Frau, Fanatismus/Radikalität und Gewaltbereitschaft stellen jene Eigenschaften dar, die dem Islam eher zugeschrieben werden als Toleranz und Achtung der Menschenrechte. Auch die Wahrnehmung des Islam als bedrohlich scheint sich laut Umfragen zu verbreitern. Im europäischen Vergleich befindet sich Deutschland eher im Mittelfeld. Tendenziell hohe

Zustimmungswerte für die Akzeptanz der Religionsfreiheit und Anerkennung der Muslim/-innen als Träger der Menschenrechte kollidieren dabei mit der Ablehnung der islamischen Kultur und ihrer Anhänger/-innen als Teil des europäischen Wertkanons.

4.4. *Einstellungen zu Muslim/-innen in Berlin*

Berlin ist ein bevorzugtes Ziel für die Neueinwandernden aus Süd-, Ostmittel- und Osteuropa. Die meisten Berliner Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund kommen laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg aus den EU-Staaten Polen (104.321), Italien (31.276) und Bulgarien (24.404) (Foroutan et al. 2015b: 22). Wie die europäischen Umfragen zeigen, weist die Bevölkerung in Italien, Polen, Spanien, Bulgarien und Ungarn die höchsten negativen Einstellungen gegenüber Muslim/-innen auf (vgl. Pew Research Center 2014: 31, Zick et al. 2011, Pollack 2010). „Auffällig hohes Misstrauen“ prägt in Deutschland auch das Verhältnis zwischen Spätaussiedler/-innen und Personen türkischer Herkunft (Worbs et al. 2013: 137).

Viele Neuzuwanderte ziehen in Stadtteile, welche stark durch die islamische Kultur geprägt sind. Migrant/-innen aus islamisch geprägten Ländern – Türkei (173.262) und Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga (83.374) – bilden die zweitgrößte Gruppe der Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Foroutan et al. 2015b: 22). Daher ist die Frage von besonderem Interesse, mit welchen Ausprägungen der pauschalisierenden Ablehnung des Islam und der Muslim/-innen Jugendliche bzw. junge Erwachsene mit einem größtenteils christlich geprägten Hintergrund in ihrem neuen Umfeld in Kontakt kommen. Zwei aktuelle Studien – „Wie tolerant ist Berlin“ (Liljeberg & Krambeer 2015) und „Berlin postmigrantisch – Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland“ (Foroutan et al. 2015b) – liefern erste Antworten mit Blick auf Einstellungen und Wertvorstellungen der Berliner/-innen.

Liljeberg & Krambeer (2015: 70) kamen insgesamt zu dem Schluss, dass Berlin sich als eine mehrheitlich tolerante Stadt erweise, die Einwandernde als kultu-

relle Bereicherung sehe.¹² Nichtsdestotrotz steht ein erheblicher Anteil der – überwiegend älteren und weniger gebildeten – Bevölkerung (25 %) Migrant/-innen ablehnend oder negativ gegenüber.

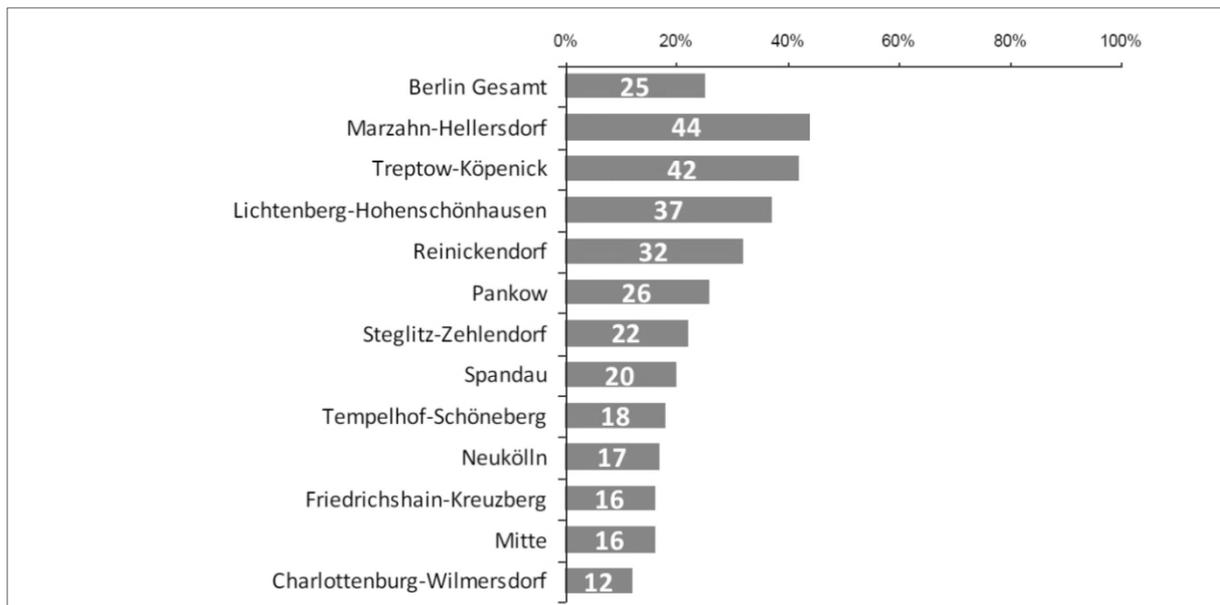


Abbildung 8: Negative Einstellungen gegenüber Migrant/-innen in Berlin

(Quelle: Liljeberg & Krambeer 2015: 15)

19 % der Befragten empfanden (nur) den Islam (17 %) und die jüdische Religion (2 %) als Bedrohung für die deutsche Kultur. Immerhin waren 79 % der Meinung, Muslime gehörten zu Berlin wie Christen, Juden und Angehörige anderer Religionen. Allerdings würden etwa 12 % notfalls auch mit Gewalt gegen weitere Zuwanderung vorgehen. Bei 27 % der befragten Berliner/-innen findet sich laut Autor/-innen auch die Bereitschaft, „selbst aktiv gegen Asylbewerberheime und Flüchtlingsunterkünfte vorzugehen“ (ebd.).

¹² Vgl. auch: Thomsen (2015b) und Thomsen (2015a): „Auf die Frage, ob der Islam ihnen Unbehagen bereite, antworten 76 Prozent der Berlinerinnen und Berliner mit Nein. Bundesweit waren es im Januar 79 Prozent. Mit Ja beantworten diese Frage in Berlin 19 Prozent, also fast jeder Fünfte. Im Ostteil der Stadt ist das negative Grundgefühl etwas verbreiteter (24 Prozent) als im Westen (17). Im Bund sind es 18 Prozent“.

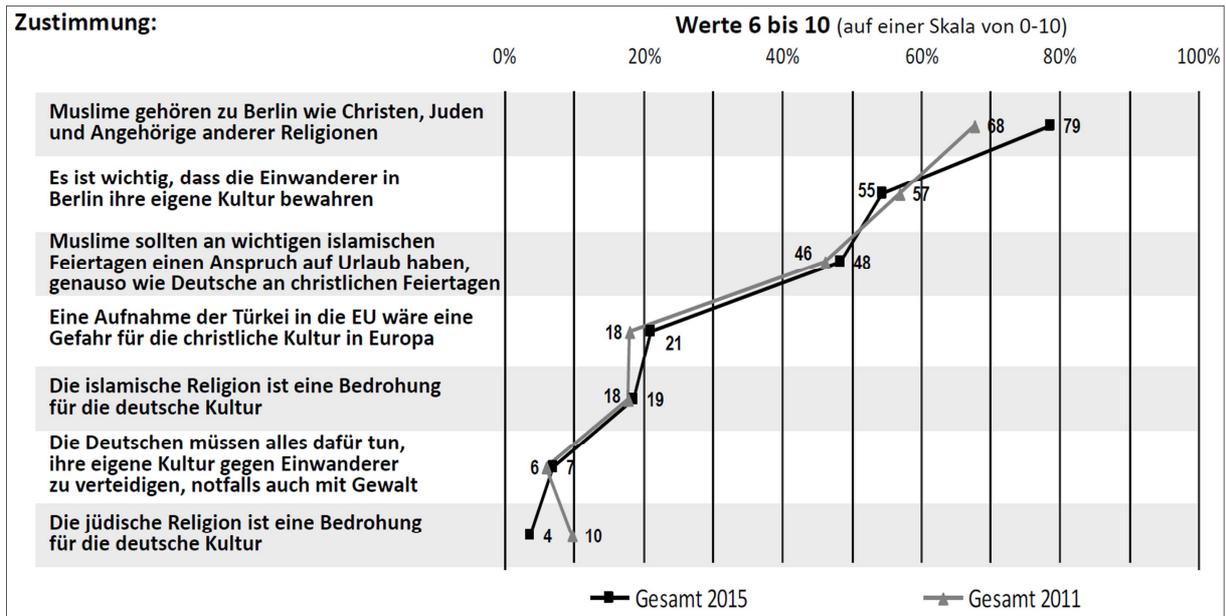


Abbildung 9: Einstellungen zu Religion und Kultur in Berlin

(Quelle: Liljeberg & Krambeer 2015: 39)

Der Aussage „Der Islam ist eine friedfertige Religion, die überhaupt nicht zu Gewalt neigt“ stimmten 36 % der Befragten zu, 35 % widersprachen. Somit lässt sich unter der Berliner Bevölkerung mehrheitlich eine Aufgeschlossenheit gegenüber Zuwander/-innen und Muslim/-innen feststellen, die im Vergleich zum Jahr 2011 zugenommen hat.

Die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland“ (JUNITED) des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung stellte ebenso fest, dass die Berliner/-innen im Gegensatz zum restlichen Bundesgebiet aufgeschlossener seien und hohe Anerkennung für die muslimische Kultur an den Tag legten. 70 % der Befragten verstehen die muslimische Kultur als Bereicherung für Deutschland. „Nur“ 16 % würden Muslim/-innen als Belastung für das soziale Netz sehen (Foroutan 2015b: 6).

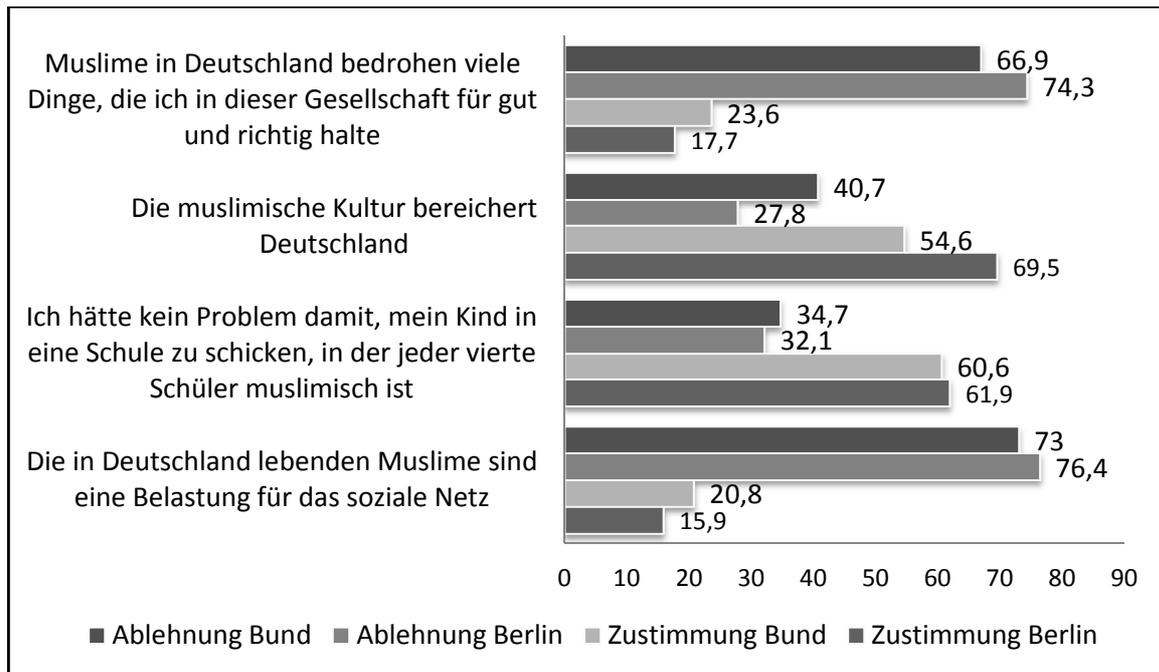


Abbildung 10: Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu Muslim/-innen im Vergleich (in Prozent, gewichtet, eigene Darstellung nach Foroutan et al. 2015b: 43f.)

Dass 27,8 % der Befragten das Statement über die muslimische Kultur als Bereicherung ablehnen, verweist laut der Studie „nicht notwendigerweise auf eine negative Einstellung gegenüber Musliminnen und Muslimen als Individuen (sic), wurde doch nicht erfasst, was genau die Befragten mit ‚muslimischer Kultur‘ assoziieren. Überdies können ablehnende Antworten auch Ausdruck einer grundlegend religionskritischen Haltung sein, die – unabhängig vom Islam – das hohe Maß an Säkularität in der deutschen Gesellschaft bedroht sieht“ (Foroutan et al. 2015b: 43). Weit verbreitet scheinen demgegenüber „Bildungs- und Aggressionsstereotype“ auch in Berlin zu sein. Jeweils 29,8 und 28 % der Berliner/-innen widersprachen bzw. stimmten den Aussagen „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir“ sowie „Muslime sind aggressiver als wir“ zu.

Insgesamt attestierte die Umfrage der Berliner Bevölkerung ein hohes Maß an Anerkennung und Akzeptanz gegenüber Muslim/-innen. Zugleich stellte sie Ambivalenzen fest. Berlin scheint „in Fragen der konkreten Gewährung von religiösen Teilhabe- und Partizipationsrechten“ nicht so offen zu sein, wie das Antwortverhalten mit Blick auf die abstrakten Aussagen der Anerkennung und Bereicherung vermuten ließe (a. a. O.: 66). Als Beleg gilt den Autor/-innen die einigermaßen verbreitete Skepsis hinsichtlich „religionsrechtlicher Fragen“ der Beschneidung von Jungen (53 %), des Kopftuchtragens durch Lehrerinnen

(42 %), des Moscheebaus (34 %) und des Religionsunterrichts an Schulen mit einem großen Anteil muslimischer Schüler (30,7 %). Es lassen sich jedoch einige Argumente für die Skepsis bzw. Ablehnung der Beschneidungen u. a. Formen der so aufgefassten Teilhaberechte finden, die nicht unmittelbar mit Muslim/-innen als ihren Trägern zu tun haben. Alles in allem ist Berlin „bunter“ als der Rest Deutschlands.

4.5. *Was wird gemessen, wenn „Islamfeindlichkeit“ gemessen wird?*

Die kritische Auseinandersetzung mit den empirischen Studien zeigt, dass die Frage nach ihrem Messgegenstand und den Interpretationen sowie den theoretischen Implikationen berechtigt erscheint. So verwenden einerseits einige Umfragen mehr oder weniger harte Items zur Messung ähnlicher Konstrukte. Andererseits werden gleiche Items zur Erhebung mehr oder weniger harter Einstellungen eingesetzt. Als Ursache für diese Divergenzen kann die bereits beschriebene terminologische Unklarheit bzw. mangelhafte Spezifikation der jeweiligen Konstrukte gelten, die es ermöglicht, solch unterschiedliche Phänomene wie Ablehnung, diffuse Angst respektive Bedrohungsgefühle, Abwertung und Feindseligkeit wenig differenzierend mal als Phobie, mal als Feindlichkeit zu apostrophieren. Es liegen zugleich nur wenige Versuche vor, ein differenzierteres Bild der facettenreichen Ablehnungskonstruktionen und der Befragten-Cluster zu zeichnen (vgl. Leibold & Kühnel 2006; Foroutan 2014).

Ein weiteres Dilemma hängt mit der semantischen Dimension der verwendeten Aussagen zusammen. So zeigte die konfirmatorische Faktorenanalyse, dass der Bedeutungsinhalt des einige Zeit eingesetzten Items „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“ weniger auf Abwertung des Islam als auf die wahrgenommene kulturelle Distanz verwies (Leibold & Kühnel 2008: 113). Mit Hilfe der Aussagen „Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden“ sowie „Meiner Meinung nach sind die islamischen Glaubensrichtungen sehr ähnlich“ wurden z. B. im GMF-Survey 2005 primär Wissensbestände über den Islam abgefragt, jedoch weniger homogenisierende Einstellungen gemessen (vgl. Kahlweiß & Salzborn 2012: 249). Ob „der“ Islam pauschal oder primär radikale Gruppen als Bedrohung ausgemacht werden, hängt stark von der Item-Formulierung und ihrem Homogenisierungsgrad ab. Es verwundert nur wenig, dass in der Umfrage des Insti-

tuts für Demoskopie Allensbach (2012) 74 % der Befragten dafür plädierten, dass nur von bestimmten radikalen Gruppen eine Bedrohung ausginge. Zugleich bleibt „das Image des Islam“ mit Blick auf Menschenrechte negativ.

Überdies sind bei einigen Statements Zweifel im Hinblick auf Priming-Effekte angebracht. Betrachtet man die Aussage „Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal fremd im eigenen Land“, lassen sich zwei „Fallen“ identifizieren, die eine Zustimmung erleichtern – „viele“ und „manchmal“. Während das Adjektiv bereits eine Problemdiagnose vorgibt, nimmt das Adverb eine Relativierung vor und kann dazu führen, dass Befragte entsprechende – reale oder durch Medien vermittelte – Erfahrungen abrufen. Die wenig kosmopolitischen (Ost-)Deutschen, denen alltägliche Begegnungen mit Muslim/-innen eher vor-enthalten blieben, könnten sich in manchen Berliner Bezirken oder in westdeutschen Metropolen durchaus wie in einem anderen Land vorkommen. In einigen deutschen Regionen gibt es Stadtteile, welche in hohem Maß durch muslimische Zugewanderte und ihre Symbole geprägt sind. Nicht auszuschließen ist zudem, dass es sich bei der Item-Interpretation „um eine Fehlzuschreibung, die Forscher wie Befragte gleichermaßen vollziehen“ handelt. So sieht es zumindest Soziologieprofessor Hartmut Rosa (2015): „Es ist [...] durchaus unklar, welcher der beiden Aussageteile sie dabei wirklich motiviert: dass sie sich manchmal wie Fremde im eigenen Land fühlen – oder dass daran die Muslime ‚schuld‘ sind?“. Steht den Befragten die Option „Ich stimme eher zu“ zur Verfügung, erhöht sich der Anteil „islamophober“ Antworten, wobei sich die Anzahl der eindeutigen Ablehnungen geringfügig reduziert.

Wichtig wäre auch, die Motivlage hinter der Einstellungsdimension nicht auszuklammern. Die Ablehnung einer Moschee in der Nachbarschaft muss nicht aus einer islamfeindlichen Motivation erfolgen. Neben rassistischen und/oder ausländerfeindlichen Anschauungen sind auch feministische, atheistische, religiöse oder banal-alltägliche Ursachen für die Ablehnung denkbar (vgl. Kahlweiß & Salzborn 2012: 248). Wenn Befragte mit formal hohem Bildungsabschluss einen Vorteil darin sehen, „Schulen ohne muslimische Lehrerinnen für ihre Kinder zu haben und Wohngebieten mit hohem muslimischen Bevölkerungsanteil zu vermeiden“, kann es z. B. auch an der allgemeinen Segregationsneigung liegen (Leibold & Kühnel 2006: 148). Oder auch daran, dass die Item-Formulierung „Ich würde mein Kind auch in einer Schule anmelden, in der eine moslemische Frau mit Kopftuch unterrichtet“ im Sinne eines Konfliktes mit dem

Neutralitätsgebot und somit mit normativen Verfassungsgrundlagen interpretiert wird.

Mit der Validität und Vergleichbarkeit sowie den theoretischen Implikationen der Meinungsumfragen hängt eine weitere Problemdimension zusammen. Obwohl die meisten Studien Repräsentativität für sich beanspruchen, rufen Abweichungen ihrer Ergebnisse Fragen hervor. Vergleicht man z. B. die Ergebnisse der Sonderauswertung Islam (2015) und der „Mitte“-Studie von Zick & Klein (2014), macht die Abweichung mit Blick auf das „Fremd im eigenen Land“-Statement 8,5 Prozentpunkte aus (40 zu 31,5 %), obwohl der zeitliche Abstand der Untersuchungen gering zu sein scheint. Ähnlich verhält es sich mit der Zustimmung zu der Zuwanderungsaussage: Die Abweichung beträgt 5,8 Prozentpunkte (24 zu 18,2 %).

Zieht man eine weitere „Mitte“-Studie als Vergleichsgrundlage hinzu, verwirrt das gezeichnete Bild der Meinungsforscher/-innen umso mehr. Decker et al. (2014: 50) zufolge sind es gar 43 % der Befragten, die sich „wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen sollen, während 36,6 % Muslim/-innen die Zuwanderung nach Deutschland untersagen würden. In diesem Fall beträgt die Abweichung zu den (höheren) Messwerten des Religionsmonitors 12,6 Prozentpunkte. Nolo volens entsteht – erneut – der Verdacht, dass die Autor/-innen nach wie vor versuchen, „jeden, der bei der Umfrage auch nur positiv gezwinkert hat, dazuzuzählen, so dass die Absicht, möglichst viele zu finden, aus dieser Methode deutlich herausscheint“ (Stützle 2010). Die Erklärung der Leipziger Forscher/-innen, warum die beiden „Mitte“-Umfragen nur eingeschränkt vergleichbar seien, bestätigt eher die Kritik der Sozialforscher/-innen:

„Die Datensätze der Bielefelder Studie sind durch telefongestützte Interviews, die ‚Mitte‘-Studien der Universität Leipzig durch fragebogengestützte Face-to-face-Befragungen in den Haushalten der Befragten zustande gekommen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsmethoden sind sie nur eingeschränkt vergleichbar, doch ist der Anstieg so ausgeprägt, dass er nicht allein auf methodische Differenzen zurückzuführen ist“ (ebd.).

Ein weiteres Beispiel: Während laut der Studie „Die Abwertung der Anderen“ (2011) 54,1 % der deutschen Bevölkerung der Meinung waren, Muslime stellen zu viele Forderungen, fanden 85,5 % der Jugendlichen und 64,6 % der über

25-Jährigen gemäß der Studie „Deutschland postmigrantisch II“, dass es ihr gutes Recht sei, Forderungen zu stellen. Jeweils 87,2 und 74,9 % widersprachen der Aussage, Forderungen seien ein Zeichen von Undankbarkeit (Foroutan 2015: 61). Die Unterschiede im Antwortverhalten sind in diesem Fall auf die Bedeutungsinhalte der Items zurückzuführen.

Nicht minder problematisch, vor allem für die Präventionsarbeit, sind widersprüchliche Ergebnisse bzw. Interpretationen im Hinblick auf Kontakthypothesen, Bildungseinflüsse, politische Selbstverortung und die Altersstruktur der „islamophoben“ Befragten. Während die Bertelsmann Stiftung eher geringe Bildungseinflüsse mit Blick auf die Bedrohungswahrnehmung und einen etwas größeren Einfluss bei der Wahrnehmung kultureller Distanz feststellte, kam die GMF-Umfrage 2007 zu dem Schluss, dass die „Islamophoben“ im Schnitt älter und schlechter gebildet waren. Das Alter soll laut Forschungen von Naika Foroutan et al. demgegenüber keinen statistisch signifikanten Einfluss haben. Eher sei der Bildungsgrad für die vorhandenen Unterschiede relevant. Nach Wilhelm Heitmeyer schütze aber Bildung kaum vor der generalisierten Abwertung der islamischen Kultur.

Ähnlich divergierend sind Angaben zum Alter der Befragten mit „islamophoben“ bzw. „islamfeindlichen“ Einstellungen. Sind z. B. gemäß „Mitte“-Studie von Zick & Klein (2014: 75) 31- bis 60-Jährige weniger belastet, sind es laut Wissenschaftlern des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung vor allem Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren. Hinsichtlich der politischen Orientierungen lassen sich ebenfalls deutliche Interpretationsspielräume beobachten. Die politische (Selbst-)Verortung soll nach der „Mitte“-Studie ein entscheidender Faktor für die islambezogenen Bedrohungsgefühle sein, wobei Personen, die sich „links“ und „eher links“ einordneten, am wenigsten betroffen sein sollen. In den Jahren 2009/10 stieg die Islamfeindlichkeit laut GMF-Umfragen jedoch nur unter denjenigen Befragten signifikant an, die ihre Ansichten als „links“ und „Mitte“ verorteten (Küpper et al. 2013: 14). Der Religionsmonitor widerspricht: Demnach fühlen sich Befragte, die sich politisch „links“ und „(mitte)-rechts“ sehen, am stärksten durch den Islam bedroht.

Übereinstimmend mit den bisherigen Beobachtungen formulierten Kahlweiß & Salzborn (2012: 249) die methodische Kritik, der zufolge „die empirischen Studien in ihrer Mehrheit nicht dazu geeignet sind, das zu messen, was konzeptio-

nell mit dem Begriff der Islamophobie im Raum steht, sondern vielmehr allgemeine Stereotype und Vorurteile abfragen, die vor allen Dingen in einem fremdenfeindlichen und rassistischen Kontext stehen und überdies nur punktuell Aufklärungswert zu der Frage haben, ob es ein als Islamophobie zu bezeichnendes Phänomen überhaupt in nennenswerter Größenordnung gibt“. In der Tat lässt sich in vielen Fällen eine Korrelation zwischen Islam- und Fremdenfeindlichkeit beobachten. Auch die Ablehnung der Zuwanderung und Zuwandernden hängt mit negativen Einstellungen gegenüber Muslim/-innen zusammen. Aus diesem Grund hat die in vielen Umfragen gemessene „Islamophobie“ oder „Islamfeindlichkeit“ nicht immer eine spezifische Ausprägung, oder sie wäre noch präziser zu skizzieren.

Allem Anschein nach bringen nicht nur unterschiedliche Erhebungsmethoden nicht zu ignorierende Interpretationsunsicherheiten mit sich. Darauf deuten zumindest die hohen Werteschwankungen unabhängig von Konfidenzintervallen sowie verschiedene Korrelationseffekte hin. Über Methodenprobleme hinaus spielen die Kommunikationsregeln der Deutegemeinschaften sowie Medienberichterstattung als Moderatorvariable eine Rolle (vgl. Frindte 2013: 94ff.). Groß sind zudem Aussageunsicherheiten hinsichtlich der Variablen „Alter“, „Bildung“, „politische Selbstverortung“ usw. Somit sind Befunde der Meinungsforschung über Anstiege bzw. Verbreitung „islamfeindlicher“ Einstellungen – auch ohne Berücksichtigung spezifischer Effekte wie z. B. der Periodeneffekte – freilich *cum grano salis* zu genießen.

Dr. Michail Logvinov studierte Slawistik, Germanistik, Pädagogik und Politikwissenschaft; 2004 Promotion in Wolgograd (Philologie) und 2012 in Chemnitz (Politikwissenschaft). Seine Forschungsschwerpunkte sind Extremismus und Terrorismus.

Literaturverzeichnis zu Kapitel 3 und 4

Allen, C., 2010: Islamophobia. Farnham.

Backes, U., 2013a: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland und die muslimische Welt – eine Entwicklungsskizze. S. 393-408 in A. Gallus / T. Schubert / T. Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden.

Backes, U., 2013b: Muslimfeindlicher Rechtsextremismus? S. 150-161 in U. Backes / A. Gallus / E. Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie, 25. Jahrgang 2013. Baden-Baden.

Bertelsmann Stiftung, 2013: Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Religiosität im internationalen Vergleich. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung, 2015: Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. Gütersloh.

Bielefeldt, H., 2012: Muslimfeindlichkeit. Ausgrenzungsmuster und ihre Überwindung. S. 23-34 in Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin. Paderborn.

Bobzin, H., 2010: „Ihr seid die beste Gemeinde“ (3: 110). Zum Aspekt der Überlegenheitsansprüche am Beispiel der christlichen und islamischen Welt und wie wir damit umgehen. S. 199-210 in: T. Schneiders, Islamverherrlichung: Wenn die Kritik zum Tabu wird. Wiesbaden.

Brunner, R., 2005: Zwischen Laizismus und Scharia: Muslime in Europa. S. 8-15 in APuZ 20/2005. Bonn.

Emcke, C., 2010: Der verdoppelte Haß der modernen Islamfeindlichkeit. S. 214-223 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin 2010.

Foroutan, N. / Canan, C. / Arnold, S. / Schwarze, B. / Beigang, S. / Kalkum, D., 2014: Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – erste Ergebnisse. Berlin.

Foroutan, N. / Canan, C. / Schwarze, B. / Beigang, S. / Kalkum, D., 2015a: Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Berlin.

- Foroutan, N. / Canan, C. / Schwarze, B. / Beigang, S. / Kalkum, D., 2015b: Berlin postmigrantisch – Einstellungen der Berliner Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin.
- Foroutan, N., 2012: Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Bonn.
- Frindte, W., 2013: Der Islam und der Westen. Sozialpsychologische Aspekte einer Inszenierung. Wiesbaden.
- Frischberg, M., 2006: Das Konzept ‚Islamophobie‘ als Abwehr westlicher Zumutungen: zur Genese eines Kampfbegriffs. S. 155-172 in S. Grigat (Hrsg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg.
- Geiges, L. / Marg, S. / Walter, F., 2015: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bonn.
- Hafez, F.: Wo endet Islamkritik und beginnt Islamfeindlichkeit?
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180770/wo-endet-islamkritik-und-beginnt-islamfeindlichkeit> (17.3.2014).
- Höfert, A., 2010: Die „Türkengefahr“ in der Frühen Neuzeit: Apokalyptischer Feind und Objekt des ethnographischen Blicks. S. 37-60 in T. Schneiders, Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden.
- Institut für Demoskopie Allensbach, 2012: Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland. Eine Dokumentation des Beitrages von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 272 vom 21. November 2012. Allensbach.
- Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), 2014: Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit, Bielefeld.
- Jonker, G., 2010: Europäische Erzählmuster über den Islam. Wie alte Feindbilder in Geschichtsschulbüchern die Generationen überdauern. S. 71-84 in T. Schneiders, Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden.
- Jonker, G., 2012: Europäische Grenzziehung zu Muslimen und Islam. S. 47-54 in Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin. Paderborn 2012.
- Kahlweiß, L. / Salzborn, S., 2012: „Islamophobie“ als politischer Kampfbegriff. Zur konzeptionellen und empirischen Kritik des Islamophobiebegriffs. S.

248-263 in A. Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl.

Khoury, A., 2010: Der Islam im europäischen Umfeld. Muslime und ihr beschwerlicher Weg in die Zukunft. S. 259-276 in T. Schneiders, Islamverherrlichung: Wenn die Kritik zum Tabu wird. Wiesbaden.

Küpper, B., / Zick, A., / Hövermann, A. 2013: Islamfeindlichkeit in Deutschland und Europa. S. 10-16 in Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. (Hrsg.), Dokumentation Vortragsreihe „Islamfeindlichkeit“. Kiel.

Leibold, J. / Kühnel, S., 2003: Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen. S. 100-119 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/M.

Leibold, J. / Kühnel, S., 2006: Islamophobie. Differenzierung tut not, S. 135-155 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/M.

Leibold, J. / Kühnel, S., 2008: Islamophobie oder Kritik am Islam. S. 95-115 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/M.

Leibold, J. / Thörner, S. / Gosen, S. / Schmidt, P. 2012: Mehr oder weniger erwünscht? Entwicklung und Akzeptanz von Vorurteilen gegenüber Muslimen und Juden. S. 177-198 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin.

Lewis, B., 2010: Faith and Power. Religion and Politics in the Middle East. Oxford.

Liljeberg, H. / Krambeer, S., 2015: Wie tolerant ist Berlin 2015? Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zu Integrationsthemen in Berlin, Berlin.

Möller, K. / Schuhmacher, N., 2015: Eckpunkte und Elemente eines landesweiten Aktionsplans gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in Baden-Württemberg – eine Expertise. Esslingen.

Molthagen, D. (Hrsg.), 2015: Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Berlin.

Müller, J.: Die Islamophobie und was sie vom Antisemitismus unterscheidet. Anmerkungen zu einem Vergleich.
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37969/antisemitismus-und-islamophobie?p=all> (8.3.2010).

- Naumann, T., 2010: Feindbild Islam – Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst. S. 19-36 in T. Schneiders, Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik schwimmen. Wiesbaden.
- Pew Research Center, 2011: Muslim-Western Tensions Persist. Common Concerns About Islamic Extremism. Washington.
- Pew Reserach Center, 2014: A Fragile Rebound for EU Image on Eve of European Parliament Elections, Washington.
- Pfahl-Traughber, A., 2007: Die Islamismuskompatibilität des Islam. Anknüpfungspunkte in Basis und Geschichte der Religion. S. 62-78 in Aufklärung und Kritik, Sonderheft 13/2007.
- Pfahl-Traughber, A.: Islamfeindlichkeit, Islamophobie, Islamkritik – ein Wegweiser durch den Begriffsdschungel.
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/180774/islamfeindlichkeit-islamophobie-islamkritik-ein-wegweiser-durch-den-begriffsdschungel> (17.3.2014).
- Pollack, D., 2010: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt, Münster.
- Reinecke, S. / Seidel, E.: „Religion ist die letzte Ressource“.
<http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2006/12/15/a0186> (15.12.2006).
- Rosa, H.: Fremd im eigenen Land? http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/jeder-5-deutsche-fuehlt-sich-fremd-im-eigenen-land-13546960.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (24.4.2015).
- Runnymede Trust, 1997: Islamophobia: A Challenge for Us All. London.
- Schiffer, S., 2005: Der Islam in deutschen Medien. S. 23-30 in APuZ 20/2005. Bonn.
- Schneiders, T., 2010: Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik schwimmen. Wiesbaden.
- Seidel, E., 2003: Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie. S. 261-279 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt/M.
- Seidel, E., 2008: In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam? S. 250-259 in W. Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/M.

Stützle, P.: Kritik an Studie zu Rechtsextremismus.

<http://www.dw.com/de/kritik-an-studie-zu-rechtsextremismus/a-6128531>
(20.10.2010).

Thomsen, J., 2015a: Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung. Berliner sehen den Islam wohlwollend. <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/forsa-umfrage-der-berliner-zeitung-berliner-sehen-den-islam-wohlwollend,10809148,29709886.html> (30.01.2015)

Thomsen, J., 2015b: Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung. Junge Berliner haben kein Problem mit dem Kopftuch. <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/forsa-umfrage-der-berliner-zeitung-junge-berliner-haben-kein-problem-mit-dem-kopftuch,10809148,31368800.html#plx1406342699> (03.08.2015)

Uslucan, H.-H., 2010: Muslime zwischen Diskriminierung und Opferhaltung. S. 367-378 in Th. G. Schneiders, Islamverherrlichung: Wenn die Kritik zum Tabu wird. Wiesbaden.

Worbs, S. / Bund, E. / Kohls, M. / von Gostomski Ch. B., 2003: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, 2013.

Zick, A. / Klein, A., 2014: Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.

Zick, A. / Küpper, B. / Hövermann, A., 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin.

Zick, A., 2012: Islam- und muslimfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung. Ein Bericht über Umfrageergebnisse. S. 35-46 in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Muslimfeindlichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin. Paderborn.

5. Erste empirische Analysen zur Muslimfeindlichkeit unter europäischen Neuzugewanderten

*BOŽANA VRHOVAC, ELISABETH HOFFMANN,
CHRISTIAN PFEFFER-HOFFMANN*

Wie in den vorherigen Kapiteln zu sehen, gibt es bisher kaum Hinweise aus der Forschung auf Qualität und Quantität von Muslimfeindlichkeit in einzelnen Einwanderungscommunities. Das Teilprojekt von Minor im Rahmen von WIR HIER!, das sich auf die Analyse solcher Phänomene konzentriert, begann deshalb in kleinem Rahmen mit ersten eigenen empirischen Untersuchungen. Ziel war dabei im ersten Projektjahr weniger validierte Erkenntnisse vorzulegen, sondern vielmehr die Herausarbeitung von Thesen, Tendenzen und Fragestellungen.

Minor konnte 2015 zwei Untersuchungen durchführen: Eine Serie von qualitativen Befragungen der Teilnehmer/-innen des Projekts WIR HIER! und eine Beteiligung an einer großen quantitativen Befragung von europäischen Neuzugewanderten in Berlin.

5.1. Qualitative Befragungen von Projektteilnehmer/-innen

5.1.1. Zielgruppen der Befragung

Die Hauptzielgruppe des Projektes WIR HIER! (siehe Kapitel 2) sind Jugendliche mit nicht-muslimischem Migrationshintergrund im Alter zwischen 16 und 27 Jahren. Die Eingrenzung des Alters gehört zu den Bedingungen des Förderprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Bei der differenzierten Betrachtung der Zielgruppen wird nach den Herkunftsländern – Polen und Spanien in der ersten Projektphase¹³ – und dem Einwanderungszeitpunkt unterschieden.

Hier können zwei grobe Einteilungen vorgenommen werden. Zunächst gibt es die Gruppe der im europäischen Ausland sozialisierten Arbeitsmigrant/-innen, die seit 2008 nach Berlin kommen. Die zweite Gruppe sind Kinder von in Deutschland lebenden Migrant/-innen. Sie wurden in Deutschland sozialisiert, sind jedoch durch die Kultur ihrer Eltern geprägt. Somit ist die Betrachtung und der spätere Vergleich dieser beiden Migrationsgruppen interessant (vgl. Minor 2014).

In den Workshops hat sich innerhalb der recht großen Altersspanne zwischen 16 und 27 Jahren ein Unterschied zwischen den polnisch- und spanischsprachigen Teilnehmenden ergeben. Die polnischen Teilnehmenden waren im Durchschnitt etwas jünger, befanden sich noch in ihren Ausbildungen und gehörten in der Regel zu der zweiten oder dritten Migrantengeneration in Deutschland, während die spanischsprachigen Jugendlichen durchschnittlich etwas älter waren und teilweise ihre Ausbildungen abgeschlossen hatten.

5.1.2. Methodische Umsetzung der qualitativen Befragung

Die Teilnehmenden der Foto-, Theater-, Comic-, Film- und Radio-Workshops 2015 wurden jeweils am Ende der Workshop-Reihe im Rahmen eines Fokusgruppeninterviews gemeinsam befragt. Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten aufgrund der teilweise mangelnden Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit der Teilnehmenden, waren bei allen Sitzungen ausreichend Jugendliche anwesend. Insgesamt konnten 20 Teilnehmer/-innen befragt werden. Grundlage für diese Interviews stellte ein Leitfragebogen dar, der in allen Gruppen genutzt wurde, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Interviewlänge betrug im Durchschnitt eine Stunde.

¹³ In den folgenden Jahren der Projektlaufzeit sollen weitere Migrantengruppen zur Untersuchung hinzugezogen werden. Auch hier wird der Fokus auf Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 27 Jahren liegen und größere nicht-muslimische Migrantengruppen in Berlin einbeziehen.

Fokusgruppeninterviews werden als eine Art Gruppendiskussion mit durchschnittlich 5 bis 8 Teilnehmenden gestaltet. Es handelt sich um eine moderierte Diskussion, die sich an einem vorher erstellten Leitfaden orientiert. Dabei ist es wichtig, eine Gesprächsoffenheit zu erreichen, um das Antwortverhalten der Teilnehmenden nicht zu stark zu beeinflussen. Zu beachten ist jedoch, dass es in Gruppeninterviews zur Dominanz einzelner Teilnehmer/-innen kommen kann, wodurch andere Jugendliche entmutigt würden. Aus diesem Grund ist eine gut strukturierte Moderation besonders wichtig.

Die beschriebene Methode eignete sich im Projektkontext 2015 besonders gut, da auf diese Weise alle Teilnehmer/-innen einbezogen und zur Diskussion animiert werden konnten. Aus diesen Gesprächen können die ersten Thesen für den weiteren Projektverlauf entwickelt werden.

Unter besonderer Berücksichtigung der „Einstellungen zum Islam und zu Muslim/-innen unter nicht-muslimisch geprägten Einwandernden“ sind folgende Aspekte für ein Fokusgruppeninterview besonders wichtig:

- Alter und Geschlecht,
- Herkunft (Stadt und Land),
- Höchster schulischer Abschluss,
- Migrationsjahr und Migrationsgrund,
- derzeitige Tätigkeit,
- derzeitiger Wohnort in Berlin,
- derzeitige wirtschaftliche Situation (womöglich wirtschaftliche Deprivationserfahrungen),
- politische Einstellungen oder ideologische/religiöse Überzeugungen,
- interkulturelle Kontakte.

Der Leitfaden konzentrierte sich entsprechend auf folgende Aspekte:

A. Persönliche Fragen:

- 1) Wie heißt du?
- 2) Wo hast du gewohnt, bevor du nach Berlin gekommen bist?/Wo kommst du ursprünglich her?
- 3) In welchem Bezirk wohnst du derzeit in Berlin?
- 4) Wie alt bist du?

- 5) Auf welche Schule bist du gegangen?/Welchen schulischen Abschluss hast du?
- 6) Hast du studiert oder einen Beruf gelernt? Welchen beruflichen Abschluss hast du?

B. Fragen zur Einwanderung:

- 1) Wann bist du nach Deutschland und wann nach Berlin gekommen?
- 2) Warum bist du nach Deutschland gekommen? Warum bist du nach Berlin gekommen?
- 3) Was genau machst du gerade in Berlin?/Wo arbeitest du?
- 4) Welche Schwierigkeiten hattest du bei der Ankunft in Deutschland?
- 5) Welche Schwierigkeiten hast du jetzt?
- 6) Was erhoffst du dir von Deutschland?/Was erhoffst du dir von Berlin?

C. Fragen zum interkulturellen Leben in Berlin:

- 1) Was empfindest du als besonders am kulturellen Leben in Berlin?/Was zeichnet das interkulturelle Leben in Berlin für dich aus?
- 2) Welchen Religionen begegnest du in Berlin?
- 3) Welcher Religion gehörst du an?
- 4) Was schätzt du, wie viel Prozent der Bevölkerung in Deutschland muslimisch ist? Und wie viel Prozent dabei in Berlin?
- 5) Welche Erfahrungen hast du mit Muslim/-innen in Berlin gemacht?
- 6) Welche Herausforderungen in Bezug auf religiöses und kulturelles Zusammenleben hast du erkannt?
- 7) Wie empfindest du den Umgang der Deutschen mit den Muslim/-innen?
- 8) Hast du muslimische Freunde oder Freunde aus muslimisch geprägten Ländern?
- 9) Wie prägen Muslim/-innen dein Bild von Berlin?
- 10) Glaubst du, dass die Medien dein Bild von Muslim/-innen beeinflussen? – Inwiefern/Auf welche Weise?
- 11) Wo sind dir muslimfeindliche Einstellungen aufgefallen?
- 12) Glaubst du, dass Menschen aus muslimisch geprägten Ländern religiöser sind? Woran machst du das fest?
- 13) Was möchtest du noch zum religiösen und kulturellen Leben in Berlin sagen?

5.1.3. Ablauf der qualitativen Befragungen

Die methodische Herangehensweise bot sowohl Vor- als auch Nachteile. Durch das Format der Fokusgruppeninterviews konnten viele Teilnehmende zur gleichen Zeit befragt werden. Allerdings war es schwierig, in einem Gruppengespräch die Einstellungen der einzelnen Teilnehmenden zu erheben. Vielmehr bildete sich während der Interviews ein Konsens, welcher von allen Teilnehmenden akzeptiert wurde. Daher ist es möglich, dass einzelne Teilnehmende ihre persönliche Meinung nicht preisgaben, wenn die Mehrheit anders eingestellt war. Vielmehr ergab sich immer eine Meinung, die scheinbar alle vertraten.

Die Dreiteilung des Fragebogens spiegelte sich im Interviewablauf wider. Bei den Fragen zur Einwanderung waren die meisten Jugendlichen sehr gesprächig, da sie hier ihre persönlichen Migrationserfahrungen einbringen konnten. Im Teil C wurden interkulturelle Lebenserfahrungen in Berlin abgefragt. Dieser Teil des Interviews zielte auch auf die Einstellungen der Teilnehmenden gegenüber Muslim/-innen ab. Während der Gespräche konnten keine explizit muslimfeindlichen Einstellungen der Teilnehmer/-innen festgestellt werden. Dies kann auf die Methodik der Workshops und die Befragtengruppe zurückgeführt werden. Das Verhalten und die Einstellungen von Künstler/-innen oder künstlerisch begeisterten Menschen sind in unserem Fall scheinbar weniger vorurteilsbelastet, da Kunst häufiger liberale Menschen und Gruppen anzieht.

Die Teilnehmenden waren außerdem größtenteils Akademiker/-innen und vorsichtig mit Pauschalisierungen (vor allem bei Fragen C.4 und C.12 konnte dies beobachtet werden). Zudem waren die meisten Jugendlichen erst seit Kurzem in Deutschland. Dies erschwerte die Befragung, da insbesondere die spanischsprachigen Teilnehmenden die deutsche Sprache noch nicht sonderlich gut beherrschten. Des Weiteren merkte man, dass die neueingewanderten Jugendlichen andere Probleme und Sorgen haben, als Vorurteile gegenüber anderen Migrantengruppen zu bearbeiten. Überdies bringen sie gegenüber dem neuen Lebensort ein hohes Maß an Neugier und Interesse mit. Dennoch nahmen sie Muslim/-innen als Gruppe deutlich wahr. Bei der Frage, wie viele Muslim/-innen in Berlin leben könnten, war bei fast allen die Einschätzung deutlich höher (30 bis 40 %) als in der Realität. Nur einige Teilnehmende konnten eine realistischere Einschätzung mit 3 bis 10 % abgeben. Aus den Gesprächen hat sich

zudem ergeben, dass das Verbundenheitsgefühl von Migranten/-innen untereinander stärker als das Absonderungsgefühl ist. Eine gewisse Sensibilität für das Thema der Muslimfeindlichkeit ist bei den spanischen Jugendlichen vorhanden. Ihnen fallen einschlägige Medienberichte sowie gesellschaftliche Gruppierungen wie „Pegida“ mehr auf als beispielsweise lateinamerikanischen Teilnehmer/-innen. Die Teilnehmenden berichteten auch, dass sie in den Herkunftsländern keine Kontakte zu Muslim/-innen hatten.

Für die weiteren Phasen des Projektes ist daher eine andere Herangehensweise zu überlegen. Es wäre wünschenswert, Jugendliche mit möglichst unterschiedlichen Hintergründen und Interessen zu erreichen. Hierfür könnten neben künstlerisch-kulturellen Workshops auch Schulen, Sportvereine und Jugendclubs direkt kontaktiert werden. Des Weiteren könnte versucht werden, eine Trennung zwischen neueingewanderten Migrant/-innen und solchen, die bereits länger in Deutschland leben, vorzunehmen. Bei Letzteren fielen Eindrücke auf, dass Muslim/-innen nicht richtig Teil der Gesellschaft sind. Sie schilderten einen respektvollen Umgang der Deutschen mit Muslim/-innen, aber kein wirkliches Zusammenleben. Daraus lässt sich die These ableiten, dass diese Gruppe eine andere Interpretation sozialer Prozesse als die Gruppe der Neueingewanderten an den Tag legt. Sie nehmen den gesellschaftlichen Unterschied zwischen Zuwander/-innen und Deutschen stärker wahr und beschreiben die Gesellschaft als verschlossen.

5.2. Quantitative Befragungen von Neueinwanderungsgruppen in Berlin

Minor beschäftigt sich im Rahmen seiner Migrationsforschung seit 2013 mit dem Thema der Neueinwanderung nach Berlin und befragte im Rahmen des Projektes „Fachkräftesicherung durch Integration zuwandernder Fachkräfte aus dem EU-Binnenmarkt“¹⁴ polnische, bulgarische, rumänische und französische Migrant/-innen, die seit 2008 nach Berlin gekommen sind (vgl. ausführlich Pfeffer-Hoffmann 2016). Die folgenden Daten wurden im Zeitraum April bis Juli 2015 durch eine Online-Befragung und Papier-Fragebögen erhoben. Die Erhebung berücksichtigt die Motive der Einwanderung sowie die Integration in Ber-

¹⁴ Gefördert durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen von 2014 bis 2016.

lin. Dazu gehören neben arbeitsmarktorientierten Kriterien auch die Integration in das soziale, religiöse und kulturelle Leben Berlins.

Insgesamt wurden fast 3.000 Personen befragt. Aus diesen wurden die 1.570 Fälle ausgewertet, die (a) nach 2008 eingereist sind, (b) in Berlin wohnen und (c) eine ausreichende Datenqualität aufwiesen. Folgende Fallzahlenverteilung ergibt sich für die einzelnen Nationalitäten.

Tabelle 5: Verteilung der Herkunftsländer der bereinigten Stichprobe

Migrant/-innen, wohnhaft in Berlin, nach 2008 nach Deutschland gekommen. © Minor

Herkunftsland	n	%
Bulgarien	455	29,0
Frankreich	482	30,7
Polen	328	20,9
Rumänien	305	19,4
Gesamt	1.570	100

5.2.1. Soziodemografie der Befragten

Was das Alter der Teilnehmer/-innen anbelangt, konnte festgestellt werden, dass vorwiegend junge Erwachsene (67,2 % im Alter zwischen 18 und 35) neu nach Berlin zuwandern. Die in der Meldestatistik ausgewiesenen älteren Erwachsenen zwischen 45 und 65 Jahren wurden mit der Umfrage kaum erfasst, da sie eher den schon länger in Berlin lebenden Zuwanderungsgruppen zuzurechnen sind. An der Befragung nahmen mehr weibliche als männliche Einwanderer/-innen teil, nach den Meldedaten ist die Geschlechtsverteilung unter den Neuzugewanderten eher ausgewogen. Hinsichtlich des Familienstandes zeigt sich, dass insgesamt 38 % Single, 32,5 % verheiratet und 21,8 % in einer festen Beziehung sind. Weiterhin hat mit 57,1 % der Großteil der Befragten keine Kinder, 18,9 % eines, 17,2 % zwei und 5,1 % drei. Nur wenige der Teilnehmenden haben mehr als drei Kinder. Ferner sind die meisten Befragten in den Jahren seit 2011 nach Deutschland gekommen. In den Jahren 2008 bis 2010 migrierte zusammengerechnet nur ein gutes Viertel der Befragten. Auch die offiziellen Meldedaten verzeichnen – mit Ausnahme der Pol/-innen – einen kontinuierlichen Anstieg der Zuwanderung aus den vier Herkunftsländern. Die Zuwande-

rung der Pol/-innen war demnach zwischen den Jahren 2008 und 2010 negativ und stieg in den Folgejahren wieder an.

Die meisten Einwanderer/-innen kommen aus Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 50.000 und 500.000 (32 %). 25 % kommen zudem aus größeren Städten mit mehr als 500.000 Einwohner/-innen. Aus Kleinstädten mit Einwohnerzahlen zwischen 5.000 und 50.000 Einwohner/-innen kamen 26,3 % der Teilnehmer/-innen, 16,7 % migrierten aus Orten mit weniger als 5.000 Einwohner/-innen.

Die *Bulgar/-innen* weisen eine ausgeglichene Altersstruktur auf und sind im Schnitt älter als die Befragten der anderen Herkunftsländer. 61,5 % der bulgarischen Teilnehmer/-innen waren Frauen. Bezüglich des Familienstandes fällt auf, dass sich die Bulgar/-innen am seltensten in einer festen Beziehung befinden (16,2 %). Die Bulgar/-innen haben häufig ein oder zwei Kinder (zusammen 50 %). Etwa 70 % der Eltern gaben an, dass ihre Kinder ebenfalls in Deutschland leben. Zudem sei ein Zuzug der Kinder bei 13,9 % der Befragten geplant. So gaben aber auch über 15 % der Eltern an, dass ihre Kinder nicht in Deutschland leben.

Die meisten Bulgar/-innen kommen aus den Regionen Sofia (Hauptstadt), Warna, Plowdiw und Burgas. Im Verhältnis zur regionalen Einwohnerzahl liegt die größte Überrepräsentanz mit neun Prozentpunkten bei der Region Warna. Ferner kommen Bulgar/-innen häufig aus Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 50.000 und 500.000 (35,3 %).

Geschlechterspezifische Altersunterschiede zeigen sich bei den Bulgar/-innen kaum. Hingegen sind die Bulgarinnen häufiger in einer festen Beziehung, etwas häufiger verheiratet und deutlich häufiger geschieden und getrennt als die Bulgaren, welche zu einem größeren Anteil Single sind. Dementsprechend haben Bulgarinnen auch häufiger Kinder als die in der Umfrage erfassten Bulgaren.

Die befragten *Französinen und Franzosen* sind größtenteils im Alter zwischen 18 und 45 Jahren (über 90 %). Auch hier nahmen mit einem Anteil von 56,2 % mehr Frauen als Männer an der Befragung teil. Im Gegensatz zur Gesamtverteilung der Umfrageteilnehmer/-innen sind die Französinen und Franzosen deutlich häufiger Single (über 50 %) und seltener verheiratet. Außerdem sind sie

größtenteils kinderlos (74,3 %). Von den Kindern der französischen Eltern leben nahezu alle ebenfalls in Deutschland.

Mit Abstand die meisten Französinen und Franzosen kommen aus dem Großraum Paris (Region Ile-de-France). Überrepräsentiert sind hier die Regionen Elsass und Bretagne. Hinsichtlich der Einwohnerzahl des Herkunftsortes ist die Verteilung sehr ausgeglichen.

Die Französinen sind im Durchschnitt jünger als die französischen Männer. Außerdem sind sie häufiger Single (58,1 %/46,7 %), während die Franzosen häufiger verheiratet sind. Zudem haben französische Männer häufiger als Frauen ein oder mehrere Kind/-er.

Bei den *Pol/-innen* zeigt sich eine ähnliche Altersstruktur wie bei den Französinen und Franzosen – über 90 % der Befragten sind im Alter zwischen 18 und 45 Jahren. Der Anteil der weiblichen Teilnehmerinnen lag hier sogar bei knapp 70 %. Bei den *Pol/-innen* ist der Anteil der Singles mit 24,2 % deutlich geringer als bei den Befragten der anderen drei Herkunftsländer. Die *Pol/-innen* haben verhältnismäßig häufig zwei (knapp 25 %) und drei Kinder (6,9 %). 80 % der Eltern gaben an, dass ihre Kinder ebenfalls in Deutschland leben, allerdings bei immerhin knapp 15 % nicht.

Die größten Anteile der *Pol/-innen* kommen aus den Regionen (Woiwodschaften) Westpommern, Niederschlesien, Lebus, Masowien, Großpolen und Łódź. Die ersten drei liegen direkt an der Grenze zu Deutschland und weisen im Verhältnis zur Einwohnerzahl Überrepräsentanzen auf. Es zeigt sich zudem eine leichte Tendenz, dass die *Pol/-innen* häufiger aus Großstädten kommen als Befragte aus anderen Herkunftsländern. So haben knapp 30 % von ihnen in Polen in Städten mit Einwohnerzahlen über 500.000 und 26,6 % in Städten mit 50.000 bis 500.000 Einwohner/-innen gelebt.

Die befragten *Polinnen* sind im Schnitt jünger als die Polen. Hinsichtlich des Familienstandes zeigen sich kleine Geschlechterunterschiede. Frauen sind etwas häufiger verheiratet und Single, Männer häufiger in einer festen Beziehung. Auch hinsichtlich der Kinderzahl sind die Unterschiede gering.

Auch die *Rumän/-innen* sind größtenteils im Alter zwischen 18 und 45 Jahren (knapp 90 %). Der Anteil der weiblichen Teilnehmerinnen liegt bei 57,6 %. Die Verteilung des Familienstandes der *Rumän/-innen* ist der Gesamtverteilung

sehr nah. Sie haben etwas seltener Kinder als die Bulgar/-innen und Pol/-innen. Knapp 60 % sind kinderlos. Von den Eltern gaben ca. 70 % an, dass die Kinder in Deutschland leben, 16,9 %, dass ein Zuzug geplant ist und 12,7 %, dass die Kinder nicht in Deutschland leben und auch kein Zuzug in Aussicht sei.

Die meisten Rumän/-innen kamen aus der rumänischen Hauptstadt Bukarest, die nächstgrößeren Herkunftsregionen sind Bacau und Timis. 40,6 % kommen aus Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 50.000 und 500.000 Einwohner/-innen.

Die befragten rumänischen Frauen sind im Schnitt etwas jünger als die Männer. Außerdem befinden sie sich häufiger in einer festen Beziehung, sind geschieden, getrennt und verwitwet, während die Männer deutlich häufiger Single sind. Die Geschlechtsdifferenzen hinsichtlich der Kinderzahl sind sehr gering.

5.2.2. Fragen in Bezug auf Religion und Zusammenleben mit Religionen

Zunächst wurde die Religionszugehörigkeit der Teilnehmenden abgefragt. Im Hinblick auf das Zusammenleben mit den unterschiedlichen Religionen wurde folgende Kernfrage im Rahmen der Befragung gestellt:

Inwiefern empfinden Sie das Zusammenleben mit Menschen folgenden Glaubens als Herausforderung?

Diese Frage wurde mit der Herkunft, dem Alter sowie der religiösen Zugehörigkeit der Befragten kombiniert.

Tabelle 6: Häufigkeitsverteilung der Teilnehmenden nach Religionszugehörigkeit

© Minor

Religionszugehörigkeit	BG		FR		PL		RO		Gesamt	
	n	%	n	%	n	%	n	%	n	%
Christlich: Katholisch	4	2,0	90	24,3	143	69,4	13	6,8	250	25,9
Christlich: Protestantisch	3	1,5	16	4,3	0	0	10	5,3	29	3,0
Christlich: Orthodox	82	40,8	2	0,5	0	0	133	70	217	22,4
Jüdisch	1	0,5	2	0,5	0	0	0	0	3	0,3
Muslimisch	13	6,5	3	0,8	1	0,5	2	1,1	19	2,0
Nicht religiös	92	45,8	245	66,2	55	26,7	21	11,1	413	42,7
Andere	6	3,0	12	3,2	7	3,4	11	5,8	36	3,7
Gesamt	201	100	370	100	209	100	190	100	970	100

Aus der Tabelle geht in Abhängigkeit der Nationalitäten hervor, wie viele der Befragten sich den genannten Religionen zuordnen, oder wie viele Befragte nicht religiös sind. Die Angaben werden in Prozent sowie in Anzahl der Teilnehmenden (n) angegeben.

In der Gesamtbetrachtung dieser Tabelle fällt auf, dass der größte Teil der Befragten (42,7 %) angab, keiner Religion anzugehören. Die zweitgrößte Zuordnung in der Gesamtbetrachtung machen katholische und orthodoxe Befragte aus. Da sich beide Richtungen dem Christentum zuordnen lassen, stellt diese Glaubensrichtung mit 48,3 % die Mehrheit der Befragten dar.

Bei den befragten Bulgar/-innen gaben 45,8 % an, nicht religiös zu sein. Die größte religiöse Gruppe bilden die Orthodoxen mit 40,8 %. Muslimisch sind immerhin 6,5 % der Befragten.

Die befragten Französinnen und Franzosen waren mit 66,2 % mehrheitlich nicht religiös. Katholisch waren 24,3 % und muslimisch 0,8 % der Befragten.

Die polnischen Befragten waren mit 69,4 % mehrheitlich katholisch und 26,7 % gaben an, nicht religiös zu sein.

Bei den Rumän/-innen gaben 70 % der Befragten an, orthodox zu sein.

Interessant ist das Antwortverhalten auf die zweite Frage zur gefühlten Herausforderung im Zusammenleben mit bestimmten Religionsgruppen.

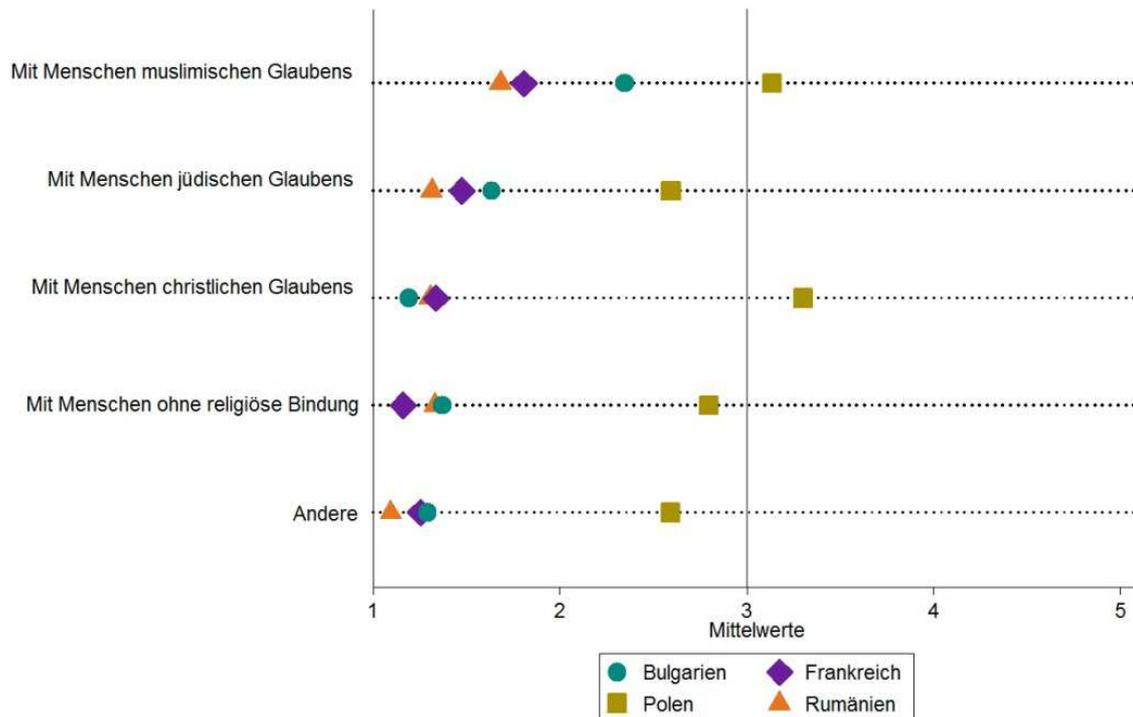


Abbildung 11: Häufigkeitsverteilung aller Teilnehmenden nach Herausforderungen

© Minor (Frage: Inwiefern empfinden Sie das Zusammenleben mit Menschen folgenden Glaubens als Herausforderung?)

Die Grafik zeigt in Abhängigkeit von der Herkunft der Befragten, wie stark das Zusammenleben mit den aufgeführten Religionen als Herausforderung gesehen wird. Die Angaben werden in einer Skala von 1 bis 5 abgebildet. 1 bedeutet keine Herausforderung und 5 bedeutet eine sehr große Herausforderung in Bezug auf das Zusammenleben mit den genannten Religionen.

Die polnischen Befragten empfinden mit einem Mittelwert von 3,3 das Zusammenleben mit Menschen christlichen Glaubens als eine gewisse Herausforderung. Dieser Wert ist besonders auffällig, da 69,4% der Befragten angaben, selbst katholisch zu sein. Anhand der Standardabweichung von 1,8 zeigt sich, dass die Antworten sich in einem verhältnismäßigen großen Spektrum bewegen.

Das Zusammenleben mit muslimischen Menschen wird von den Pol/-innen mit einem Wert von 3,1 ebenfalls als eine mittlere Herausforderung gesehen. Die Bulgar/-innen empfinden am zweit stärksten das Zusammenleben mit Muslim/-innen als Herausforderung. Die Teilnehmenden anderer Nationalitäten sehen

mit den Skalenwerten von 1,8 und 1,7 keine große Herausforderung im Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens.

Insgesamt fällt auf, dass das Zusammenleben mit Menschen der genannten Religionen nicht als besondere Herausforderung gesehen wird, wobei vor allem die Französinnen und Franzosen, Bulgar/-innen und Rumän/-innen ein Zusammenleben mit religiösen Menschen nahezu ohne Herausforderung wahrnehmen. Aus dieser Auswertung geht jedoch hervor, dass die polnischen Neueingewanderten von allen Befragten die größten Herausforderungen im Zusammenleben mit muslimischen Mitbürger/-innen wahrnehmen. In den qualitativen Interviews mit den polnischen Jugendlichen konnte dieses Einstellungsmuster jedoch nicht so klar identifiziert werden.

5.2.3. Differenzierte Auswertung nach Nationalität

Für die *Bulgar/-innen* veranschaulichen die Abbildungen 12 und 13 in Abhängigkeit vom Alter und der Religion der Befragten, wie stark das Zusammenleben mit den aufgeführten Religionen als Herausforderung gesehen wird.

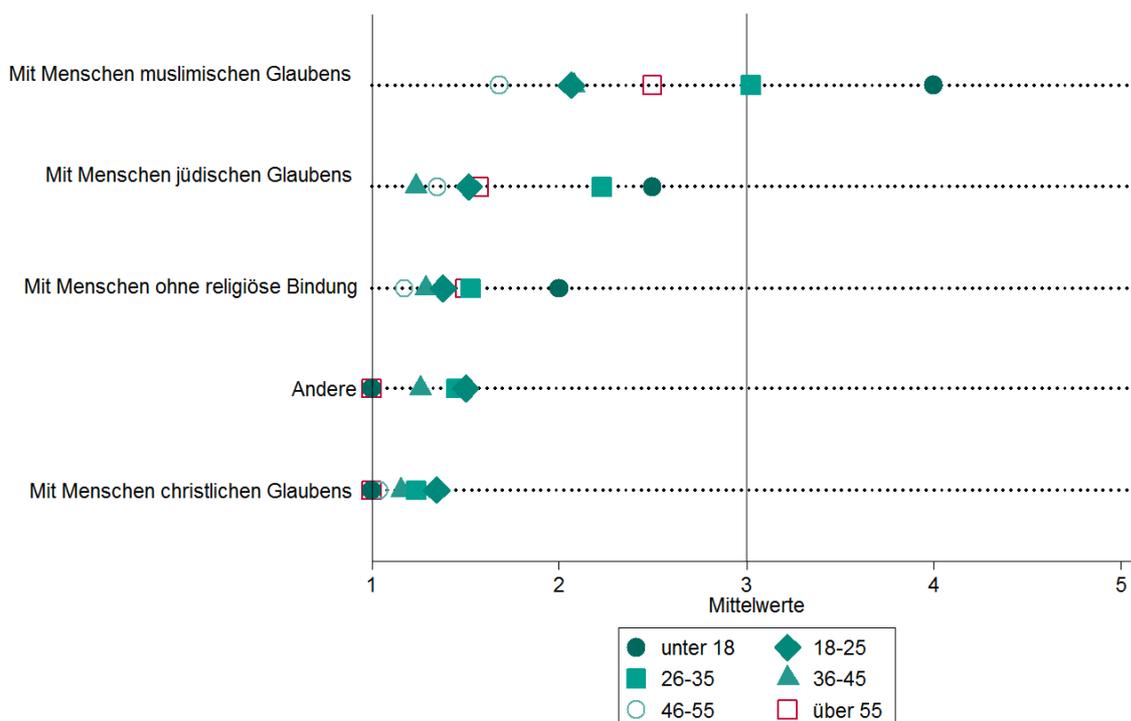


Abbildung 12: Häufigkeitsverteilung der bulgarischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Alter

© Minor

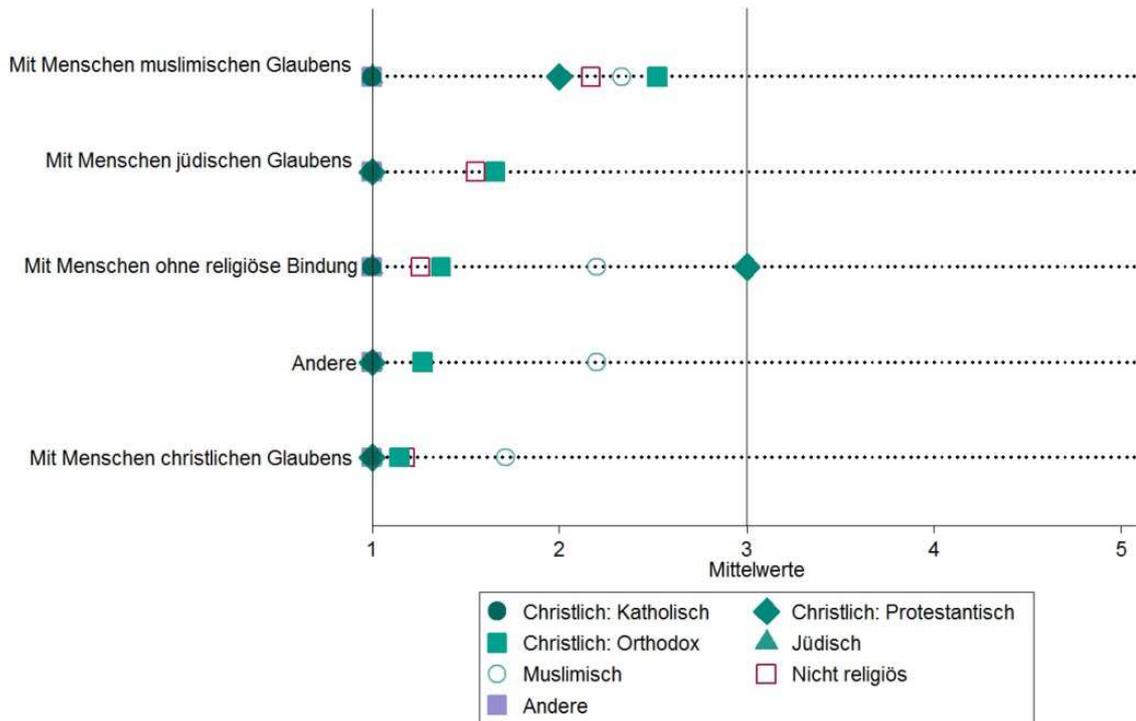


Abbildung 13: Häufigkeitsverteilung der bulgarischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Religion

© Minor

Bei den befragten Bulgar/-innen sind bei den Altersgruppen unter 18 Jahre und zwischen 26 und 35 Jahren die Werte am höchsten. Das Zusammenleben mit den verschiedenen Religionsgruppen wird also am stärksten als Herausforderung empfunden, insbesondere mit Menschen muslimischen Glaubens. Am zweitgrößten wird das Zusammenleben mit Juden als Herausforderung wahrgenommen, allerdings schon deutlich geringer.

Bei der Unterscheidung nach eigener Religionszugehörigkeit fällt auf, dass die Kennzahlen der orthodoxen Bulgar/-innen durchschnittlich bei 2,5 (mittlere Herausforderungswerte) und damit höher als die der anderen Religionsgruppen liegen. Die Zahl der befragten Bulgar/-innen muslimischen Glaubens ist sehr klein, deshalb ist sie nicht im selben Maße aussagekräftig. Sie sehen das Zusammenleben mit fast allen anderen Gruppen, einschließlich anderer Menschen muslimischen Glaubens als relativ starke Herausforderung.

Bei den befragten *Französinnen und Franzosen* steigt das Empfinden, dass das Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens eine besondere Herausforderung darstellt, mit dem Alter leicht an. In der Alterspanne 18-25 Jahre

liegt der Wert bei niedrigen 1,5, im Alter zwischen 26 und 35 Jahre bei 1,7 und im Alter zwischen 36 und 45 bei 2,0.

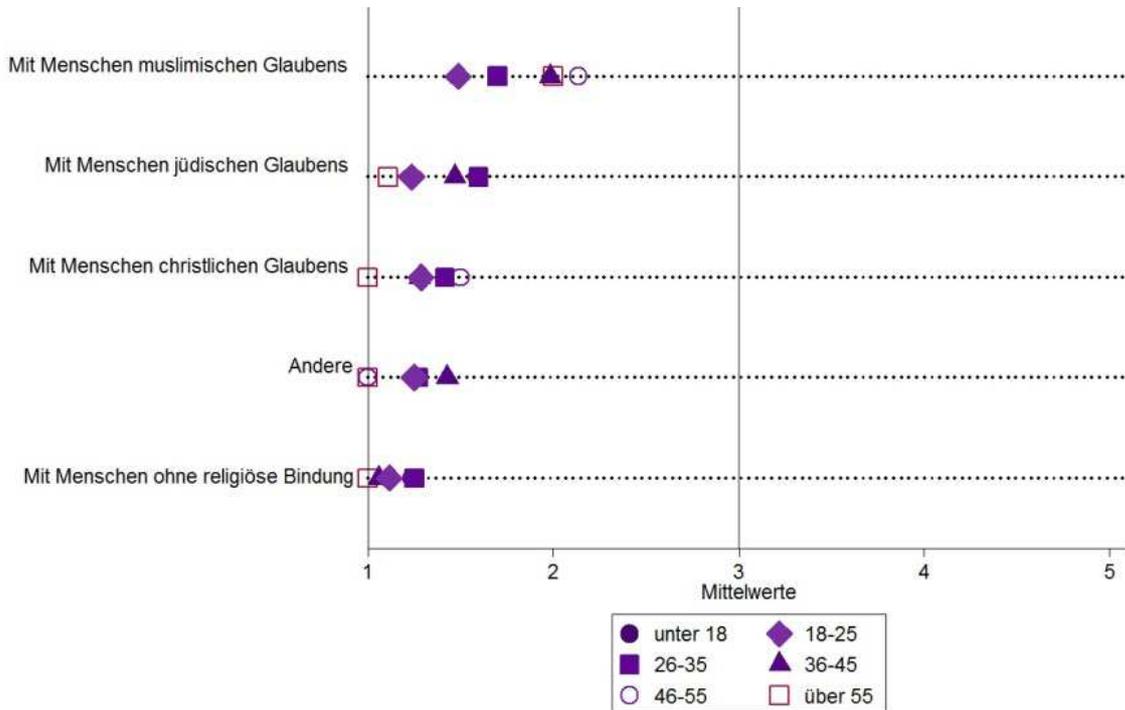


Abbildung 14: Häufigkeitsverteilung der französischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Alter

© Minor

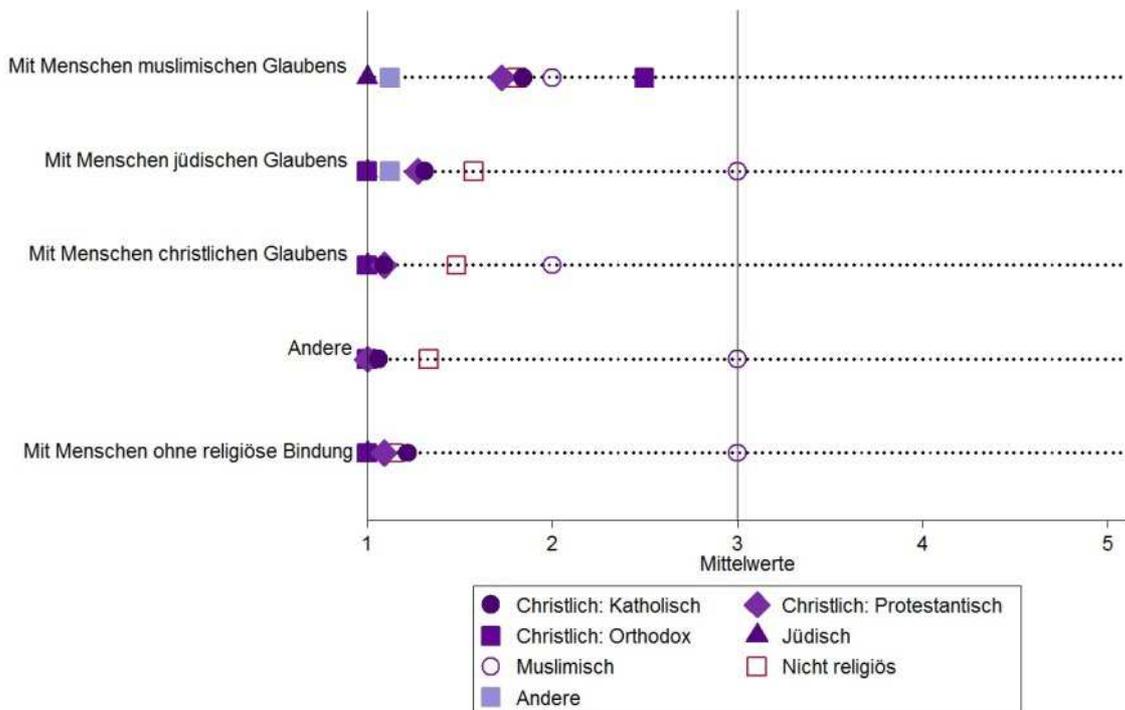


Abbildung 15: Häufigkeitsverteilung der französischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Religion

© Minor

Französinen und Franzosen bewegen sich in einem sehr moderaten Bereich, wenn es um die Beurteilung der Herausforderung im Zusammenleben mit anderen Religionen nach Religionszugehörigkeit geht. Alle Religionszugehörigkeiten empfinden das Zusammenleben mit anderen Glaubensrichtungen als eine geringe Herausforderung, wobei nur für die christlichen und die nicht religiösen Befragten eine statistisch sinnvolle Aussage möglich ist, da die anderen Religionen nur von drei oder weniger Befragten angegeben wurden.

Die Angaben der neuzugewanderten *Pol/-innen* in Berlin unterscheiden sich deutlich nach Altersgruppen. Im Alter zwischen 18 und 25 Jahren liegt der Wert in Bezug auf das Zusammenleben mit Muslim/-innen bei 2,4, was auf eine leichte Herausforderung hindeutet. In dem Alter zwischen 26 und 35 Jahren liegt dieser Wert bei 3,5. Somit ist in diesem Alter das Empfinden einer Herausforderung im Zusammenleben mit Muslim/-innen deutlich gestiegen. Dieser Wert (3,5) stellt auch den höchsten Wert unter allen Befragten dar. Besonders auffällig ist jedoch, dass das Zusammenleben mit Menschen christlichen Glaubens unabhängig vom Alter als größere Herausforderung gesehen wird. Der Wert liegt dauerhaft über 3,0.

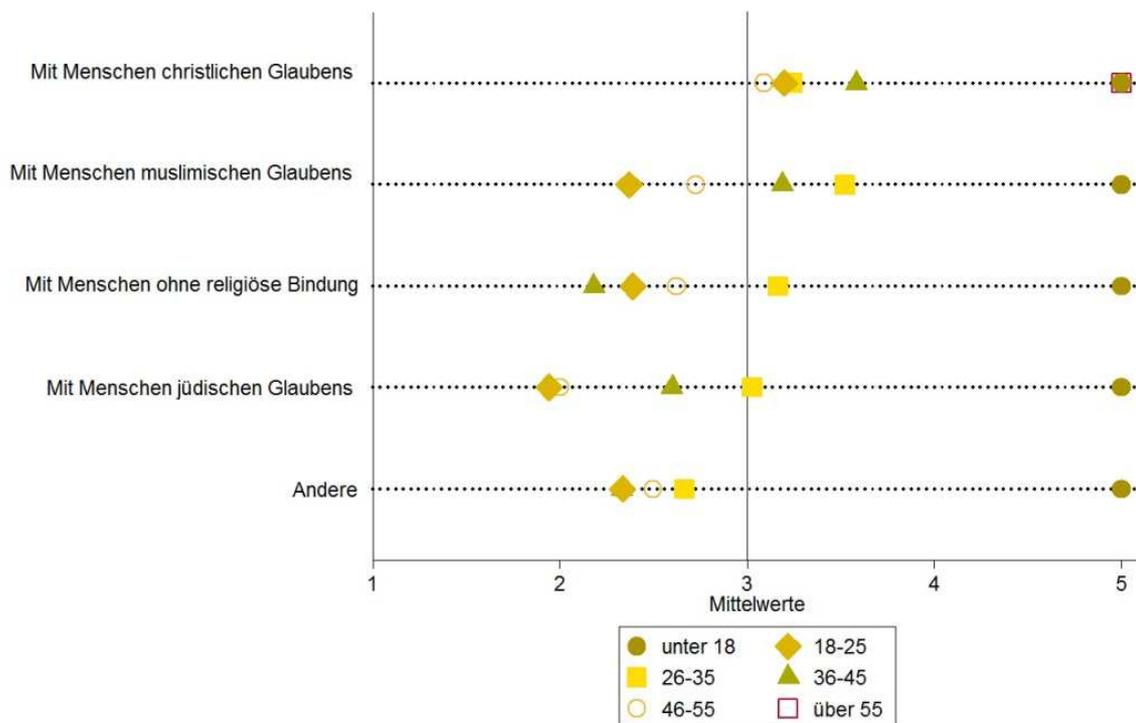


Abbildung 16: Häufigkeitsverteilung der polnischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Alter

© Minor

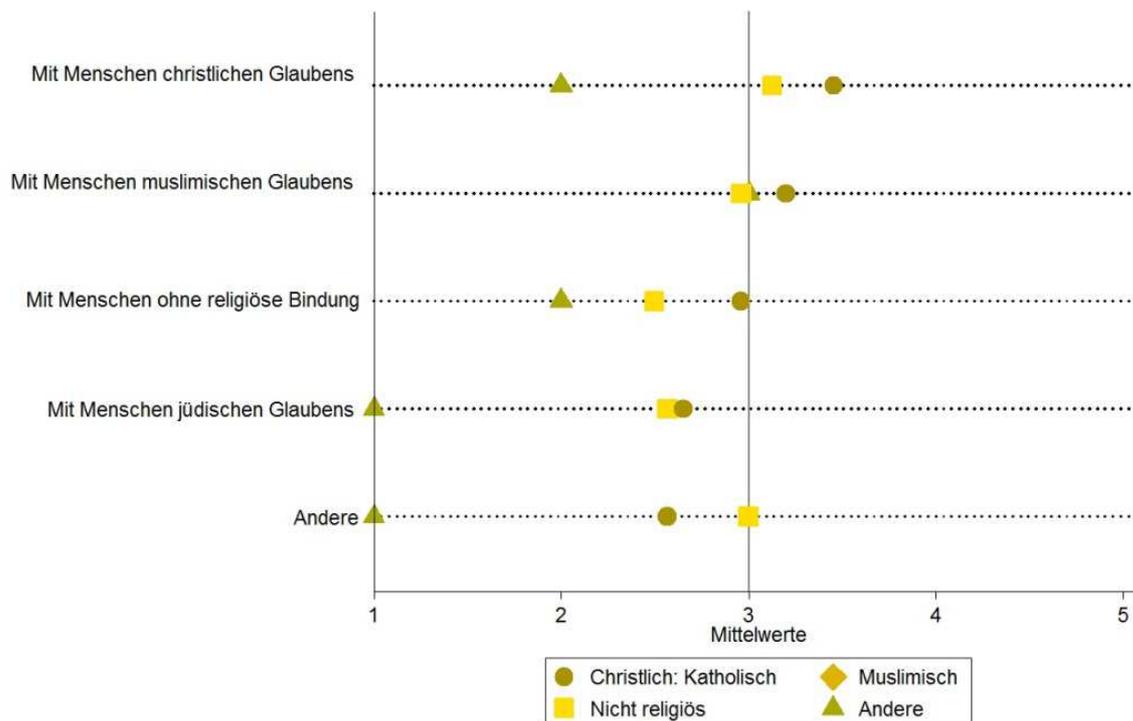


Abbildung 17: Häufigkeitsverteilung der polnischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Religion

© Minor

Es fällt auf, dass die katholischen polnischen Befragten das Zusammenleben mit Menschen christlichen Glaubens als eine große Herausforderung ansehen. Anhand der Standardabweichung von 1,8 ist ersichtlich, dass sich die Antworten in einem großen Spektrum bewegen und sehr unterschiedlich sind.

Menschen muslimischen Glaubens werden von katholischen polnischen Befragten sowie von nicht religiösen polnischen Befragten mit den Werten 3,2 und 3,0 als eine mittlere Herausforderung gesehen. Auch Menschen mit jüdischem Glauben werden mit 2,7 und 2,6 als etwas herausfordernd empfunden. Insgesamt fällt auf, dass die Pol/-innen, die unter allen Befragungsgruppen diejenigen mit den stärksten religiösen Bindungen sind, auch auf andere religiöse Menschen besonders stark reagieren. Für sie ist Religion ein wichtigeres Thema für das Zusammenleben als für andere Teilnehmer/-innen.

Die befragten Rumän/-innen im Alter von 18 bis 25 Jahren gaben mit einem Wert von 1,6 an, dass sie das Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens als keine bis sehr geringe Herausforderung empfinden. Im Alter zwischen 26 und 35 Jahren ist dieses Empfinden ähnlich und steigt dann stetig mit

dem Alter an. Die 46- bis 55-Jährigen empfinden mit einem Wert von 3,1 das Zusammenleben mit Muslim/-innen als größere Herausforderung. Die Angaben zu den anderen Religionen liegen bei den Rumän/-innen bei einem relativ geringen Skalenwert und werden somit nicht als besondere Herausforderung im Zusammenleben wahrgenommen.

Auch gibt es bei den befragten Rumän/-innen keine nennenswerten Auffälligkeiten, wenn man nach Religionszugehörigkeit unterscheidet. Generell sind nur sehr geringe Zustimmungswerte zu beobachten.

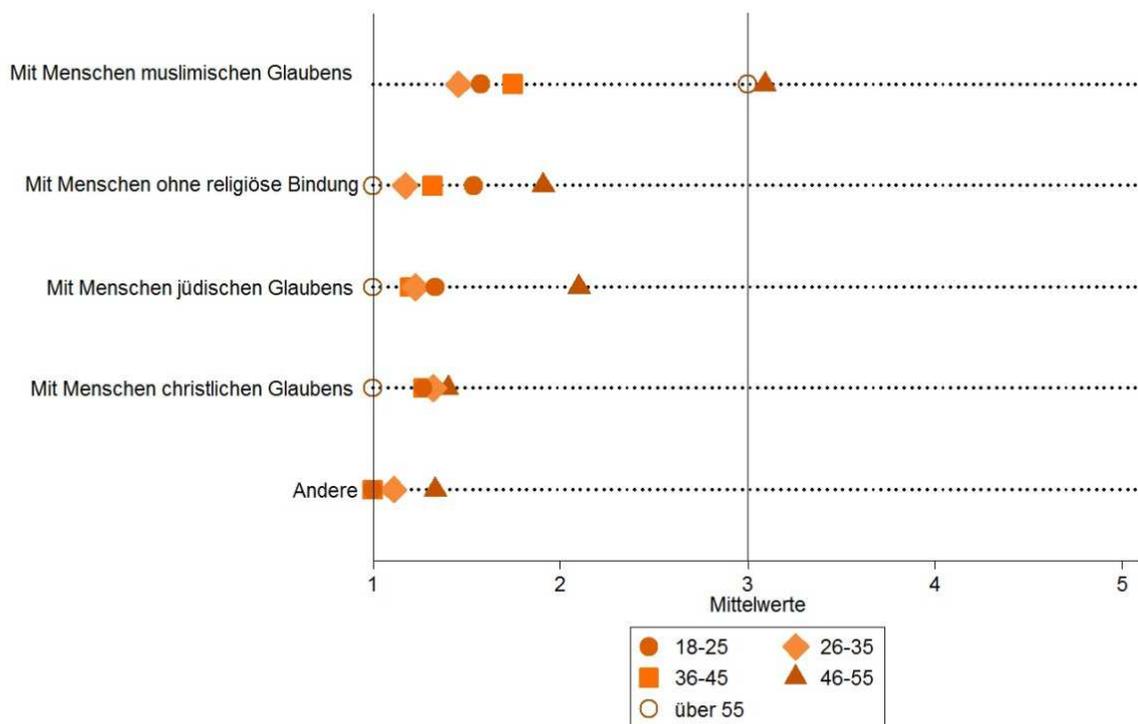


Abbildung 18: Häufigkeitsverteilung der rumänischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Alter

© Minor

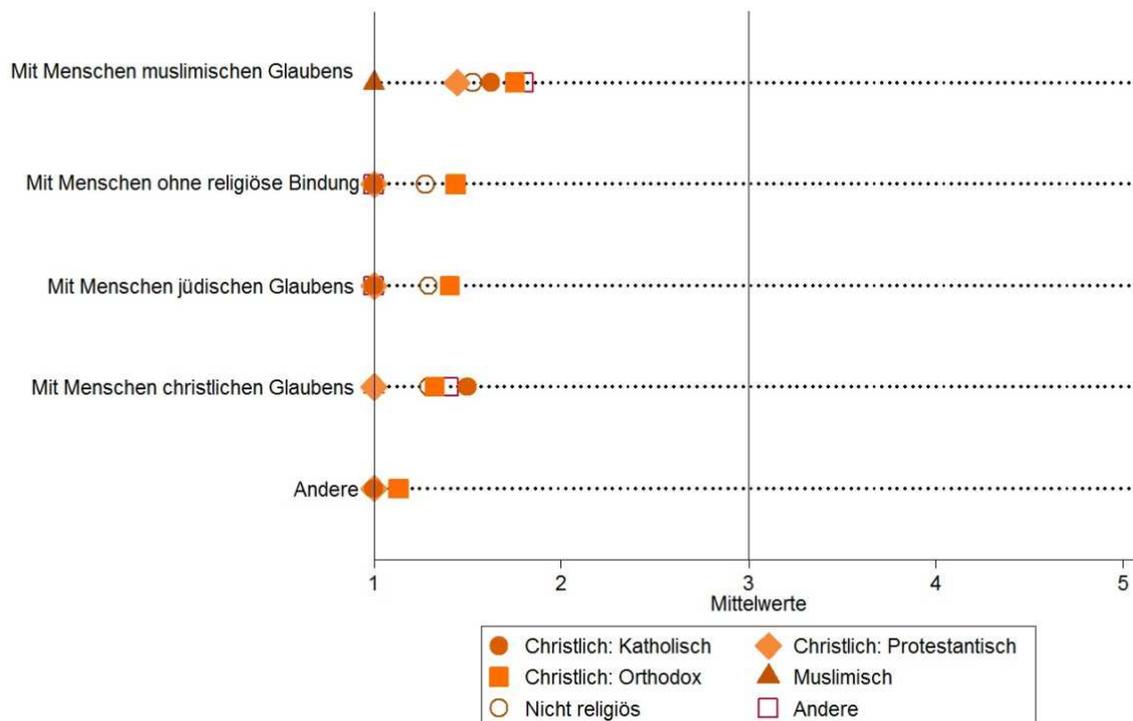


Abbildung 19: Häufigkeitsverteilung der rumänischen Teilnehmenden nach Herausforderungen und Religion

© Minor

5.2.4. Zusammenfassung der Ergebnisse

In der gesamten Auswertung fallen die Werte in Bezug auf das Zusammenleben mit Menschen muslimischen Glaubens auf. Diese Zahlen sind im Verhältnis immer etwas höher, was auf eine generell größere wahrgenommene Herausforderung mit Menschen muslimischen Glaubens hindeutet. Dennoch bewegen sich die Zahlen bei den Bulgar/-innen, den Französischen und Franzosen und den Rumän/-innen in geringen Bereichen. Bei den Pol/-innen scheint das Herausforderungsempfinden mit Blick auf alle Religionen deutlich stärker als bei anderen Nationalitäten ausgeprägt zu sein. Hier liegen die Werte ab 3,0 aufwärts. Somit gibt es hier ein mittleres Herausforderungsempfinden gegenüber Muslim/-innen, aber auch gegenüber der christlichen Religion und anderen Glaubensrichtungen. Zudem fällt auf, dass die Standardabweichung und somit das Spektrum an unterschiedlichen Antworten bei den Pol/-innen deutlich größer ist als bei den anderen befragten Nationalitäten. Dies bedeutet, dass sich die Meinungen innerhalb dieser Befragtengruppe in einer größeren Bandbreite bewegen und somit eine größere Polarität im Antwortverhalten zu erkennen ist.

5.3. Zukünftige Fragestellungen

Die beiden vorgestellten Untersuchungen geben nur erste Hinweise auf Tendenzen, erlauben aber die Formulierung von Fragen, die im weiteren Projektverlauf untersucht werden sollen. Diese sollen in den kommenden Jahren im Rahmen des Projektes untersucht werden:

- 1) Welchen Unterschied gibt es in der Wahrnehmung von Muslim/-innen durch nicht-muslimisch geprägte Jugendliche mit Migrationshintergrund im Zusammenhang mit dem Migrationszeitpunkt (Neueingewanderte und Migrant/-innen die bereits länger in Deutschland leben)?
- 2) Wie wird die Wahrnehmung von muslimischen Bürger/-innen beeinflusst, wenn die Jugendlichen in einer muslimisch geprägten Nachbarschaft wohnen?
- 3) Welchen Unterschied in der Einstellung gegenüber Muslim/-innen macht der Ort des Heranwachsens?
- 4) Welchen Unterschied in der Einstellung gegenüber Muslim/-innen macht der Bildungshintergrund?
- 5) Wie ändert sich die Wahrnehmung der Jugendlichen mit dem Alter?
- 6) Welchen Einfluss hat die eigene religiöse Selbstzuordnung auf die Wahrnehmung von Muslim/-innen?
- 7) Welchen Einfluss hat die eigene politische Selbstzuordnung auf die Wahrnehmung von Muslim/-innen?
- 8) Wie wirken sich unterschiedliche Migrationsmotive auf die Einstellung gegenüber Muslim/-innen aus?
- 9) Welche Unterschiede auf die Sichtweise auf Muslim/-innen hat der soziale Status von Befragten?

Literaturverzeichnis

Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2016: Fachkräftesicherung durch Integration zuwandernder Fachkräfte aus dem EU-Binnenmarkt. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2015: Neue Arbeitsmigration aus Spanien und Italien nach Deutschland. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2014: Arbeitsmigration nach Deutschland. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

6. Beiträge aus dem Forschungs-Colloquium zu Muslimfeindlichkeit unter Eingewanderten

6.1. Islamfeindlichkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund – Erste Überlegungen

THORSTEN GERALD SCHNEIDERS

Islamfeindlichkeit ist nach den Darstellungen der Forscher-Gruppe um Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld eine Vorurteilsstruktur im Rahmen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.¹⁵ Mithin kann sie von jedem Menschen unabhängig von dessen eigener Herkunft, Kultur oder Religion ausgehen. Jeder Mensch nutzt Stereotype und Vorurteile, um die komplexe Welt um sich herum zu vereinfachen und die Informationsflut zu filtern. Es gibt also keinen Grund anzunehmen, Islamfeindlichkeit träte nur innerhalb der Mehrheitsbevölkerung auf.

Islamfeindlichkeit stellt ein relativ junges Forschungsgebiet dar, mit dem sich die moderne Wissenschaft erst seit knapp zehn Jahren etwas intensiver befasst. Trotz dieser kurzen Geschichte fällt auf, dass sich das akademische Interesse bisher fast ausschließlich auf die Mehrheitsbevölkerung konzentriert hat. Islamfeindliche Tendenzen unter Migrant/-innen und deren Nachkommen in Deutschland sind folglich ein Desiderat, das nach Erfüllung verlangt.

Dem vorliegenden Beitrag liegt keine systematische Untersuchung zugrunde. Es werden einzelne Aspekte in diesem Kontext angesprochen und einige Beobachtungen dargelegt. Ziel ist es, einen Überblick über die Thematik zu bekommen und Anstöße für weitere Forschungen zu geben.

¹⁵ Siehe hierzu die unter dem Titel „Deutsche Zustände“ in mehreren Bänden im Suhrkamp-Verlag Frankfurt am Main veröffentlichten Forschungsergebnisse.

Dass das Thema Islamfeindlichkeit und Migration von Relevanz ist, ist augenscheinlich. Das lässt sich zum einen auf der quantitativen Ebene beobachten. Laut dem Statistischen Bundesamt haben bereits 20 % der Bevölkerung Deutschlands einen Migrationshintergrund. Prognosen gehen davon aus, dass der Anteil weiter steigen wird. Zum anderen lässt sich die Relevanz des Themas auf der qualitativen Ebene beobachten. Menschen mit Migrationshintergrund spielen in islamfeindlichen Diskursen eine zentrale Rolle. Wichtige Protagonisten und Stichwortgeber haben einen Migrationshintergrund. Für die Anfangszeiten nach der Zäsur der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA sind unter anderem die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek und die aus Somalia stammende und international tätige Autorin und Aktivistin Ayaan Hirsi Ali zu nennen. Gegenwärtig erfüllt diese Funktionen in Deutschland vor allem Hamed Abdel Samad, der gebürtige Ägypter, der sich in seinem Auftreten nach und nach immer weiter den islamfeindlichen Kreisen angenähert hat. Auch der türkischstämmige Autor Akif Pirinçi sorgte jüngst mit einer Rede bei der anti-islamischen Bewegung „Pegida“ in Dresden für einen Skandal (Spiegel Online 2015).

Über einige diese Protagonist/-innen gibt es zwar durchaus einzelne analytisch-kritische Veröffentlichungen, wie die 2013 von Sanna Plieschnegger vorgelegte Studie „Islamkritik aus den eigenen Reihen. Hamed Abdel-Samad und Necla Kelek im Vergleich“ (Plieschnegger 2013). Auch Birgit Rommelspacher hat sich näher mit Necla Kelek befasst (Rommelspacher 2010: 447-469). Allerdings geht es in diesen Untersuchungen primär um Analysen der inhaltlichen Äußerungen. Die Frage nach der Funktion dieser Protagonisten innerhalb der islamfeindlichen Szene wird allenfalls am Rande thematisiert.

Bei den genannten Personen handelt es sich zudem selbst um Muslim/-innen oder zumindest um Menschen mit muslimischem Familienhintergrund. Wenn man ihre Aktivitäten analysieren will, muss man diese zunächst wie bei allen Personen auf einer individuellen Ebene betrachten, das heißt, man muss nach dem persönlichen Hintergrund und den persönlichen Motiven ihres Handelns fragen. Darüber hinaus sollte man ihre Aktivitäten aber auch in einem strukturellen Gesamtkontext betrachten, für den sie offenkundig eine wichtige Funktion einnehmen. Iman Attia schreibt: „Um sich gegen Schwindel- oder Rassismusvorwürfe zu immunisieren“, würden innerhalb des islamfeindlichen Diskurses zunehmend muslimische und fremdstämmige Aktivist/-innen bemüht (Attia

2009: 64f.). Deren Berichte „aus dem Inneren“ scheinen „gegen jede Kritik erhaben“ zu sein. Schon der Journalist und Orientreisende Peter Scholl-Latour (und auch der Schriftsteller Karl May) habe seine Werke mit Aussagen geschmückt, die er als Zitate von „Muslimen“ ausgab.

Islamfeindlich handelnden Menschen mit muslimischem Glauben oder muslimischer Familiengeschichte wird oftmals eine besondere Autorität beigemessen. Durch ihre persönlichen Erfahrungen sollen sie mehr als andere qualifiziert sein, über „den“ Islam Auskunft geben zu können. Der Schriftsteller Leon de Winter, der selbst Texte mit islamfeindlichen Ausrichtungen verfasst hat, betont zum Beispiel explizit, Ayaan Hirsi Ali sei mit ihrer Lebensgeschichte eine Autorität, die den wahren Charakter der Religion des Islams bestimmen könne (vgl. Schneiders 2012: 417-446). Eine solche Äußerung ist aus soziologischer Perspektive selbstverständlich nicht haltbar. Erfahrungsberichte können einzelne Einblicke vermitteln, aber niemals als Basis für allgemeingültige Aussagen herangezogen werden. Dazu sind empirische Erhebungen nötig. Allerdings richten sich solche Äußerungen wie von Leon de Winter nicht an ein wissenschaftliches Fachpublikum, sondern an die Allgemeinheit, wo sie durchaus verfangen können, weil sie ohne Fachkenntnisse einleuchtend wirken können. Auch der inzwischen verstorbene Schriftsteller Ralph Giordano bediente sich bei seinen islamfeindlichen Stellungnahmen dieses Hilfsmittels, zum Beispiel als er 2008 versicherte, er werde weiter kämpfen, „an der Seite so tapferer Frauen wie Mina Ahadi, Necla Kelek, Seytan Ates, Ayyan Hirsi Ali und aller anderen friedlichen Muslima und Muslime auf der Welt“ (ebd.: 435).

Bei der Verbreitung von Islamfeindlichkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund greifen zunächst die allgemeinen Erklärungsansätze, die die Forschung relativ verbindlich als Ursachen ausgemacht hat. Neben der Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge geht es unter anderem um Fragen von Identität und Abgrenzung, um die Konstruktion von Differenzen „Wir“ und „die Anderen“, und um das eigene Selbstwertgefühl. Bei Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland können noch weitere Faktoren hinzukommen. Hervorheben ließen sich zum Beispiel die Charakteristiken einer Diaspora-Situation. Diaspora-Situationen gehen unter anderem mit einem besonders ausgeprägten Gruppenbewusstsein einher (Cohen 1997). Alle Mitglieder teilen Kultur und Religion ihrer Vorfahren. Ein Teil davon ist in der Regel besonders bestrebt, dieses Andenken zu bewahren und vor äußeren Ein-

flüssen zu schützen. Ein Instrument dafür ist die Distinktion. Ein weiteres Phänomen unter Minderheiten ist ein gewisses Konkurrenzverhalten. Das zeigt sich zum Beispiel an Befragungen von Menschen, die aus der ehemaligen Sowjetunion und aus der Türkei stammen. Die so genannten Spätaussiedler/-innen zeigen ein deutlich größeres Misstrauen gegenüber Personen türkischer Herkunft, verglichen mit anderen Gruppen (Worbs 2013: 134). Und umgekehrt gilt das ebenso. Dieses Misstrauen deutet laut einer Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes „auf Konkurrenz um (knappe) Ressourcen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt und um Anerkennung, hin“ (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2012: 40). Eine weitere Erklärung für das ausgeprägte Konkurrenzverhalten dieser beiden Gruppen dürfte auch darin begründet sein, dass es sich um zwei besonders große Minderheiten mit prägenden Einflüssen auf die Gesamtgesellschaft handelt, wobei die einen, die Deutschtürk/-innen, für sich in Anspruch nehmen, bereits viel länger Teil der Bundesrepublik zu sein, während sich Russlanddeutsche darauf berufen, auch in einem völkischen Sinn Deutsche zu sein.

Dass bei den Argumentationen im Kontext von Konkurrenz und Distinktion häufig die Religion anstelle von Nation und Herkunft betont wird, liegt gewissermaßen im Trend. Aktivist/-innen wollen möglichst breite Zustimmung in der Gesellschaft erlangen. Die bisherigen Wahlergebnisse in Deutschland zeigen, rechtsradikale Parteien bekommen – abgesehen von einigen Regionen im Land – nur geringe Zustimmung, wenn sie sich dezidiert auf die klassischen Kategorien Nation und Volk berufen oder offene Fremdenfeindlichkeit schüren. Das liegt nicht zuletzt am historischen Erbe der Nationalsozialisten. Ressentiments lassen sich nun gut kaschieren, wenn man vorgibt, lediglich „islamkritisch“ zu sein und lediglich die Gewalttaten anprangern zu wollen, die im Namen dieser Religion verübt werden. Die NPD beispielsweise druckt neuerdings auf ihre Wahlplakate: „Maria statt Scharia“, „Minirock statt Minarett“ oder „Sag nein zur Moschee, wähl NPD“. Diese Strategie öffnet den Diskurs ein Stück weit auch für Fremde, die sich islamfeindlich positionieren. Am Ende steht immer die Hoffnung, größere Zustimmung im Volk zu generieren.

Die Internetseite „Politically Incorrect“ etwa, kurz: PI (pi-news.net), ist die wichtigste Onlineplattform der deutschsprachigen islamfeindlichen Szene, und sie ist demonstrativ darum bemüht, den Anschein fremdenfeindlicher Radikalisierung und insbesondere des Rechtsextremismus zu vermeiden. Über Außendar-

stellungen versuchen sie, sich den klassischen Merkmalen dieser Formen des Extremismus zu entziehen. Im Titel der Seite haben sich die Betreiber/-innen die Etikette „Proamerikanisch“, „Proisraelisch“ und „Für Grundgesetz und Menschenrechte“ angeheftet.

Bereits seit einigen Jahren gibt es eine Serie bei PI, die den Titel trägt „Warum ich Deutschland liebe“. Darstellen dürfen sich hier Menschen mit Migrationshintergrund – entweder in eigenen Aufsätzen oder in Interviews. Eingesandte Texte werden von den Betreiber/-innen der Seite nach eigenen Angaben ausgewählt und anschließend veröffentlicht. Auch so soll dem Eindruck herkömmlicher Fremdenfeindlichkeit entgegengewirkt werden.

Um die Ausprägung von Islamfeindlichkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund weiter zu eruieren, lassen einige Indizien den Schluss zu, dass Studien insbesondere mit Bürger/-innen, die aus Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts stammen, erkenntnisfördernd sein könnten. Studien zur Islamfeindlichkeit in diesen Staaten deuten einen höheren Grad an Verbreitung in der Bevölkerung an als etwa in Westeuropa (Zick 2011). Der tschechische Präsident Miloš Zeman äußert freimütig Sätze wie: „Die islamischen Flüchtlinge bringen die Scharia in unser Land. Das heißt, untreue Frauen werden gesteinigt. Dieben wird die Hand abgehackt, und unsere schönen Mädchen müssen die Burka tragen“ (Heinlein 2015). Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte im Staatsrundfunk seines Landes, man müsse zwar respektieren, dass andere EU-Länder früher beschlossen hätten, mit Muslimen zusammenleben zu wollen. Jedoch „haben wir auch das Recht zu entscheiden, ob wir diesem Beispiel folgen wollen“ (Süddeutsche Zeitung 2015). Die frühere polnische Ministerpräsidentin Ewa Kopacz betonte in Abgrenzung zu Muslimen: „Christen, die (in Syrien) auf barbarische Weise verfolgt werden, verdienen es, dass ein christliches Land wie Polen ihnen hilft“ (Winterbauer 2015). Aus deutscher Sicht sind solche Äußerungen von mehrheitsfähigen Spitzenpolitikern zumindest ungewöhnlich, weil man sie so eher nicht kennt. Schon Andeutungen in diese Richtung ziehen hierzulande in der Regel erheblichen Widerspruch nach sich.¹⁶

¹⁶ *Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die kritischen Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Christian Wulff in der Sarrazin-Debatte 2010.*

In Anlehnung an die ersten Erklärungsansätze zur stärkeren Verbreitung von Islam- und Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland kann man auch bei Staaten des ehemaligen Ostblocks überlegen, inwiefern die über Jahrzehnte weitgehend fehlenden Kontakte zu Muslim/-innen sowie die von staatlicher Seite einst verordnete grundsätzlich religionskritische bis religionsfeindliche Einstellung hierbei eine Rolle spielen. Eine Arbeitshypothese im Hinblick auf das Thema dieses Beitrags könnte sein, dass auch eine signifikante Anzahl von Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund in Deutschland direkt oder indirekt von solchen Einstellungen geprägt sei.

Auffällig ist jedenfalls, dass es bereits vereinzelte Verbindungen zwischen Russlanddeutschen und der rechtskonservativen und rechtsradikalen Szene gibt. Die Zeitschrift „Ost-West-Panorama“ und die Internetseite „Volksdeutsche Stimme“, die sich an Russlanddeutsche richten bzw. von Russlanddeutschen herausgegeben werden, lassen zum Beispiel Sympathien für die NPD und die dezidiert islamfeindliche Partei „Pro NRW“ erkennen, zum Teil scheint es auch Kooperationen zu geben. Darauf weisen Ksenia Chepikova und Olaf Leiße in „Xenophobie als politisches Instrument. Russlanddeutsche und die NPD“ hin (Chepikova & Leiße, 2009: 465-472). So seien im „Ost-West-Panorama“ Sätze zu lesen wie: „Man darf nicht die Islamisierung unseres Landes zulassen“ und „Die Idee der multikulturellen Gesellschaften ist utopisch und verbrecherisch“.

In der „Volksdeutschen Stimme“ gibt ein Autor, der es vorzieht, anonym zu bleiben, weitere Einblicke in Denkmuster. Nachdem er in Mainz einen Fragebogen des Vereins „Arab Nil-Rhein e.V.“ zur „interkulturellen Verständigung“ in die Hand bekommen hat, schreibt er auf dem Portal an die „lieben muslimischen Mitmenschen“: „Ich kann nicht im Namen aller Deutschen sprechen: ich spreche nur in meinem eigenen Namen und ich sage Ihnen ganz offen – so wie das heute in Mainz und in vielen anderen deutschen Städten aussieht, das macht mir Sorgen. Diese Städte sehen nicht mehr aus wie eine deutsche Stadt, sie gleichen eher orientalischen Städten. Ich habe Angst. Ich habe Angst vor Überfremdung. Ich habe Angst, dass ich meine Heimat, die ich erst vor kurzem gefunden habe, wieder verliere. Sie wird unterwandert“ (Volksdeutsche Stimme 2011).

Wer über Islamfeindlichkeit unter Russlanddeutschen recherchiert, wird auch rasch auf Alex W. stoßen. Alex W. hat im Sommer 2009 die muslimische Ägyp-

terin Marwa El-Sherbini in einem Gerichtssaal in Dresden erstochen, nachdem er von ihr wegen islamfeindlichen Beleidigungen angezeigt worden war.

Eine andere Gruppe, die beim Thema Islamfeindlichkeit und Migration derzeit eine besondere Bedeutung zu haben scheint, ist die der orientalischen Christ/-innen. In ihren Herkunftsländern – insbesondere im Irak, in Ägypten und seit dem Bürgerkrieg auch in Syrien – sind sie zum Teil starker Verfolgung ausgesetzt. Aufgrund ihrer Religion kommt es zu Übergriffen von islamistischen Terroristen, teilweise auch von den Regierungen der Länder und aus der Bevölkerung heraus. Seit Jahren sehen sich orientalische Christ/-innen daher einem erhöhten Druck ausgesetzt, aus ihren Ländern auszuwandern oder zu fliehen. Vor diesem Hintergrund gelangte ein Teil von ihnen in den vergangenen Jahren auch nach Deutschland. Dass nun unter orientalischen Christ/-innen Vorbehalte gegenüber Muslim/-innen bestehen, ergibt sich folglich bis zu einem gewissen Grad aus ihren Familiengeschichten.

Bisweilen werden diese Vorbehalte jedoch mit Aggression und Vehemenz vorgetragen. Jüngst sorgte der Fall der damaligen Sprecherin des „Christlich-Alevitischen Freundeskreises der CDU“ (CAF) und stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Armenier in Deutschland, Madlen Vartian, für Aufsehen. Auf Facebook schrieb sie: „Ich glaube nicht an die Aufteilung zwischen ‚Moderaten‘ und ‚Extremisten‘, denn im Ergebnis trägt die überwiegende Mehrheit der Sunniten – ob Araber, Türken oder Kurden – den Christen Hass und die Zerstörung von Kultur und Zivilisation in sich. Im wahrsten Sinne des Wortes wächst kein Gras, wo dieses Pack lebt. Die Welt mag sie untertreibend ‚Islamisten‘ nennen, ich nenne es – aus der 1400-jährigen Erfahrungsgeschichte meines Volkes – sunnitischer Islam. Ein anderes Gesicht kennen wir nicht! Die gekauften Hunde in Europa mögen für dieses Pack bellen wie sie wollen!“ Im Nachgang distanzierte sich der CAF, erklärte die Aussage zu einer Privatmeinung und gab bekannt, dass Madlen Vartian künftig nicht mehr als Sprecherin fungieren wird (Stellungnahme CAF-CDU 2015).

Seit längerem im Spektrum der orientalischen Christ/-innen aktiv ist die Seite „Kopten ohne Grenzen“. Wer genau hinter dieser Seite steht, ist mir nicht bekannt. In der Eigenbeschreibung heißt es: „Dieser Blog versucht die Jugendlichen der koptischen Kirche und die Europäer in dem deutschsprachigen Raum über das zu informieren, was die Kopten in Ägypten für ein Problem haben.“

Umgesetzt wird diese Zielbeschreibung vor allem mit pauschalisierenden, abwertenden und alarmistischen Beiträgen über Muslim/-innen und deren Religion. Es ist von „Germanistan“ (Kopten ohne Grenzen 2010) die Rede, es finden sich Überschriften wie „Unverschämtheit der Moslems und Feigheit der Europäer“ (Kopten ohne Grenzen 2011) oder Karikaturen, die den Propheten Mohammed als Teufel zeigen (Kopten ohne Grenzen 2010).

Auch von offizieller Seite der Kopt/-innen in Deutschland werden Vorurteile gegenüber Muslim/-innen und dem Islam verbreitet. Der Generalbischof der Kopt/-innen in Deutschland, Anba Damian, erklärte in einem Interview mit der „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ (30.12.2011) aus Kassel: „Der Islam will die Welt beherrschen. Religion und Politik sind untrennbar. Mit dem Dschihad versuchen Muslime ihre Ziele durchzusetzen.“ In einem Interview, das dem Anschein nach mit der islamfeindlichen „Initiative1683.com“¹⁷ geführt wurde, greift Damian, nachdem er betont: „Ich bin kein Hassprediger“, den verbreiteten anti-muslimischen Topos der höheren Geburtenraten auf (wörtliche Transkription): „Denken Sie an die Wachstumskurve. Die Wachstumskurve allein ist ein Indiz dafür, wenn wir so weitermachen würden, dann sind wir eines Tages eine Minderheit in unserem eigenen Land. Und wir sehen, wie der Islam reagiert, wenn das in der Macht und in der Mehrheit und wie der Islam reagiert, wenn es in die Minderheit ist. Also ich warne. Nehmen Sie die Situation ernsthaft“ (Youtube-Video, Stoppt die Islamisierung, Minute: 23:05). Zudem spricht er in diesem Interview von „legitimen Lügen“, womit er sich ferner das anti-muslimische Topos der taqiyya zu eigen macht. Danach ist es Muslim/-innen angeblich gestattet, Nichtmuslim/-innen anzulügen – eine theologisch so nicht zu haltende Behauptung.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Dieser Beitrag hat einzelne Stichpunkte benannt und einzelne Beobachtungen und Beispiele thematisiert. Ihm liegt keine systematische Auseinandersetzung mit dem Thema zu Grunde. Ziel ist es, Anregungen für wissenschaftliche Untersuchungen zu geben, um zu belastbaren Aussagen über Islamfeindlichkeit unter Menschen mit Migrations-

¹⁷ Die Domain ist inzwischen nicht mehr erreichbar.

hintergrund in Deutschland zu gelangen, die für das weitere Verständnis des Gesamtkontextes nötig sind.

Thorsten Gerald Schneiders ist ein deutscher Islam- und Politikwissenschaftler und Nachrichtenredakteur beim Deutschlandfunk in Köln. Er hat im Themengebiet der Islamwissenschaften promoviert und war unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arabistik und Islamwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätig.

Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2012: Benachteiligungserfahrungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Ost-West-Vergleich. Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin 2012.

Attia, I., 2009: Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld.

Chepikova, K. / Leiß O., 2009: Xenophobie als politisches Instrument. Russlanddeutsche und die NPD. S. 465-472 in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik 4.

Cohen, R., 1997: Global Diasporas. An Introduction. 2. Aufl., New York.

Heinlein, S., 2015: „Angst vor Flüchtlingen“.

http://www.deutschlandfunk.de/angst-vor-fluechtlingen-tschechien-ein-weisser-fleck-auf.1773.de.html?dram:article_id=334786 (23.10.2015).

Kopten ohne Grenzen, 2010: „Hat Mohammed nie Gefangene getötet?“

<https://koptisch.wordpress.com/2010/08/28/hat-mohammed-nie-gefangene-getotet/> (28.10. 2010).

Kopten ohne Grenzen, 2010: „Wird aus Deutschland Germanistan?“

<https://koptisch.wordpress.com/2010/07/29/wird-aus-deutschland-germanistan/> (29.7.2010).

Kopten ohne Grenzen, 2011: „Unverschämtheit der Moslems und Feigheit der Europäer“. <https://koptisch.wordpress.com/2011/06/04/unverschamtheit-der-moslems-und-feigheit-der-europaer-teil-1/> (04.06.2011).

Plieschnegger, S., 2013: Islamkritik aus den eigenen Reihen. Hamed Abdel-Samad und Necla Kelek im Vergleich. Marburg.

Rommelspacher, B., 2010: „Islamkritik und antimuslimische Positionen – am Beispiel von Necla Kelek und Seyran Ateş“. S. 447-469 in T. Schneiders (Hrsg.),: Islamfeindlichkeit, wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden.

Schneiders T., 2012: „Die Schattenseite der Islamkritik“. S. 417-446 in: Ders. (Hrsg.), Islamfeindlichkeit, wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2. Aufl., Wiesbaden.

Spiegel Online, 2015: Eklat bei Pegida-Demo: „Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb“. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/akif-pirincci-rede-bei-pegida-in-dresden-abgebrochen-a-1058589.html> (20.10.2015).

Stellungnahme CAF-CDU“, 2015.
<http://www.cafcdu.de/index.php?ka=1&ska=4&idn=44>: (24.11.2015).

Süddeutsche Zeitung, 2015: „Politik Ungarn-Orban“ (24.11.2015).

Volksdeutsche Stimme, 2011: „Analyse Arab“.
http://www.volksdeutsche-stimme.de/analyse/arab_jun2011de.html
(24.11.2015).

Winterbauer, J., 2015: „Polen will nur christliche Flüchtlinge aufnehmen“.
<http://www.welt.de/politik/ausland/article143093749/Polen-will-nur-christliche-Fluechtlinge-aufnehmen.html> (25.06.2015).

Worbs, S., 2013: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse.

YouTube-Video, „Stoppt die Islamisierung“, 2015.
<https://www.youtube.com/watch?v=ySDUna8http>: ab Minute 23:05.
(24.11.2015).

Zick, A., 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin.

6.2. *Muslimfeindlichkeit in Deutschland*

DIETMAR MOLTHAGEN

Muslimfeindlichkeit, Islamophobie, Islamfeindlichkeit, antimuslimischer Rassismus – in der öffentlichen wie auch in der wissenschaftlichen Debatte herrscht zur Beschreibung des Phänomens keine begriffliche Klarheit. Ein optimaler Begriff ist bislang nicht gefunden. Denn es geht sowohl um die Ablehnung konkreter Menschen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als Muslim, als auch um die gruppenbezogene Feindlichkeit gegenüber der realen oder zugeschriebenen Kollektiveigenschaft „Islam“. Dieser Artikel folgt der Begriffswahl der Herausgeber und verwendet im Folgenden den Begriff „Muslimfeindlichkeit“, meint damit aber beide skizzierten Dimensionen der Feindlichkeit. Er basiert auf einem im November 2015 erschienenen Artikel in einem Buch der Friedrich-Ebert-Stiftung (Körting et al. 2015).

Ideologische Elemente von Muslimfeindlichkeit

Was nun ist gemeint, wenn von Muslimfeindlichkeit die Rede ist? Als ideologische Bestandteile eines solchen Einstellungsmusters lassen sich identifizieren (vgl. Farschid 2012):

- Die Annahme einer unüberbrückbaren kulturellen Verschiedenheit von Muslim/-innen und Nichtmuslim/-innen (wahlweise „Christen“, „Europäer“, „Deutsche“).
- Die These einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von Islam und Demokratie, weshalb Muslim/-innen in westlichen Gesellschaften niemals integrierbar seien.
- Gewalt gehöre konstitutiv zum Islam.
- Der Vorwurf, Muslim/-innen betrieben eine heimliche Islamisierungsstrategie und streben letzten Endes nach der Weltherrschaft und arbeiteten dabei mit bewusster Täuschung („Taqiyya“).
- Die Sorge vor der angeblich bevorstehenden Einführung islamischer Traditionen und Normen in europäische Gesellschaften (v. a. Kopftuchzwang).

- Gleichsetzung von Islam und Totalität, die aus dem Islam eine Ideologie macht und ihm den Status einer Religion abspricht.

Muslimfeindliche Einstellungen in der deutschen Bevölkerung

Studien belegen das Vorhandensein von muslimfeindlichen Einstellungen auf vielfältige Weise. So wiesen in der jüngsten „Mitte“-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 17,5 % der Befragten islamfeindliche Vorurteile auf (Zick & Klein 2014: 73). Eine Untersuchung der Universität Münster hat ergeben, dass Muslim/-innen in der deutschen Bevölkerung signifikant unbeliebter sind als Angehörige anderer religiöser Minderheiten. Auf die Frage, wie ihre Haltung gegenüber Muslim/-innen sei, antworteten 57,7 % der Westdeutschen und 62,2 % der ostdeutschen Befragten „eher negativ“ oder „sehr negativ“. Negative Einstellungen gegenüber Hindus, Buddhisten oder Juden lagen demgegenüber 30 bis 40 Prozentpunkte niedriger (vgl. Pollack 2010).

Die bisherigen Einstellungsuntersuchungen differenzieren bislang kaum in Bezug auf den Migrationshintergrund der Befragten. Insofern sind nahezu keine Aussagen über muslimfeindliche Einstellungen unter anderen Einwanderer-Communities möglich. Eine Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2010 zitiert eine Untersuchung, nach der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion zu 24 % der Meinung sind, die islamische Religion stelle eine Bedrohung für die deutsche Kultur dar, während es in der Gesamtbevölkerung 18 % seien (Peucker 2010: 43).

Muslimfeindliche Straftaten

Da es eine gesonderte Erfassung islamfeindlicher Straftaten bislang nicht gibt, lassen sich zum Ausmaß der Kriminalität nur begrenzte Aussagen machen. Lediglich zu Angriffen auf Moscheen liegen Zahlen der Landeskriminalämter vor: Im Jahr 2014 gab es 45 Angriffe, darunter auch mehrmals schwere Brandstiftung, bei denen es nur durch Zufall keine Verletzten gab. Statistisch zeigte sich ein leichter Anstieg zum Vorjahr, jedoch keine signifikante Veränderung.

Zuletzt wurde das Zusammenspiel von Fremden- und Islamfeindlichkeit angesichts der starken Einwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden deutlich. Die so genannte „Pegida“-Bewegung geht ja schon in ihrer Namensgebung in Gegnerschaft zum Islam („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“). Die nach ihrer Spaltung rechtspopulistischer denn je auftretende

Partei AfD vertritt ebenfalls islamfeindliche Positionen. Schließlich formierten sich an vielen Orten Bürgerinitiativen gegen geplante Flüchtlingsunterkünfte – nicht selten unter Beteiligung der örtlichen rechtsextremen Szene. Dass bei den im Jahr 2015 nahezu täglich verübten Brandanschlägen gegen Flüchtlingsunterkünfte bislang keine Menschen ermordet worden sind, ist nach Polizeiangaben allein dem Zufall zu verdanken.

Reale Benachteiligungserfahrungen

Befragungen von Muslim/-innen zeigen die Realität von Islamfeindlichkeit. Auch wenn es bislang keine alle Aspekte umfassende Studie zu diesem Thema gibt, lassen sich Ergebnisse aus anderen Untersuchungen ableiten. So gaben in einer Befragung türkeistämmiger Bürger/-innen in NRW auch 2013 noch rund zwei Drittel an, bereits Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder bei Behörden erlebt zu haben (ZfTI 2013). Allerdings sind nicht alle Diskriminierungen gegenüber Muslim/-innen religiös motiviert, sondern speisen sich oft aus einer generellen Fremdenfeindlichkeit. Speziell in Bezug auf Muslim/-innen führt jedoch die oftmals aufgeheizte Diskussionsatmosphäre in öffentlichen Debatten dazu, dass die gefühlte Diskriminierung höher ausfällt als die reale Diskriminierungserfahrung. Dennoch ist anzuerkennen, dass sich viele Muslim/-innen in Deutschland diskriminiert und nach eigener Aussage oftmals als „Bürger zweiter Klasse“ fühlen.

Eine besondere Rolle spielt fraglos das Kopftuch. Zum einen belegt die intensive öffentliche Debatte zu jedem Schritt der Rechtsprechung in Bezug auf Kopftuchverbote für Lehrer/-innen bzw. Verwaltungsmitarbeiter/-innen die Umstrittenheit des Kopftuchs. Zugleich werden Frauen mit Kopftuch auch in anderen Branchen benachteiligt, wie beispielsweise eine Untersuchung im IHK-Bezirk Baden gezeigt hat (vgl. Scherr 2014). Außerdem sind Kopftuchtragende Frauen im Alltag deutlich häufiger verbaler Diskriminierung ausgesetzt als andere Bevölkerungsgruppen.

Öffentliches Islambild

Positiv ist festzustellen, dass sich das mediale Islambild in den vergangenen Jahren deutlich differenziert hat. Zudem ist die Sensibilität unter Journalist/-innen für islamfeindliche Positionen gestiegen. Dennoch finden sich auch in jüngerer Vergangenheit zahlreiche Beispiele für islamfeindliche Schlagzeilen

(z. B. „Wie gefährlich ist der Islam?“ als *STERN*-Titel) und Bildsprache (z. B. die Dominanz des Kopftuchs als Illustration des muslimischen Glaubens).

Die starke öffentliche Auseinandersetzung mit islambezogenen Fragen sowie auch die Einrichtung von Gremien wie der Deutschen Islam Konferenz (DIK) kann die Gefahr einer Positiv-Stigmatisierung bergen (vgl. Teczan 2012). Zudem schafft jeder „Dialog mit dem Islam“ das Gegenüber eines Anderen und schreibt eine Dualität zwischen „wir“ und „den Muslimen“ fort. Nötig wäre stattdessen eine positive Würdigung von Vielfalt sowohl bei der individuellen Identitätsbildung als auch bezogen auf die Heterogenität muslimischen Lebens in Deutschland.

Das öffentliche Islambild entsteht stets in einem doppelten Prozess aus Fremd- und Selbstzuschreibung. Dabei prägt auch die Wahrnehmung des globalen islamistischen Extremismus als Einflussfaktor das Islambild in Deutschland. Die reale Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus auch in Deutschland führt zu einer starken Dominanz des Sicherheitsdiskurses in islambezogenen Fragen und befördert Ängste in der Bevölkerung, die zu Muslimfeindlichkeit führen kann. Muslim/-innen wiederum fühlen sich unter einen Generalverdacht gestellt und als pauschales Sicherheitsrisiko diffamiert.

Muslimfeindlichkeit in nicht-muslimisch geprägten Migranten-Communities

Die Frage nach Muslimfeindlichkeit in anderen Migranten-Communities ist innovativ. Da sie bislang kaum gestellt wurde, liegen bislang nur wenige Erkenntnisse vor. Besondere Aufmerksamkeit bekam diese Frage kurzzeitig, als am 1. Juli 2009 Marwa El-Sherbini in einem Dresdner Gerichtssaal von einem Russlanddeutschen erstochen wurde. Jedoch kann aus einer einzelnen Tat kein Zusammenhang geschlossen werden, zumal der Täter Kontakte zur rechtsextremen Szene hatte. Bei der bislang ohnehin nicht systematischen Erfassung muslimfeindlicher Straftaten und Diskriminierungsdelikte gibt es keine Übersicht über Täter/-innen mit einem nicht-muslimischen Migrationshintergrund. Das Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen verzeichnet im Berichtszeitraum 2013 zwar 71 Diskriminierungsfälle, macht jedoch keine Aussage zu den diskriminierenden Personen.

Eine Studie unter Aussiedlerjugendlichen ergab, dass diese antisemitische Einstellungen aufweisen und auch zur Abwertung einheimischer Deutscher nei-

gen. Muslimfeindlichkeit wurde in dieser Untersuchung allerdings nicht abgefragt (Greuel 2009). Die meisten Studien zu menschenfeindlichen Einstellungen unter Bürger/-innen mit Migrationshintergrund wurden hingegen bislang zur Frage des Antisemitismus unter Muslim/-innen unternommen. Dies verweist auf eine Gefahr, die der Beschäftigung mit Muslimfeindlichkeit in nicht-muslimisch geprägten Migrantengemeinschaften innewohnt: Den Fokus auf diese in der Tat spannende Frage zu legen, darf nicht dazu führen, dass die Verantwortung für einen Missstand wegdelegiert wird. Muslimfeindlichkeit ist in erster Linie ein Problem in der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Handlungsempfehlungen gegen Muslimfeindlichkeit

Das Vorhandensein von Muslimfeindlichkeit und die skizzierten Benachteiligungen für muslimische Bürger/-innen bedrohen den gesellschaftlichen Frieden. Entsprechend ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, gegen Muslimfeindlichkeit aktiv zu sein. Handlungsempfehlungen dafür sind:

- Anerkennung und Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften

Die rechtliche Gleichstellung muslimischer Gemeinschaften zu anderen Religionsgemeinschaften muss in allen Bundesländern verwirklicht werden. Dies bedeutet Aufgaben sowohl für muslimische Organisationen als auch für Gesetzgeber und Verwaltung.

- Gegensatzdenken überwinden und Vielfalt vertreten

Es gibt nicht „den Islam“ in Deutschland und kein Gegenüber von „den Muslimen“ und „den Deutschen“. Deutschland ist heute vielfältig und der Islam ein Teil der heterogenen Normalität in einer Einwanderungsgesellschaft.

- Sensibilisierung von Behördenmitarbeiter/-innen – Abbau von Missverständnissen

Die von vielen Muslim/-innen berichteten negativen Erfahrungen mit Behördenmitarbeiter/-innen bedeuten, dass es einer verstärkten Sensibilisierung des Personals für interkulturelle Begegnungen bedarf. Zugleich müssen Wege gefunden werden, wie Muslim/-innen – speziell bei Vorhandensein von Sprachbarrieren – ihre Rechte und Pflichten vermittelt werden können.

- Sensibilisierung von Lehrer/-innen und Schulverwaltungen

Zahlreiche Klagen über Missverständnisse und Diskriminierungen im Schulalltag verweisen auf hohen Sensibilisierungs- und Weiterbildungsbedarf. In der Schule zeigen sich oftmals sowohl islamfeindliche Ressentiments als auch gut gemeinte Ausgrenzungspraktiken („Ahmed erzählt uns jetzt mal etwas über den Islam“).

- Wissen über Islam und Muslim/-innen verbreitern

Zwar gibt es schon jetzt viele veröffentlichte Expertisen und Studien zu islambezogenen Themenfeldern, dieses Wissen ist aber nicht in der Bevölkerung verankert. Da viele Konflikte nicht zuletzt durch Unwissen oder Unsicherheit im Umgang miteinander entstehen, muss das entsprechende Wissen verbreitert werden. Muslimische Initiativen hierzu, wie etwa der jährliche „Tag der offenen Moschee“ am 3. Oktober sind dafür ein gutes Angebot. Allerdings dürfen Moscheevereine mit dieser Aufgabe nicht alleingelassen werden.

- Differenziertes öffentliches Islam-Bild

Um Verzerrungen im öffentlichen Islambild zu verhindern, sollten einerseits entsprechende Weiterbildungsangebote für Journalist/-innen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Vereine wie die „Neuen deutschen Medienmacher“ sind in diesem Feld bereits erfolgreich unterwegs. Zudem wäre es wünschenswert, dass mehr muslimische Stimmen in den Medien selbst präsent wären. Dies betrifft sowohl die Vertretung in Rundfunkräten als auch in Redaktionen. Grundsätzlich sollte die Regel gelten: „reden mit“, statt „reden über“.

- Prävention gegenüber Islamfeindlichkeit

Um die islamfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung zu bearbeiten, ist eine Ausweitung von Präventionsmaßnahmen nötig. Die langjährigen Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus können dabei als Vorbild dienen. Vor allem bedarf es mehr Begegnungen zwischen Muslim/-innen und Nicht-Muslim/-innen, da direkter Kontakt zum Abbau von Ressentiments beiträgt.

Dietmar Molthagen ist Historiker. Derzeit ist er für den Programmbereich Integration und Teilhabe, Interkultureller Dialog, Religion und Politik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin zuständig. In den Jahren 2009 bis 2012 war er Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen und hat auch an der Universität Erfurt gelehrt.

Literaturverzeichnis

- Farschid, O., 2015: Zur Unterscheidung von Islam und Islamismus. S. 143-148 in Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Berlin.
- Greuel, F., 2012: Ethnozentrismus bei Aussiedlerjugendlichen. S. 54-64 in Ders. / Michaela Glaser (Hrsg.), Ethnozentrismus und Antisemitismus bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Halle.
- Körting, E./ Molthagen, D. / Öney, B., 2015: Islamfeindlichkeit in Deutschland. S. 27-37 in Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Berlin.
- Peucker, M., 2010: Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Bamberg.
- Pollack, D., 2010: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt. Münster.
- Scherr, A., 2014: Betriebliche Diskriminierung. Warum und wie werden migran-tische Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungs- und Arbeitsplätze benachteiligt? Bonn.
- Teczan, L., 2012: Das muslimische Subjekt: Verfangen im Dialog der Deutschen Islam Konferenz. Konstanz.
- Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), 2014: Wirtschaftliche Lage und Zufriedenheit türkeistämmiger Zuwanderer. Aktuell 5. Essen.
- Zick, A. / Klein, A., 2014: Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.

Dietmar Molthagen

Zick, A. / Küpper, B. / Hövermann, A., 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.

6.3. Islamfeindlichkeit als Integrationsangebot an Migranten

DANIEL BAX

Islamfeindlichkeit ist ein Integrationsangebot. Es ist ein Rassismus oder ein Ressentiment, das den Bedürfnissen und Anforderungen einer modernen Einwanderungsgesellschaft entspricht. Das unterscheidet ihn vom klassischen Rassismus.

Es ist schon vielfach bemerkt worden, dass sich die Islamfeindlichkeit in Deutschland aus ganz unterschiedlichen Strömungen speist und ganz unterschiedliche Milieus verbindet. Da gibt es Konservative alter Schule und fundamentalistische Christ/-innen, denen schon die Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte zu weit gingen – beispielsweise die zunehmende Akzeptanz verschiedener Lebensformen, die zunehmende Gleichberechtigung von Frauen, Homosexuellen und anderen Minderheiten. Dass auch die Muslim/-innen in Deutschland zunehmend selbstbewusst gleiche Rechte einfordern, geht ihnen entschieden zu weit: Manche befürchten deshalb, die christliche Prägung des vermeintlichen „Abendlandes“ drohe, verloren zu gehen.

Aber auch viele Linke, Liberale und Angehörige von Minderheiten plagen Verlustängste. Manche von ihnen fürchten gerade um die Errungenschaften, die mit der Chiffre „1968“ verbunden sind, also um die zunehmende Gleichberechtigung von Frauen, Homosexuellen und anderen Minderheiten, die sie durch vermeintlich besonders konservative oder gar fundamentalistische Muslime bedroht sehen. Das gemeinsame Feindbild „Islam“ vermag, ganz unterschiedliche Gruppen wie konservative Christ/-innen und Feminist/-innen zu verbinden, und kann damit als sozialer Kitt in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft herangezogen werden, weil es eine vermeintliche Homogenität der eigenen Kultur und eine Übereinkunft über gemeinsam geteilte Werte suggeriert, die es beide, bei Lichte betrachtet, so gar nicht gibt.

Das gilt auch für das Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und Eingewanderten. Muslimfeindlichkeit unter Einwander/-innen in Deutschland ist deshalb mehr als nur ein aus den Herkunftsländern importiertes Ressentiment, auch wenn sie sich damit gelegentlich vermischt. Wir wissen, dass es zum Beispiel in

osteuropäischen Ländern wie Russland, Polen, Ungarn oder Serbien weit verbreitete Vorurteile gegen Muslim/-innen und einen starken antimuslimischen Rassismus gibt, das zeigen nicht nur die Rhetorik und die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien dort. Das gilt aber auch für andere Länder und Weltregionen, etwa für Indien mit seinem starken Hindu-Nationalismus, der sich auch und insbesondere gegen Muslim/-innen richtet: Das Narrativ der Islamfeindlichkeit ist ein globales Phänomen. Daran können Einwanderer/-innen und deren Nachkommen in Deutschland andocken und zum Beispiel einen ausgeprägten Herkunftsland-Nationalismus mit antimuslimischen Vorbehalten verbinden. Aber Islamfeindlichkeit kann sich auch mit einem ausgeprägten Willen zur Integration, Partizipation, ja sogar Assimilation an die deutsche Aufnahme- und Mehrheitsgesellschaft verbinden.

Natürlich gibt es auch in Westeuropa antimuslimischen Rassismus. Aber er spielt für Einwanderende aus Westeuropa nicht die gleiche Rolle wie für andere Einwanderer/-innen. Er ist kein Integrationsangebot, denn damit ist kein Aufstiegsversprechen verbunden. Westeuropäer wie Französinnen und Franzosen, Brit/-innen, Spanier/-innen und selbst Italiener/-innen werden von den allermeisten Deutschen heute als ebenbürtig angesehen. Sie müssen sich nicht „beweisen“, um als gleichberechtigt anerkannt zu werden, wenn sie in Deutschland leben; sie gelten meist schon per se als „integriert“.

Für Einwanderer/-innen aus anderen Weltregionen kann Islamfeindlichkeit aber ein Mittel sein, um sich über andere, muslimische Einwanderer/-innen zu erheben. Durch Abgrenzung vom Islam – oder dem, was es darüber an Klischeebildern gibt, – können sie sich auf Augenhöhe zur Mehrheitsgesellschaft aufschwingen oder gar ein Teil von ihr werden. Indem der Islam als mittelalterlich, rückständig, frauenverachtend, homophob und antisemitisch markiert wird, kann man sich selbst, indem man sich entschieden davon distanziert, als modern, weltoffen und „integriert“ darstellen. Je dunkler man die Kontrastfolie malt, desto heller kann man sich davon abheben. Das kann attraktiv sein - nicht nur für nicht-muslimische Migrant/-innen, sondern mindestens ebenso sehr für muslimische Migrant/-innen selbst. Denn wer sich selbst als „liberale/-r“ oder „säkulare/-r“ Muslim/-in beschreibt und entschieden von sichtbarer Religiosität distanziert, kann gesellschaftliche Gratifikation erwarten. Die Karrieren muslimisch geprägter „Islamkritiker/-innen“, die sich schroff von ihrer Herkunftsreligion und Kultur abgewendet haben, sprechen da Bände. Wer wären Publi-

zist/-innen wie Necla Kelek, Ayaan Hirsi Ali oder Hamed Abdel Samad, wenn sie sich nicht mit rabiaterem Islam-Bashing einen Namen gemacht hätten?

Rechtspopulist/-innen haben das erkannt. Denn der Rechtspopulismus von heute verteidigt nicht mehr eine ethnisch definierte Volksgemeinschaft, sondern eine kulturell definierte. Er zeigt sich offen für alle, er ist inklusiv und divers, ja, er schmückt sich geradezu mit seiner Vielfalt, um sich vom Rechtspopulismus und -extremismus alter Schule abzuheben. Er wendet sich nicht mehr gegen andere Hautfarben, eine fremde Herkunft oder sexuelle Orientierung, sondern nur noch gegen eine bestimmte Religion, den Islam. Jeder kann im Prinzip mitmachen und sich einbringen – außer, man ist ein bekennender Muslim, man trägt ein Kopftuch und geht ab und zu in die Moschee. Er ist damit ein Spiegelbild einer Einwanderungsgesellschaft und hat sich erfolgreich an deren Erfordernisse angepasst.

Damit ist dieser Rechtspopulismus nicht nur anschlussfähig für viele gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, Juden und Homosexuelle, die sich vom klassischen Rechtsextremismus und dessen Antisemitismus, seiner Homophobie und seinem reaktionären Frauenbild schwerer angesprochen fühlen können. Er zeigt sich sogar offen für Einwandernde – insbesondere für solche aus christlich geprägten Ländern, für christliche Minderheiten aus muslimischen Ländern, aber auch für alle anderen. Es ist in Österreich bekannt, dass viele serbische Einwanderer/-innen FPÖ wählen, weil sie deren Abneigung gegen Muslim/-innen teilen. Die Lega Nord stellte 2009 im kleinen Ort Viggiù in der Provinz Varese mit der gebürtigen US-Amerikanerin Sandy Cane sogar die erste schwarze Bürgermeisterin Italiens – was prominente Politiker der Partei nicht davon abhielt, die linke Politikerin Cécile Kyenge vulgärrassistisch zu beleidigen, als diese 2013 zur ersten schwarzen Ministerin Italiens berufen wurde. In den Niederlanden finden sich unter den Wähler/-innen der „Partei für die Freiheit“ von Geert Wilders auch indische Einwanderer/-innen aus Surinam – vor allem solche, die dem Hindu-Nationalismus frönen oder besonders aufstiegsorientiert sind, hat eine Studie ergeben (Ramesar 2012). In Belgien buhlt der „Vlaams Belang“ schon lange um die jüdische Minderheit, die in einer Stadt wie Antwerpen eine wichtige Wählergruppe bildet. Und auch der „Front National“ bemüht sich mit wachsendem Erfolg um jüdische Wähler/-innen und aufstiegsorientierte Einwanderer/-innen.

Auch in den antimuslimischen Bewegungen auf der Straße spiegelt sich die Vielfalt moderner Einwanderungsgesellschaften wider. Die „English Defence League“ leistete sich eine eigene Sikh-Abteilung, deren Sprecher Guramit Singh Kalirai mit besonders giftigen Parolen gegen Muslim/-innen auffiel, bevor er 2013 wegen versuchten Raubes ins Gefängnis wanderte. Und zum zwölfköpfigen Organisationsteam von „Pegida“ gehörte ursprünglich auch der 1987 aus Mosambik eingewanderte Hamilton George: Bei den Kundgebungen in Dresden stand er meist in der ersten Reihe und trug die Transparente der „Patriotischen Europäer“.

Bis zu einem gewissen Grad lassen sich die Ressentiments gegen Muslim/-innen von heute mit dem Antisemitismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert vergleichen – also mit jener Judenfeindlichkeit, die noch vorwiegend religiös und kulturell begründet wurde, bevor die Nationalsozialisten mit ihrem biologistisch begründeten Antisemitismus die Oberhand gewinnen sollten. Mit ihrem Antisemitismus reagierten Teile der europäischen Bevölkerung auf einen sozialen und wirtschaftlichen Wandel, den sie bedrohlich fanden. Auch damals war der Antisemitismus ein Mittel zur Integration bestimmter Einwanderer/-innen. So spielte etwa in Österreich Wiens legendärer antisemitischer, populärer und populistischer Bürgermeister Karl Lueger verschiedene Einwanderungsgruppen gegeneinander aus, indem er Attacken auf die Juden ritt, die proletarischen und katholischen Böhmen aber ausdrücklich in Schutz nahm. Nicht anders macht es heute sein Nachfolger im Geiste, FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, wenn er „die Serben“ in seinem Land umgarnt, aber die muslimischen Einwanderer/-innen ausgrenzt.

Offener Antisemitismus ist, nach den Verbrechen der Nazizeit, in Deutschland und Europa heute tabu. Wer sich offen jüdenfeindlich äußert, riskiert, gesellschaftlich ausgegrenzt und an den Rand gedrängt zu werden. Das ist der Unterschied zur Islamfeindlichkeit – und das ist das Problem. So lange Islamfeindlichkeit in Europa nicht ebenso klar geächtet und scharf verurteilt wird wie der Antisemitismus, sondern, im Gegenteil, in vielen Milieus und der so genannten Mitte der Gesellschaft geradezu zum guten Ton gehört, so lange wird sie auch unter Einwanderer/-innen nicht zu bekämpfen sein. Erst wenn eine deutliche Mehrheit in unserer Gesellschaft zu einem neuen Konsens findet und Muslimfeindlichkeit – wie jeder anderen Form der Menschenfeindlichkeit auch – eine klare Absage erteilt, wird sie auch unter Einwanderer/-innen abnehmen.

Daniel Bax hat in Berlin Publizistik und Islamwissenschaften studiert. Seit 15 Jahren arbeitet er als Journalist bei der taz und schreibt über die Themen Migration, Integration und Islam. „Angst ums Abendland“ ist sein erstes Buch, in welchem er die Islamfeindlichkeit in unserer Gesellschaft thematisiert.

Literaturverzeichnis

Bax, D., 2015: Angst ums Abendland: Warum wir uns nicht vor Muslimen, sondern vor den Islamfeinden fürchten sollten. Frankfurt a. M.

Ramesar, P., 2012: ‚PVV trekt Hindostanen uit alle sociale klassen‘.
<http://www.trouw.nl/tr/nl/11364/Verkiezingen-2012/article/detail/3308456/2012/08/30/PVV-trekt-Hindostanen-uit-alle-sociale-klassen.dhtml> (30.08.2012).

6.4. Antimuslimische Einstellungen und Diskriminierungsrealität an deutschen Schulen

ALIYEH YEGANE ARANI

Schulen gehören zu den gesellschaftlichen Institutionen, an denen sich die Diversität der Gesellschaft in all ihren Facetten schon heute in einem Maße manifestiert, wie kaum in einer anderen Institution. Als Hauptindikator für die Diversität der Schülerschaft wird heute der sogenannte Migrationshintergrund herangezogen. Fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen bis 20 Jahren in Deutschland hat heute einen „Migrationshintergrund“, 86 % von ihnen sind hier geboren worden und 78 % haben einen deutschen Pass (Statistisches Bundesamt 2014: 38).¹⁸ Mit Blick auf die regionalen Unterschiede wird deutlich, dass in den alten Bundesländern, vor allem in den städtischen Kommunen, Anteile von 40 % bis über 50 % zur schulischen Normalität geworden sind. Dieser Trend der Zunahme der Schülerschaft „mit Migrationhintergrund“ ist ein unumkehrbares Faktum geworden und wird sich im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingszuwanderung fortsetzen.

Der statische Begriff des Migrationshintergrundes gibt allerdings ein völlig ungenügendes Bild der tatsächlichen Diversität an Schulen wieder. Hinter dem Label des Migrationshintergrunds verbirgt sich eine in vielerlei Hinsicht heterogene Gruppe: beispielsweise mit Blick auf den rechtlichen Status, die eigene Migrationserfahrung, die Sprachkenntnisse, die ethnische, kulturelle, religiöse sowie weltanschauliche Prägung und Praxis und nicht zuletzt die eigene Identität wie das Zugehörigkeitsgefühl. Aber auch wenn der Migrationshintergrund ausdifferenziert wird auf die jeweiligen Herkunftsländer – von der Türkei über Spanien, Polen, Ukraine, Kasachstan, Russland bis zu den Ländern des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens – dann macht dies zwar deutlich, was für eine Vielfalt an Kulturen und Sprachen heute schon in den deutschen Schullalltag gehört und dass wir längst von globalisierten Klassenzimmern sprechen kön-

¹⁸ Da die Zahlen von 2014 stammen, sind hierbei die aktuellen Zuwanderungszahlen der Flüchtlinge, von denen ein Großteil in Deutschland verbleiben wird, noch nicht enthalten.

nen, doch erscheint der Begriff des Migrationshintergrunds¹⁹ und die damit verknüpfte Forderung nach mehr interkultureller Kompetenz und Sprachförderung heute nicht nur unzureichend, sondern auch vielmehr als eine Barriere im Umgang mit schulischer Vielfalt.

Als negativer Abgrenzungsbegriff gibt er zu wenig Auskunft über die tatsächliche komplexe Vielfalt der Schülerschaft im globalisierten Klassenzimmer und den damit zusammenhängenden schulstrukturellen und pädagogischen Bedürfnissen. „Menschen mit Migrationshintergrund“ stammen beispielsweise aus unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen sowie sozialen und Bildungshintergründen. Sie kommen aus unterschiedlichen Familienstrukturen – von alleinerziehenden Elternteilen, Großfamilien bis zur „Regenbogenfamilie“ – und bringen unterschiedliche kognitive Kompetenzen und individuelle Begabungen mit.

Die zu große Klammer des Migrationshintergrundes oder der Migrationsgeschichte (oder das hiermit im schulischen Sprachgebrauch oftmals gleichgesetzte Merkmal der Nichtdeutschen Herkunftssprache bzw. NDH) hat auf der einen Seite für Schulpolitik und Bildungsöffentlichkeit die Hyperdiversität an Schulen zugedeckt und auf die eine alles bestimmende Trennlinie reduziert. Auf der anderen Seite lässt sie die Realitäten und Identitätskonzepte der so markierten Schülerschaft und derer Familien außer Acht. Der Migrationshintergrund dient als „Mangeletikett“ (gleichbedeutend mit dem, was die Person nicht ist, nämlich deutsch), bietet aber keinen Ansatzpunkt für eine positive Identifikation mit und Zugehörigkeit zu Deutschland bzw. dem staatsbürgerlichen Gemeinwesen. Darum funktioniert er auch nur als Fremdzuschreibung. So bezeichnen sich die nach ihrer Zugehörigkeit befragten und in Deutschland geborenen Schüler/-innen oft weiterhin als Ausländer/-innen bzw. als Türk/-innen; d. h. sie verweisen auf ihre ethnische Herkunft.

Die verinnerlichte Verweigerung des politischen Selbstverständnisses, kein Einwanderungsland zu sein, setzt sich so an Schulen fort, auf denen immer noch, über Generationen hinweg, Schüler/-innen als diejenige mit Migrationshintergrund und als die „Anderen“ markiert und wahrgenommen werden.

¹⁹ Siehe hierzu auch Glossar der Neuen deutschen Medienmacher (2015).

Um einen gleichen Bildungszugang sowie gleiche Bildungsmöglichkeiten entsprechend der menschen- und verfassungsrechtlichen Vorgaben sowie mit Blick auf die faktische Vielfalt zu ermöglichen, ist die Sicherstellung einer barriere- und diskriminierungsfreien Bildungsteilhabe für alle Schüler/-innen notwendig. In ihrem letzten Bericht stellt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) für die aktuelle Situation an deutschen Schulen fest, dass die Risiken, in der Schule diskriminiert zu werden, vielfältig sind, und dass eine vorherrschende „Ausgrenzungspraxis“ Chancenungleichheit fördere sowie der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit entgegenstehe. Zahlreiche Studien, Dokumentationen von Antidiskriminierungsbüros und Berichte von Betroffenen belegen, dass Diskriminierungserfahrungen an Schulen keine Einzelphänomene sind, sondern zum weit verbreiteten Alltag gehören (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013: 52).

Antimuslimischer Rassismus und islamfeindliche Einstellungen an Schulen

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gehören Muslim/-innen zu den Gruppen, für die Vorurteile und Abwertungen in Europa ein fester Bestandteil ihrer Alltagsrealität geworden sind. Jeder weitere terroristische Anschlag, wie zuletzt Mitte November 2015 in Paris, bestätigt jenen Teilen der Gesellschaft, die empfänglich für stereotype und vorurteilsbestimmte Wahrnehmungen sind, ihren Generalverdacht.

Antimuslimische und islamfeindliche Einstellungen sind in Deutschland, wie zuletzt vor allem die „Pegida“-Demonstrationen zeigten, nicht nur bei rechtsextremen Gruppierungen, sondern quer durch alle Schichten und politischen Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet und sie haben sich auf einem hohen Niveau verfestigt (Bertelsmann-Stiftung 2015; Decker et al. 2014).

Inwieweit antimuslimische Einstellungen innerhalb von Migranten-Communities verbreitet sind, ist bislang schwer zu sagen, da es hierzu keinerlei Daten gibt. Allerdings gibt es einige Hinweise, die darauf hindeuten, dass auch hier islamfeindliche Einstellungen verbreitet sind. So hat sich eine Reihe von Autor/-innen mit Migrationshintergrund in der Öffentlichkeit einen Namen mit ihren antimuslimischen Positionen machen können: Abdel-Samad, Necla Kelek oder kürzlich Akif Pirinçci, der sogar offen mit rechten Kreisen kooperiert. Ein starker Hinweis auf islamfeindliche Haltungen in osteuropäischen Communities war 2009 der äußerst brutale, islamfeindlich motivierte Mord an der damals

schwangeren Marwa El-Sherbini, verübt durch den in Perm als Alexander Igorewitsch Nelsin geborenen Russlanddeutschen Alex Wiens. Die ideologisch islamfeindliche Motivation des Mörders geht aus seinem Brief an das Dresdener Amtsgericht sowie seinen Aussagen gegenüber dem Opfer hervor (Zentralrat der Muslime in Deutschland 2013). Sie wurde allerdings bis heute nicht in ihrer Tragweite und gesellschaftlichen Einbettung ernst genommen (Attia et al. 2014: 10).

In nahezu allen Lebensbereichen – vom Wohnungsmarkt über den Arbeitsmarkt bis hin zu Freizeitbereich und Bildungssystem – sind Muslim/-innen mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert. Ein großer Teil der bei den Antidiskriminierungsstellen gemeldeten Fälle kommt aus dem Bereich Schule. Beratungseinrichtungen berichten, dass muslimische Schüler/-innen rassistische Äußerungen und Mobbing durch Lehrer/-innen oder Mitschüler/-innen sowie psychische, verbale und körperliche Angriffe erleben (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013: 53).

Im Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit gehen beispielsweise immer wieder Berichte über abwertende und beleidigende Bemerkungen von Lehrenden oder Benachteiligungen gegenüber Mädchen mit Kopftuch ein. Beispielsweise berichtete eine muslimische Mutter, wie ihre Tochter, die in die 7. Klasse geht, auf der Klassenfahrt von drei älteren Schüler/-innen einer anderen Schule wegen ihres Kopftuchs geärgert wurde. Dabei machten sie ihr Angst, indem sie mit dem Feuerzeug andeuteten, ihr Kopftuch anzuzünden (Yegane & Böker 2015: 55). Abwertende und diskriminierende Äußerungen und Verhaltensweisen gehen ebenso vom Lehrpersonal aus. So berichtete ein Mädchen: „Zu Schuljahresbeginn sagt eine Lehrerin zu mir: ‚Du traust dich noch auf unsere Schule, nachdem, was wir mit deiner Schwester gemacht haben?‘. Meine Schwester war das einzige Mädchen mit Kopftuch an der Schule und wurde, nachdem sie begonnen hatte, Kopftuch zu tragen, massiv von den Lehrern diskriminiert und unter Druck gesetzt“ (a. a. O.: 56).

Vor allem Mädchen, die ein Kopftuch tragen, erleben, dass sie als unterdrückt und weniger intelligent betrachtet werden. Das Kopftuch wird von Lehrenden als Symbol der Unterdrückung und des mangelnden Integrationswillens angesehen, was dazu führen kann, dass sie auch bei guten Leistungen keine Überweisungsempfehlung auf ein Gymnasium aussprechen oder bei Aufnahmege-

sprächen vermitteln, Musliminnen seien auf der Schule nicht willkommen (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013: 109). Das Tragen eines Kopftuches an Schulen führt für muslimische Schülerinnen immer wieder zu regelrechten Anfeindungen, die von der Schule oder von den Eltern nicht muslimischer Kinder ausgehen (a. a. O.: 53). Diese, den verfassungsrechtlich zugesicherten Grund- und Menschenrechten widersprechenden Phänomene sind keine Einzelfälle (Bundesministerium des Inneren 2009: 3; Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013: 109). So wird mitunter mit der Erteilung einer schlechteren Note gedroht, falls Schülerinnen ihr Kopftuch nicht abnehmen (Fromm 2014) oder Schulleitungen versuchen, durch Haus- oder Schulordnungen das Tragen des Kopftuches zu verbieten (Netzwerk gegen Diskriminierung 2015; Tagespiegel 2015). Auch sind mehrere Fälle zuletzt 2015 in Wuppertal bekannt geworden, in denen kopftuchtragende Schülerinnen des Unterrichts verwiesen wurden (Die Stadtzeitung 2015; Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2013: 109).

Muslim/-innen berichten zudem über subtilere Formen von Diskriminierung, z. B. dass sie ständig dafür kämpfen müssten, die Stereotype und Vorurteile ihrer Lehrer/-innen zu widerlegen, und dass ihnen auf die eine oder andere Weise klargemacht worden sei, sie könnten niemals erfolgreich im Bildungssystem sein. Andere berichteten von Vorfällen, bei denen das Lehrpersonal versuchte, ihre religiösen Ansichten und Praktiken zu beeinflussen (Open Society Institute 2010: 77, 81ff.). In einem solch feindlichen Klima schwingt die Angst vor Extremismus und Islamismus meist mit, was dazu führt, dass das Bedürfnis nach Religionsausübung bei Muslim/-innen allzu leichtfertig entweder als Missionierung oder als Anzeichen für Radikalisierung gewertet wird, wobei vor allem letzteres weitreichende Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen kann.

Von Muslimen und „MiMiMis“²⁰

Trotz der Diskriminierungserfahrungen ist die Identifizierung als Muslim/-in für einen Teil der Schüler/-innen eine positive Selbstbezeichnung. Die religiöse Identität bietet im Unterschied zum Migrationshintergrund als Unterscheidungskriterium eine positive Identifikation für junge Menschen, die aufgrund

²⁰ „MiMiMis“ steht für: „Mitbürger mit Migrationshintergrund“, einen der Begriffe, die inzwischen auf der Suche nach angemesseneren Bezeichnungen kursieren (vgl. Nouripour 2014).

ihrer beispielsweise türkischen oder arabischen Herkunft täglich erleben, dass ihnen die Anerkennung als Deutsche verweigert wird. Und auch im Hinblick auf Diskriminierungserfahrungen, die die Kinder der Migrant/-innen in Deutschland bis in die zweite und dritte Generation machen, sind sie vor besondere Herausforderungen gestellt, eine positive Identität zu entwickeln. Vor allem für viele junge Muslim/-innen ist die Religion ein empowernder Identitätsteil geworden. Im Rahmen einer deutschen muslimischen Jugendkultur können sie dergestalt unproblematischer ihre verschiedenen Zugehörigkeiten miteinander verbinden und ein positives, wertebasiertes Selbstverständnis entwickeln. Im Einwanderungsland Deutschland ist mit dem globalisierten Klassenzimmer die Religion bzw. der religiöse Pluralismus in deutsche Schulen „zurückgekehrt“.²¹

Zahlen über die tatsächliche religiös-weltanschauliche Zusammensetzung in den Schulen gibt es nicht. Beispielsweise in Berlin, wo der Religionsunterricht in den staatlichen Schulen ein freiwilliges, von den Religionsgemeinschaften selbst angebotenes Fach ist, besuchen Schüler/-innen neben dem evangelischen, katholischen, muslimischen, jüdischen und alevitischen auch buddhistischen Religionsunterricht, anthroposophischen Religionsunterricht (an Waldorfschulen) sowie humanistischen Lebenskundeunterricht. Jede/-r zweite Berliner Schüler/-in nimmt an den religiösen und weltanschaulichen Unterweisungsangeboten teil.²² Diese Zahlen geben aber nur ein bruchstückhaftes Bild von der tatsächlichen religiösen Zusammensetzung der Schülerschaft ab. So bleiben die unterschiedlichen konfessionellen Gruppierungen wie russisch- und griechisch-orthodoxe, evangelikale Christen, Schiiten, Sunniten und Ahmadiyya oder kleinere Religionsgemeinschaften wie Hindus, Sikhs, Yeziden oder Baha'í, welche keinen eigenen Religionsunterricht in der Schule anbieten können, unberücksichtigt. Zudem gilt es, im Blick zu behalten, dass auch Schüler/-innen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen und eventuell kaum als religiös wahrgenommen werden, ebenso (säkularisiert-)religiöse Prägungen und damit

²¹ „Zurückgekehrt“, denn vor der Vernichtung der jüdischen Minderheit in Deutschland gab es ja religiöse Vielfalt an deutschen Schulen. Trotz der starken Zuwanderung jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion bleibt heute die jüdische Gemeinde in Deutschland mit gerade einmal ca. 2 % der Bevölkerung eine der kleinen religiösen Minderheiten.

²² Siehe hierzu: Antwort auf die schriftliche Anfrage an das Berliner Abgeordnetenhaus des Abgeordneten Hakan Taş (LINKE) vom 16. März 2015 zum Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht gemäß § 13 Schulgesetz an Berliner Schulen 2014/2015, Drucksache 17 / 15 795.

verbundene Bedürfnisse mitbringen, beispielsweise bei den Feiertagsregelungen oder Speiseangeboten in der Schulmensa. In den heutigen Klassenräumen gehört auch außerhalb des Religionsunterrichts eine Vielzahl an religiösen Überschneidungssituationen²³ zum Schulalltag (Willems 2015: 21). Dieser religiösen Vielfalt an Schulen wurde allerdings bislang wenig Beachtung geschenkt, geschweige denn wurde sie in Schulentwicklungsprogramme systematisch einbezogen. Die Vielzahl an religions- und islambezogenen Konfliktlagen an Schulen verweisen nicht nur auf die Vielzahl an interreligiösen Überschneidungssituationen in deutschen Schulen, sondern auch auf den Mangel an interreligiöser Kompetenz (Willems 2015).

Weitere, aufgrund der Fokussierung auf den „Migrationshintergrund“ in ihren Folgen zu wenig berücksichtigte Unterscheidungs- und Ausgrenzungsmerkmale an Schulen sind die verschiedenen Aufenthaltsstatus und die damit verbundenen unterschiedlichen Lebensbedingungen mit ihren weitreichenden Auswirkungen auf Alltag und Entwicklungsmöglichkeiten. Diese aufenthaltspezifischen Rahmenbedingungen gehen einher mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Inklusions- und Ausgrenzungserfahrungen: Das türkischstämmige Kind, dessen Eltern oder Großeltern einst als „Gastarbeiter/-innen“ kamen, und für das Deutschland längst Lebensmittelpunkt und Heimat geworden ist, hat eventuell noch immer keine vollen Staatsbürgerrechte. Und auch nach einer Einbürgerung kann es vorkommen, dass die betroffene Person und ihre Familie das Gefühl haben, nicht wirklich „dazuzugehören“ bzw. nicht als „richtige Deutsche/-r“ anerkannt zu werden. Das Kind der Spätaussiedler/-innen aus der ehemaligen Sowjetunion galt formal von Anfang an als „deutsch“. Dennoch erleben es und seine Familie Gefühle der Nichtzugehörigkeit, sei es durch mangelnde Sprachkenntnisse und kulturelle Fremdheit, sei es durch Wahrnehmung und Behandlung als Nicht-Deutsche/-r. Beide Kinder machen vergleichbare Ausgrenzungserfahrungen, die aber in unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen eingebettet sind, welche beim Ringen um Zugehörigkeit auch unterschiedliche Reaktionsmuster hervorbringen können. Die Zugehörigkeit zur

²³ Hiermit sind nach Willems Interaktionen von Personen gemeint, deren Deutungshorizont und Handlungsmuster von unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Traditionen geprägt sind.

christlichen Religion als vermeintlich „deutscher Religion“ kann eine Möglichkeit der Abgrenzung von den „richtigen Ausländer/-innen“ bieten.

Schulen stehen heute vor der Aufgabe, die beschriebene Hyperdiversität durch eine diversity-orientierte und inklusive Schulentwicklung zu gestalten. Mit Blick auf die tatsächlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gilt es, die vielfältigen Persönlichkeitsdimensionen in ihrer ganzen intersektionellen Komplexität zu kennen, um den daraus resultierenden unterschiedlichen, jeweils individuellen Lern- und Entwicklungsbedarfen entsprechen zu können. Eine grundlegende Voraussetzung hierzu ist die Auseinandersetzung mit dem Einfluss von Stereotypen und Vorurteilen auf pädagogisches Handeln und schulische Routinen sowie Abläufe im Sinne des Abbaus von Barrieren in den Köpfen.

Vier Thesen zum Umgang mit Hyperdiversität, islamfeindlichen Vorurteilen und Diskriminierung an Schulen

– Mangelnde Anerkennungskultur und Konkurrenz um Zugehörigkeit

Die Zugehörigkeitsbarrieren in Deutschland sind für Einwander/-innen unterschiedlich und die oftmals eingeforderten kultur- und wertebezogene Kriterien (Leitkultur) erscheinen diffus und intransparent. Für manche Gruppen wie Muslim/-innen sind sie im Kontext des „Kampfes gegen den Terror“ besonders hoch. Fehlt der Schule die Kompetenz, mit der Vielfalt auf verschiedenen Ebenen umzugehen und der Diskriminierung wirksam entgegen zu treten, kann sich innerhalb einer Schule unter den migrantischen Schüler/-innen, die sich gesellschaftlich marginalisiert und machtlos erleben, eine Konkurrenz um Zugehörigkeit und „(Haus-)rechte“ entwickeln: Wer bestimmt die Kultur der Schule oder des „Kiezes“? Bestärkt durch die in der Gesellschaft verbreiteten rassistischen und islamfeindlichen Diskurse entwickeln sich dann schnell ausgrenzende und abwertende Umgangsweisen – auch entlang religiös-weltanschaulicher Konfliktlinien. Die in solch einem Klima – oftmals unbemerkt von einer Lehrerschaft – geführten Aushandlungsprozesse um Zugehörigkeit zwischen gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen bieten leicht das Einfallstor für islamfeindliche, antisemitische aber auch andere menschenverachtende Positionen.

– Der monoreligiöse Habitus der multireligiösen Schule²⁴

Mit der Zunahme einer migrantischen Schülerschaft hat Religion an Bedeutung gewonnen, und mit dem globalisierten Klassenzimmer ist der religiöse Pluralismus in deutsche Schulen zurückgekehrt. Allerdings ist in den faktisch multireligiösen Schulen noch immer ein „monoreligiöser“ Habitus vorherrschend, und eine Lehrerschaft mit mehrheitlich christlich-säkularem, nicht-religiösem Selbstverständnis trifft auf eine migrantische Schülerschaft, in deren Identitätsbildung religiöse Bezüge häufig eine wichtige Größe bilden (Yegane 2015). Die mangelnde Berücksichtigung der religiösen Dimension beziehungsweise mangelnde interreligiöse Kompetenz führt oftmals zu Stereotypisierungen sowie zur Vorurteilsbildung und kann zu einem ausgrenzenden Schulklima beitragen und abwertende Verhaltensweisen zwischen Schüler/-innen – wie zum Beispiel die Verwendung von „Kopftuchschl...“, „Jude“ oder „Schweinefleischfresser“ als Alltagsschimpfworte auf dem Schulhof – befördern.

– Anerkennung von religiös-weltanschaulicher Vielfalt und Abbau von religionsbezogenen Vorurteilen

Zur Erhöhung der Diversity-Kompetenz in Schulen ist es wichtig, als Teil der Hyperdiversität auch das Faktum der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt und damit auch den Islam als deutsche Alltagsreligion anzuerkennen. Mit Blick auf die oftmals stärker religiös ausgerichteten Identitäten bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt es, eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung zu entwickeln, die religiöse Identität potenziell auch positiv beispielsweise als Bildungsressource wahrnimmt. Darüber hinaus gilt es, die Fähigkeiten zum interreligiösen Dialog zwischen Schüler/-innen zu entwickeln und zu stärken. Hier gilt es auch, die Kritikfähigkeit im Hinblick auf abwertende Haltungen und Ideologien wie Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, die Sensibilität für religions- und weltanschauungsbezogene Formen der Diskriminierung sowie die interreligiöse Konfliktfähigkeit zu fördern.

²⁴ Angelehnt an den von Ingrid Gogolin eingeführten Begriff des monolingualen Habitus der multilingualen Schule, siehe u. a. gleichnamigen Band von 2009.

Wir wissen bislang wenig über antimuslimische und islamfeindliche Einstellungen innerhalb migrantischer Communities in Deutschland und die Schließung hier bestehender Forschungslücken ist wichtig. Doch einige Empfehlungen können auf Grundlage jetzt schon bestehender Erfahrungen formuliert werden. So ist diesbezüglich die Verbesserung der interreligiösen Kompetenz an Schulen besonders wichtig, denn in vielen migrantischen Gruppen spielen zur Unterfütterung antimuslimischer wie antisemitischer Positionen theologische Argumentationszusammenhänge oft eine Rolle. Auch gehören in den osteuropäischen Ländern (auch in Österreich), weitaus stärker als in den West- und mitteleuropäischen Staaten, die durch die im Mittelalter geführten Kriege gegen das Osmanische Reich verinnerlichten Bedrohungsgefühle gegenüber der „Türkengefahr“ zu einem gemeinschaftsstiftenden Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses. Vor diesem Hintergrund aktivierte (mittelalterliche) Bilder einer vermeintlichen Kampflinie zwischen dem christlichen Abendland und dem Islam sind bei rechten Bewegungen wie „Pro Deutschland“ oder „Pegida“, die mit ihren Diskursen und Begrifflichkeiten, historisch-essentialistische Kampflinien zwischen den Kulturen und Religionen wieder salonfähig machen, leicht anschlussfähig. Vorurteilsverstärkend kann darüber hinaus sein, dass in den osteuropäischen Herkunftsländern auch bislang wenige Kontakte zu Muslimen bestehen.

– Diversity, Inklusion und Diskriminierungsschutz gehören zusammen

Da zu einem menschenrechtlichen Diversity-Ansatz immer auch ein wirksames System des Diskriminierungsschutzes dazu gehört, gilt für Schulen, dass eine inklusive und diversitysensible Schulkultur immer auch eine schulspezifische Antidiskriminierungsstrategie enthalten sollte. Ein weiteres wichtiges Element ist die Einrichtung niedrigschwelliger, neutraler Anlauf- und Beschwerdestellen, die alle potenziell von Diskriminierung betroffenen Schüler/-innen und Eltern erreichen.²⁵

Zum Schutz vor Diskriminierung in der Bildung ist es zudem unerlässlich, endlich die Lücken im rechtlichen Diskriminierungsschutz in der öffentlichen Bil-

²⁵ Siehe hierzu das Modellprojekt der Anlaufstelle Antidiskriminierung und Diversity an Schulen in Berlin (ADAS) der Bildungsorganisation LIFE e.V.

derung auf Bundes- sowie Landesebene zu schließen. Hierzu gehört auch die landesrechtliche Umsetzung des aktuellen „Kopftuchbeschlusses“ des Bundesverfassungsgerichts (Deutsches Institut für Menschenrechte, 2015). Das Urteil stärkt durch seine verfassungsrechtliche Klärung auch religiös-weltanschauliche Diversity-Ansätze in Schulen und besagt, dass die Privilegierung christlicher Symbole und Traditionen in der Schule nicht verfassungskonform sei und eine gleichheitswidrige Diskriminierung von Angehörigen anderer Religionen darstelle. Nach diesem Verständnis sichert das Gleichbehandlungsgebot den Schulfrieden, da es der gelebten Vielfalt der Schule entspricht, in der sich „die religiös-pluralistische Gesellschaft widerspiegelt“. Das Bundesverfassungsgericht hält fest, dass es die Aufgabe der „bekenntnisoffenen“ Schule sei, Schüler/-innen Toleranz gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen zu vermitteln, und dass dieses Ideal – auch durch das Tragen von Kopftuch, Kippa, Nonnen-Habit oder eines sichtbaren Kreuzes – gelebt werden müsse (Pressemitteilung Bundesverfassungsgericht 2015).

Aliyeh Yegane Arani ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet in einem breiten Feld an Tätigkeiten in den Bereichen des Diskriminierungsschutzes, der Menschenrechte, Islamfeindlichkeit, Vielfalt von Religion und Weltanschauung. Derzeit ist Aliyeh Yegane Arani Mitarbeiterin bei LIFE e.V. mit den Arbeitsschwerpunkten Projektentwicklung und -leitung im Bereich Diversity und Diskriminierungsschutz in der Bildung.

Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2013: Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben. Berlin.

Attia, I. / Häusler A. / Schooman Y., 2014: Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand, Münster.

Bundesverfassungsgericht Pressemitteilung, 2015:

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/>

DE/2015/bvg15-014.html;jsessionid=0E305D47FABDCAF5B754B7D06C516529.2_cid361 (25.11.2015).

Deutsches Institut für Menschenrechte, 2015: Schule als Ort religiöser und weltanschaulicher Freiheit und Vielfalt, Berlin.

Deutsche Islam Konferenz/Bundesministerium des Innern, 2009: Religiös begründete schulpraktische Fragen – Handreichung für Schule und Elternhaus. Berlin.

Die Stadtzeitung, 2015:
<http://www.diestadtzeitung.de/stadtleben/schulverweis-wegen-kopftuch> (25.11.2015).

Fromm, C., 2014: Rassismus ist Alltag in der Schule:
www.ndr.de/regional/gegenrassismus101.html (25.11.2015).

Glossar der Neuen deutschen Medienmacher, 2015:
<http://www.neuemedienmacher.de/wissen/wording-glossar/> (25.11.2015).

Modellprojekt der Anlaufstelle Antidiskriminierung und Diversity an Schulen in Berlin (ADAS) der Bildungsorganisation LIFE e.V.: http://www.life-online.de/aktuelle_projekte/p_adas.html (25.11.2015).

Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, Inssan e.V./ADNB des TBB: Pressemitteilung vom 01.02.2015.

Nouripour, O., 2014: Kleines Lexikon für Mimimis* und Bio-Deutsche. München.

Open Society Institute, 2010: Muslime in Berlin. New York, London, Budapest.

Statistisches Bundesamt, 2014: Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Berlin

Tagespiegel vom 01.02.2015: Zum Halbjahreszeugnis: Note 6 in Rechtskunde für Schule in Wilmersdorf – Schule kennt Religionsfreiheit nicht!

Tagespiegel vom 04.02.2015: Kopftuch-Streit an Grundschulen: Muslimischer Verband in Berlin pocht auf Religionsfreiheit.

Willems, J., 2015: „Interreligiöse Kompetenz an der öffentlichen Schule“. S. 19-36 in Schluß H. / Tschida D. / Krobath T. / Dosgen M. (Hg.), Wir sind alle `anderen´. Schule und Religion in der Pluralität, Göttingen.

Yegane, A., 2015: Die Diversity-Dimension Religion und Weltanschauung:
<http://www.diversity.bildungsteam.de/religion> (30.11.2015)

Aliyeh Yegane Arani

Yegane, A. / Böker, M., 2015: Antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit in Deutschland. Alternativbericht zum 19.-22. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung.

Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.: Pressemitteilung vom 28.06.2013.

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: EINSTELLUNGEN ZUM ISLAM UND ZU MUSLIM/-INNEN.....	31
ABBILDUNG 2: AGGRESSIVITÄTSSTEREOTYPE	43
ABBILDUNG 3: BILDUNGSSTEREOTYPE.....	43
ABBILDUNG 4: ANERKENNUNG GEGENÜBER MUSLIM/-INNEN	44
ABBILDUNG 5: WORAN DENKEN SIE BEIM STICHWORT ISLAM?.....	47
ABBILDUNG 6: WESTLICHE KULTUR UND ISLAM	48
ABBILDUNG 7: DER ISLAM UND DIE WESTLICHE WELT.....	49
ABBILDUNG 8: NEGATIVE EINSTELLUNGEN GEGENÜBER MIGRANT/-INNEN IN BERLIN.....	51
ABBILDUNG 9: EINSTELLUNGEN ZU RELIGION UND KULTUR IN BERLIN	52
ABBILDUNG 10: EINSTELLUNGEN DER BERLINER BEVÖLKERUNG ZU MUSLIM/-INNEN IM VERGLEICH	53
ABBILDUNG 11: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG ALLER TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN	75
ABBILDUNG 12: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER BULGARISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND ALTER	76
ABBILDUNG 13: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER BULGARISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND RELIGION.....	77
ABBILDUNG 14: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER FRANZÖSISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND ALTER	78
ABBILDUNG 15: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER FRANZÖSISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND RELIGION.....	78
ABBILDUNG 16: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER POLNISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND ALTER	79
ABBILDUNG 17: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER POLNISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND RELIGION.....	80
ABBILDUNG 18: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER RUMÄNISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND ALTER	81

ABBILDUNG 19: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER RUMÄNISCHEN TEILNEHMENDEN NACH HERAUSFORDERUNGEN UND RELIGION	82
---	----

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: AUSMAß ISLAMOPHOBER EINSTELLUNGEN NACH GMF-UMFRAGEN	37
TABELLE 2: AUSMAß ISLAMOPHOBER UND KRITISCHER EINSTELLUNGEN IM GMF-SURVEY 2007	38
TABELLE 3: STEREOTYPES ANTWORTVERHALTEN.....	41
TABELLE 4: ZUSTIMMUNG FÜR ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN.....	45
TABELLE 5: VERTEILUNG DER HERKUNFTSLÄNDER DER BEREINIGTEN STICHPROBE	70
TABELLE 6: HÄUFIGKEITSVERTEILUNG DER TEILNEHMENDEN NACH RELIGIONSZUGEHÖRIGKEIT ..	73